



Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

# Bevölkerungsschutz

1 | 2010

[www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de) 

## ECHE ALLTAGSHELDEN





Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

ein umfassendes freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist ein wichtiges Wesenselement,



wenn die Gesellschaft dauerhaft sozialen Kriterien, wie Humanität, Gemeinwohl- und Gemeinschaftsorientierung entsprechen soll. Die freiwillige Bereitschaft von ca. 1,8 Mio. Menschen in Deutschland, Menschen in Not zu helfen und dafür sogar Gesundheit und Leben zu riskieren, zeugt in ganz

besonderem Maße von einem solchen Gemeinschaftssinn. Tagtäglich setzen sich im Rettungsdienst, im Brand- und Katastrophenschutz freiwillige Feuerwehrleute, Helferinnen und Helfer der privaten Hilfsorganisationen und des THW diesem Risiko aus. Sie leisten damit einen unbezahlbaren Beitrag, unsere Gesellschaft sicherer und Humanität ganz konkret erlebbar zu machen. Freiwilliges bzw. ehrenamtliches Engagement ist ein wesentliches Stück unserer traditionellen bürgerschaftlichen Kultur. Deutschland ist hier Weltmeister und darf getrost stolz darauf sein, global das wohl leistungsfähigste auf Freiwilligkeit basierende Hilfeleistungssystem zu besitzen. Flankiert wird dieses System von professionellen, hauptberuflichen Feuerwehr- und Rettungsdienstkräften in der alltäglichen Gefahrenabwehr. Doch da bekanntlich nichts so beständig wie der Wandel ist (Heraklit v. Ephesos), wird auch dieses erfolgreiche System von Veränderungen betroffen sein. Da ist einerseits der demografische Wandel mit seinen gravierenden Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Da ist andererseits die rasante Veränderung in privaten und beruflichen Lebenswelten der Menschen. Und folglich gibt es einen Einstellungs-

wandel jüngerer Menschen zum freiwilligen Engagement in Organisationen mit festen Regeln und langjährigen Verpflichtungserwartungen. All dies wird im neuen Jahrzehnt zusammen mit einem veränderten Risikobewußtsein zu einer stetigen Anpassung unseres Hilfeleistungssystems führen, ohne es jedoch in seinen Grundfesten zu bedrohen. Veränderungen sollten immer auch als Chance begriffen werden, um Bestehendes einer notwendigen Überprüfung zu unterziehen und das Gute weiterzuentwickeln und zukunftsfähig zu machen. Unsere Gesellschaft besitzt für das freiwillige Engagement im Bevölkerungsschutz noch eine Menge an bislang zu wenig genutzten Potenzialen, wie z.B. die deutlich zu verstärkende Gewinnung von Frauen und Zuwanderern. Aber auch älteren Menschen und Menschen mit Handicaps sollten gezielt geeignete Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet werden. Eine noch bessere Verzahnung von Berufs- und freiwilligen Kräften sowie eine verbesserte Anerkennungskultur freiwilligen Engagements durch die Arbeitgeber bieten weitere Chancen. Der Staat hat die entsprechenden Handlungsnotwendigkeiten erkannt. Die Herausforderungen, die der ständige Wandel an uns alle stellt, sind jedoch nur gemeinsam zu stemmen — Packen wir es an!

Ihr

Dr. Wolfram Geier



## GRUßWORT

Grußwort des Bundesministers des Innern	2
-----------------------------------------	---

## EHRENAMT

Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz	4
Ehrenamt und Migration	8
Ehrenamt und Integration	10
Helferpotenziale	14
Ehrenamt ist Ehrensache	17

## NOTFALLVORSORGE

„Unser Auftrag ist die Information der Bevölkerung“	20
--------------------------------------------------------	----

## INTERNATIONAL

Katastrophenschutz made by EU	22
-------------------------------	----

## KRISENMANAGEMENT

Neue Handlungsgrundlage	27
Qualitätssicherung	32

## ZSH

Ein Traum(a)-Hubschrauber?	35
----------------------------	----

## FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	37
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	40
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	42
Deutscher Feuerwehrverband	43
Deutsches Rotes Kreuz	44
Johanniter-Unfall-Hilfe	46
Malteser Hilfsdienst	49
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	50

## RUBRIKEN

Nachrichten	52
Impressum	54
Register 2009	55

## SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----



Technisch gut ausgestattet — aber Personalprobleme. Der ehrenamtlich getragene Bevölkerungsschutz in Deutschland hat zunehmend Probleme, personelle Sollstärke zu erreichen; Ursachen, Lösungsmöglichkeiten und Alternativen S. 4 - 19.  
(Foto: DRK)



Kann der am 1.12.2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon zur Lösung zentraler Streitfragen des europäischen Katastrophenschutzes beitragen? Eine Analyse S. 22.  
(Foto: schmutter/pixelio)



Das Luftrettungszentrum Christoph 2 in Frankfurt/M. ist nicht nur eines der ältesten in Deutschland, sondern gehört auch zu den Wegbereitern der überregionalen Traumaversorgung. Ein Porträt S. 35  
(Foto: Team Chr. 2)

# Grußwort des Bundesministers des Innern

Liebe Leserinnen und Leser,

zu den Kernaufgaben des Staates gehört es, Vorsorge zu treffen und die Schäden durch Naturereignisse oder andere Katastrophen möglichst gering zu halten. Unser System des Bevölkerungsschutzes hat bewiesen, dass es zuverlässig selbst mit außergewöhnlichen Anforderungen und Schadenslagen fertig werden kann.

Das verdanken wir vor allem den etwa 1,8 Millionen zivilen, fast ausschließlich ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Feuerwehren, den Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk. Sie sind unersetzliche Leistungsträger des deutschen Bevölkerungsschutzes. Ohne sie würde unser System, das auch im Ausland große Anerkennung findet, nicht funktionieren.

Deshalb war es mir eine besondere Freude, am 5. Dezember, dem internationalen Tag des Ehrenamtes, die Auszeichnung „Ehrenamt im Bevölkerungsschutz“ im letzten Jahr erstmals zu verleihen. Diese Auszeichnung würdigt mit zwei Förderpreisen das Engagement der Ehrenamtlichen und mit einem Ehrenpreis auch das Engagement von Arbeitgebern, die die ehrenamtlichen Aktivitäten ihrer Beschäftigten unterstützen. Mit den Auszeichnungen zeigt die Bundesregierung, welche hohe Bedeutung sie der Leistung von Ehrenamtlichen beimisst.

In Deutschland liegen die Zuständigkeit und die Verantwortung für den Katastrophenschutz in Friedenszeiten bei den Bundesländern, für den Bevölkerungsschutz im Falle eines Krieges hingegen beim Bund. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Hochwasser der Jahre 1997 und 2002 haben uns jedoch eindringlich vor Augen geführt, dass großflächige Gefahrenlagen nur bewältigt werden können, wenn alle beteiligten Akteure zusammenwirken, auch über Landesgrenzen hinweg.

Deshalb haben Bund und Länder gemeinsam eine neue Konzeption für den Bevölkerungsschutz

in Deutschland erarbeitet und umgesetzt. Ein Bestandteil dieses Konzepts ist die Ergänzung der Ausstattung der Länder mit Blick auf besondere Gefahrenlagen. So stellt der Bund den Ländern Fahrzeuge zur Bewältigung von CBRN-Gefahren (chemisch, biologisch, radiologisch, nuklear) und von Situationen mit einem Massenanfall von Verletzten zur Verfügung. Dazu gehören auch die neuen Brandschutzfahrzeuge des Bundes. 70 dieser Löschgruppenfahrzeuge für den Katastrophenschutz im Wert von 180.000 Euro je Fahrzeug — ohne Ausrüstung — werden bis zum Jahr 2012 über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe an die Bundesländer ausgeliefert. Weitere 120 dieser Fahrzeuge sind in Planung. 32 Mannschaftstransportwagen werden bereits in der ersten Jahreshälfte 2010 für die im Aufbau befindlichen Medizinischen Task Forces übergeben.

Konzepte, Normen und Vereinbarungen können noch so gut sein, sie werden für Gefahrensituationen erst dann brauchbar, wenn ihre Inhalte praktisch getestet und trainiert werden. Deshalb führen wir alle zwei Jahre unsere sogenannten LÜKEX-Übungen durch, die inzwischen fester Bestandteil des Krisenmanagements geworden sind. Neben Bundes- und Landesvertretern nehmen auch Betreiber Kritischer Infrastrukturen (z. B. Elektrizitätswerke) teil. Das Zusammenwirken der verschiedensten Bereiche, u. a. Katastrophenschutz, Polizei, Gesundheit und Verkehr, wird erprobt. Manche Planungen und Konzepte bewähren sich, bei anderen zeigt sich, dass sie noch verbessert oder geändert werden können.

Bewährtes nutzen und offen sein für Neues — das gilt auch für das deutsche Engagement im europäischen Katastrophenschutz. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon haben die europäischen Strukturen einen neuen Rahmen erhalten.

In den früheren Vertragswerken waren die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Ebene und ihre Abgrenzung zu den Mitgliedstaaten nicht

Die Union wird vielmehr die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten unterstützen, fördern und ergänzen. Zunächst brauchen wir einen

Überblick über die Potenziale und Ressourcen der Mitgliedstaaten. Diese müssen dann, ähnlich wie die Ressourcen von Bund und Ländern in Deutschland, miteinander verknüpft werden. Der Schlüssel für einen effektiveren Katastrophen- und Bevölkerungsschutz liegt in der Vorbeugung. Das gilt für alle staatlichen Ebenen. Wenn es gelingt, durch vorbeugende Maßnahmen den Eintritt von Schadensereignissen zu verhindern, ihre Häufigkeit zu verringern und ihre Auswirkungen einzudämmen, ist der Sicherheitsgewinn weitaus größer, als er durch Reaktionskapazitäten je werden kann.

Im Jahr 2010 haben wir erneut eine Fülle von Aufgaben vor uns, die wir mit der gewohnten Sorgfalt zusammen wahrnehmen werden. In diesem Sinne

wünsche ich uns allen ein gutes und erfolgreiches Jahr.



Dr. Thomas de Maizière, MdB  
Bundesminister des Innern



ausdrücklich geregelt. Demgegenüber sieht der neue Vertrag ein gemeinsames und solidarisches Handeln der EU und der Mitgliedstaaten bei großen Katastrophen vor. Das geschieht selbstverständlich unter Wahrnehmung des Subsidiaritätsgrundsatzes, bedeutet also nicht, dass europäische Institutionen, z. B. das Beobachtungs- und Informationszentrum, besser bekannt als MIC, zu einer operativen Einsatzzentrale ausgebaut würden. Ebenso wenig ist Raum für die Aufstellung EU-eigener Katastrophenschutzkräfte und Ressourcen.

# Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz

## Preis des Bundesministeriums des Innern erstmalig verliehen

Nikolaus Stein, BBK

5. Dezember 2010, ein Adventswochenende in Berlin. Zahlreiche Weihnachtsmärkte und allgemeine Geschäftigkeit prägen das Stadtbild und das Wetter spielt auch mit. Der Markt vor dem Roten Rathaus im Bezirk Mitte ist um die Mittagszeit gut besucht, die von der Pressestelle des BMI angekündigte Leistungsschau der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen geht dabei ein wenig unter.

Die rote Klinkerfassade des Rathauses beeindruckt, das Gebäude — Neo-Renaissance, wissen wir aus dem Internet — ist größer als der Besucher aus dem Rheinland erwartet hat; der markante Turm ist immerhin 74 m hoch. Seit der Wiedervereinigung ist es Sitz des Berliner Senats und des Regierenden Bürgermeisters.

Heute findet hier eine Premiere statt. Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière verleiht am heutigen internationalen Tag des Ehrenamtes

den erstmalig vergebenen „Preis des Bundesministeriums des Innern für herausragende Leistungen zur Förderung der Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz“.

Die Stadt Berlin hat dankenswerterweise die repräsentativen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Überprüfung der Zugangsberechtigungen verläuft höflich, aber bestimmt: dritte Etage, Louise-Schroeder-Saal.

Die meisten geladenen Gäste sind schon da, viele Uniformen, mehrheitlich von Feuerwehren. Einige Begrüßungsszenen, man kennt sich von Sitzungen, Tagungen oder anderen Festakten, die Stimmung ist gelöst. Nur ein paar Gruppen und Grüppchen stehen etwas abseits, eine gewisse Anspannung ist nicht zu übersehen — die Preisträger, in ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten eher zupackende Praktiker und unerfahren mit derartigen Veranstaltungen, haben „Verstärkung“ mitgebracht.

### *Nachwuchs- und Jugendarbeit zur Förderung und zum Erhalt des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz*

„Du bist die Feuerwehr“ Nachwuchswerbe-Video der Freiwilligen Feuerwehr Kettig

Dieses Video entstand „aus einer Übungslaune heraus“ ([www.feuerwehr-kettig.de](http://www.feuerwehr-kettig.de)) und sollte ursprünglich die Motivation der eigenen Wehr steigern. Herausgekommen sind dabei 2'16“, in denen Einsatzbereitschaft und Teamgeist einer Freiwilligen Feuerwehr beispielhaft vorgestellt werden — insbesondere für jüngere Leute und Jugendliche eine Anregung, sich intensiver mit zivilem Engagement zu beschäftigen.

1. Preis

„Kindergeburtstag bei der Feuerwehr“ der Freiwilligen Feuerwehr Goslar

„Einmal ein richtiger Feuerwehrmann sein, mit dem Strahlrohr spritzen, in einem Feuerwehrauto sitzen, Helm und Einsatzrüstung anziehen,... Welches Kind möchte sich und seinen Gästen nicht einmal diesen Traum verwirklichen?“ ([www.feuerwehr-goslar.de](http://www.feuerwehr-goslar.de))

Mit individuell abgestimmten Programmpaketten bietet das Betreuerteam spielerische Einblicke in die Aufgaben der Feuerwehr. Kinder ebenso wie ihre Eltern nehmen dabei das ehrenamtliche Engagement als interessante und sinnvolle Betätigung wahr.

2. Preis



### Nachwuchs- und Jugendarbeit zur Förderung und zum Erhalt des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz

#### „S-Move“ der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg

Der sportliche Wettbewerb mit Elementen wie Musik, Party und aktivierendem Rahmenprogramm spricht die Angehörigen der Nachwuchsorganisation der Brand- schützer in Baden-Württemberg offensichtlich an: 2009 fand das Turnier zum dritten Mal statt — mit ca. 900 Teil- nehmern in drei Altersgruppen. Spiel und Spaß entfalten hier Ihre integrierende Wirkung und fördern den für die Feuerwehren unabdingbaren Teamgeist. ([www.s-move.de](http://www.s-move.de))

3. Preis

#### „Abenteuer Siedeln“ des Bayerischen Roten Kreuzes, BV Schwaben

Unter dem Motto „(M)eine Welt, (M)eine Zukunft“ haben ehrenamtliche Mitarbeiter der Wasserwacht und des Ju- gendrotkreuz das Großzeltlager „Abenteuer Siedeln“ ge- plant und organisiert. Jugendlichen aus ganz Schwaben wurden in fünf Zeltstädten, die für die fünf Kontinente standen, die politischen, wirtschaftlichen und gesell- schaftlichen Zusammenhänge in der Welt spielerisch nä- hergebracht. Ziel des Rollenspiels ist das Einüben sozialer und interkultureller Kompetenz. ([www.abenteuer-siedeln.de](http://www.abenteuer-siedeln.de))

3. Preis

Aber zur Nervosität besteht kein Grund. Dem Minister ist anzumerken, dass er diesen Preis gerne verleiht und er wird wenig später in seiner Rede nur Gutes über die Ehrenamtlichen sagen: „Es ist wich-



1. Preis an die Freiwillige Feuerwehr Kettig.

tig, dass wir solche herausgehobenen Gelegenhei- ten schaffen: Mit den Ehrenamtlichen rücken wir heute eine große Gruppe von Menschen in den Mit- telpunkt, die für unser Zusammenleben einen un- geheuer wichtigen Beitrag leistet. Die heutige Aus- zeichnung gilt speziell den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Bevölkerungsschutz. Täglich setzen Sie sich für andere Menschen ein, oh-

ne Aufhebens zu machen um das, was Sie tun. Sie hel- fen, wenn ihre Hilfe gebraucht wird. Sie stellen Zeit, Arbeitskraft, Engagement und persönlichen Bei- stand zur Verfügung und beweisen täglich in den unterschiedlichsten Einsätzen ihr Können. Am heu- tigen Tag stehen Sie — die stillen Helden — im Mit- telpunkt. Dies ist mir persönlich ein sehr wichtiges Anliegen.“

Die Preisverleihung verläuft dann auch zügig und in entspannter Atmosphäre. Die kleine Nach- feier bietet Gelegenheiten, Erfahrungen auszutau- schen und Kontakte zu knüpfen.



1. Preis für die „Mobile Arztgruppe“.

## Neue innovative Konzepte zur Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz

Die „Mobile Arztgruppe“ der Johanner-Unfall-Hilfe, RV Unterfranken

Bei großen Bevölkerungsschutzübungen und in Notfällen gibt es oft zu wenig qualifizierte Ärzte. Dabei sind viele Mediziner bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren, finden aber keine geeigneten organisatorischen Strukturen vor. Dem wirkt die „Mobile Arztgruppe“ entgegen. Sie steht im Ernstfall als Notarztreserve, Sanitätsbetreuung oder zur Auslandsrückholung und Ausbildung allen Hilfsorganisationen zur Verfügung. Voraussetzung für die Teilnahme ist neben ausreichend Berufspraxis auch Erfahrung in der Notaufnahme, der Intensivmedizin oder im Rettungsdienst. Allerdings werden den Ärzten der Gruppe Zusatzausbildungen und Weiterqualifizierungen angeboten.

1. Preis

Das „Freimersheimer Modell“ der Feuerwehr Verbandsgemeinde Edenkoben

Viele freiwillige Feuerwehren haben Personalprobleme, nicht zuletzt wegen des demografischen Wandels. Die naheliegende Anwerbung von Quereinsteigern, die das 30. Lebensjahr schon erreicht haben, scheidet zumeist am beträchtlichen Zeitaufwand für die Grundausbildung, der für diese beruflich und familiär in der Regel stark engagierte Bevölkerungsgruppe nur schwer aufzubringen ist. Im „Freimersheimer Modell“ wird die Ausbildung zeitlich gestreckt und findet vor Ort statt. Die bisherigen Erfahrungen der beteiligten Feuerwehren sind überwiegend positiv. ([www.feuerwehr-gommersheim.de](http://www.feuerwehr-gommersheim.de)).

2. Preis

Gemeinsame Dienstabende der „SEG-Rettung“ Osnabrück

Feuerwehren, Hilfsorganisationen, THW, ... erfreulich viele Helfer stehen im Ernstfall bereit. Für alle Beteiligten gut zu wissen, wie der potenzielle Partner ausgebildet und ausgerüstet ist. Das ist der Grundgedanke der „SEG Rettung“ in Osnabrück. Die gemeinsamen Dienstabende verbessern die Kenntnisse übereinander und stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl der ehrenamtlichen Helfer organisationsübergreifend.

3. Preis

Der Preis geht auf eine Initiative aus dem mit Ehrenamt und Helferfragen befassten Referat im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zurück, wo auch die Geschäftsstelle für das Vergabeverfahren angesiedelt ist. Die Preisverleihung hat zum Ziel,

- das ehrenamtliche Engagement einzelner Gruppen oder Einrichtungen im Bevölkerungsschutz einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, seine Bedeutung zu würdigen und den Akteuren größere Wertschätzung auszudrücken,
- den im Bevölkerungsschutz ehrenamtlich Tätigen und den durch bürgerschaftliches Engagement getragenen Einrichtungen und Organisationen für herausragende Leistungen besonders zu danken und sie zur Fortführung ihrer Arbeit anzuspornen. Das Preisgeld soll dem jeweiligen Preisträger für die weitere Arbeit zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz zufließen und
- stellvertretend für alle Ehrenamtsprojekte im Bevölkerungsschutz zum Ausdruck zu bringen, dass ein Engagement im Bevölkerungsschutz sowohl ein Ausdruck der besonderen Verantwort-

tung für unsere Gesellschaft darstellt, als auch den hohen gesellschaftlichen, sozialen, aber auch den persönlichen Nutzen aller Beteiligten verbindet.



Ehrenpreis für den Zweckverband Ostholstein.



Die anfangs noch als „Preis des Bundesministeriums des Innern zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz“ bezeichnete Auszeichnung hatte der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble am 5. Dezember 2008 — dem Internationalen Tag des Ehrenamtes — der Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Rahmen des Festaktes „50 Jahre Zivil- und Bevölkerungsschutz in Deutschland“ im Alten Plenarsaal in Bonn hatte er in seiner Festansprache den rund 1,8 Millionen ehrenamtlichen Helfern für ihr besonderes Engagement im Bevölkerungsschutzsystem der Bundesrepublik Deutschland gedankt. Dabei hatte er auch die Zukunftsfähigkeit des Ehrenamtes angemahnt und in diesem Zusammenhang den Förderpreis ausgelobt. Er sei Teil der gemeinsamen Initiative „Zivil-Engagement“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesministeriums des Innern.

Die Resonanz war für einen neuen Preis erfreulich hoch; etwa 70 Konzepte wurden eingereicht, die Jury, der neben den Behördenvertretern jeweils ein Vertreter von DRK, Malteser Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund, DLRG und Johanniter-Unfall-Hilfe sowie der Vorsitzende des ARKAT und ein Vertreter des Deutschen Feuerwehrverbandes angehörten, hatte die Qual der Wahl.

Die Preisverleihung wird auch in den kommenden Jahren jeweils am 5. Dezember, seit 1986 internationaler Tag des Ehrenamtes, stattfinden.



Bundesminister des Innern Thomas de Maizière (M.) im Kreis der Preisträger. (Fotos: Siesing/BBK)

Bewerbungen (Vordrucke unter [www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de)) nimmt das BBK unter dem Stichwort „BMI-Förderpreis“ entgegen.

#### Vorbildliches Arbeitgeberverhalten zur Unterstützung der Ausübung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz

„Ehrenamtsmessen & Feuerwehrkameraden“ des Zweckverbandes Ostholstein

Der Zweckverband Ostholstein setzt sich aktiv für die Förderung des Ehrenamtes ein und unterstützt die ehrenamtlichen Tätigkeiten seiner Mitarbeiter — auch im Bevölkerungsschutz. Freistellungen für Noteinsätze sind schnell und unbürokratisch möglich. Kein Wunder, dass fast die Hälfte der Mitarbeiter ehrenamtlich tätig ist. Auch finanziell engagiert sich der Verband, beispielsweise bei der Jugendfeuerwehr.

1. Preis

„Feuerwehrkameraden“ der Firma Stahlbau Wurst

Die Firma Wurst, ein mittelständisches Familienunternehmen, muss als außerordentlich feuerwehrfreundlich gelten. Nicht nur Eigentümer und Geschäftsführer sind in freiwilligen Feuerwehren aktiv, sondern auch überdurchschnittlich viele der etwa 150 Mitarbeiter. So kann es sein, dass bei Alarm ein großer Teil der Belegschaft gemeinsam ausrückt — die Firma Wurst hat bei Einsätzen der freiwilligen Feuerwehr bislang noch nie den ihr zustehenden Verdienstausschlag bei der Gemeinde geltend gemacht.

2. Preis

„Unternehmenseigene Löschruppe“ der Scheerer Zaunsysteme + Carports

Die Firma Scheerer hat schon seit einigen Jahren eine eigene Löschruppe, die zur Freiwilligen Feuerwehr Sprakensehl gehört. Ihre Mitglieder werden für Einsätze wie für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen problemlos freigestellt — ohne Einforderung der Verdienstausschläge. Darüber hinaus stellt die Firma den Ortswehren ein Übungsgrundstück zur Verfügung und hat der Gemeinde ein Feuerwehrfahrzeug gestiftet, einschließlich Unterstellung und Übernahme der laufenden Kosten.

3. Preis

# Ehrenamt und Migration

## 2. Workshop des BBK zum Ehrenamt

Josef Hornig, Karl-Heinz Hartmann, BBK

Deutschlands Bevölkerung schrumpft, sie verändert sich, wird immer älter, hat einen zunehmenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und wird im Zuge einer flexibleren Arbeitswelt mobiler. Damit wird auch die Frage, wie sich der Bevölkerungsschutz unter diesen Bedingungen entwickeln wird, einer ständigen Diskussion unterworfen.

Ohne jugendlichen Nachwuchs und ohne den Zustrom lebensälterer Helferinnen und Helfer – das wurde bereits im 1. Workshop 2008 deutlich – besteht die Gefahr, dass die zivilen Sicherheitssysteme nicht mehr wie bisher aufrecht erhalten werden können. Es müssen deshalb Strategien gefunden und realisiert werden, diesem Prozess entgegenzuwirken. Diese Zielsetzung ist Thema der Workshopreihe des BBK.

Auch der 2. Themenworkshop basierte auf der Grundannahme, dass ein ausreichendes ehrenamtliches Helferpotenzial im Bevölkerungsschutz in Deutschland nicht selbstverständlich ist, sondern mittel- und langfristig gewährleistet werden muss.

Hier gilt es auch, neue Potenziale für eine Mitarbeit im Bevölkerungsschutz zu erkennen und zu gewinnen. Weil der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund nach allgemeiner Erwartung weiter zunehmen wird, gewinnt das Thema „Migration und Integration“ zentrale Bedeutung. Neben dem Grundproblem des demografischen Wandels wurde deshalb diesmal der Aspekt „Migration und Integration“ diskutiert.

Es stellen sich in diesem Zusammenhang viele Fragen wie: Wer kann aus diesen Gesellschafts- und Kulturbereichen für eine Mitarbeit im Bevölkerungsschutz gewonnen werden? Welche Vorstellungen von Bevölkerungsschutz haben Migranten? Gibt es ein spezielles, kulturell bedingtes, Verständnis von Bevölkerungsschutz, das man mit dem deutschen System in Einklang bringen und auf das man gemeinsam aufbauen könnte? Wie kann man die

kulturellen Gruppen in Deutschland angemessen ansprechen und speziell für die Aufgabe des Bevölkerungsschutzes interessieren und gewinnen? Wir müssen dabei allerdings auch unsere eigenen Vorstellungen hinterfragen wie die Bereitschaft zu Veränderungen in den Funktionsträger- und Hierarchieebenen der Organisationen, der dortigen Einbeziehung von Migrantenvertretern oder der grundsätzlichen interkulturellen Öffnung von Organisationen. Letztlich stehen auch Handlungsoptionen zur Diskussion wie organisationsspezielle Integrationskurse und adressatengerechte Aufklärung über Möglichkeiten des Engagements im Bevölkerungsschutz. Nachhaltige Maßnahmen wie die Einwirkung auf die Bewusstseinsbildung bei Kindern und frühzeitige aktive Wertevermittlung, ggf. bereits in den Schulen, ergänzen den Katalog möglicher Maßnahmen.

Das BBK lud zur Erörterung dieser Fragen zum 25.11.2009 nach Bonn ein und Vertreter des Bundesministeriums des Innern (BMI), der Länder Hamburg und Niedersachsen, des Deutschen Landkreistages (DLT), des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DGStB), des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) sowie der öffentlich-rechtlichen (THW, Feuerwehren) und privaten Organisationen (ASB, DRK, DLRG, JUH, MHD) nutzten die Gelegenheit zu Diskussion und Gedankenaustausch. Viele Teilnehmer der ersten Veranstaltung, die sich im November 2008 mit den generellen Auswirkungen des demografischen Wandels befasst hatte, trafen sich erneut bei dieser Folgeveranstaltung.

Zu Beginn des Workshops begrüßte Moderator Dr. Wolfram Geier, der mit Ehrenamtsfragen befasste Abteilungsleiter im BBK, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und erläuterte die spezielle Thematik des Workshops, seine Zielsetzungen und die Motivation des BBK, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Es folgten kurze Statements aus dem Teilnehmerkreis zum aktuellen Stand der Diskussion in den Behörden, Verbänden und Organisationen bevor den Referenten Gelegenheit für ihre Impulsvorträge gegeben wurde.

Florencio Chicote, Bundesgeschäftsführer der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), referierte zu neuen Kommunikationsmodellen. Begegnung, Information und Diskussion auf gleicher Augenhöhe seien erforderlich, um die nötige Akzeptanz auf allen Ebenen, in allen Bereichen bei allen Bevölkerungsgruppen zu schaffen.

Orhan Bekyigit, Chef einer Werkfeuerwehr in Süddeutschland, selbst türkischer Abstammung und seit fast 20 Jahren Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr und Integrationsbeauftragter des Deutschen Feuerwehrverbands, gab in seinem Vortrag wichtige praktische Hinweise zur Integration von Migranten. Besonders wichtig sei es, das deutsche Hilfeleistungssystem und seine Besonderheiten bekannt zu machen und Vertrauen in dieses System zu schaffen. Nur so könne es gelingen, die grundsätzlich vorhandene Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement auch für den Bevölkerungsschutz nutzbar zu machen. (s. auch S. 10).

Es gäbe gerade im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes starke kulturelle Wahrnehmungsunterschiede und Wissensdefizite. Der hohe gesellschaftliche Stellenwert des Ehrenamtes (z. B. in der Freiwilligen Feuerwehr) in Deutschland sei weithin unbekannt. Viele türkische Einwanderer der ersten Generation wüssten nicht, dass das hiesige Hilfeleistungssystem auf Ehrenamtlichkeit basiere. Dieses Missverständnis setze sich dann in den Folgegenerationen fort.

Er erläuterte anschaulich am Beispiel eines Großbrandes in Ludwigshafen (Februar 2008), welche Probleme hinsichtlich Information und Kommunikation bestehen und wie man diese lösen kann.

Grundsätzlich bestehe, so das gemeinsame Ergebnis dieser beiden Vorträge, eine große Bereitschaft zum Ehrenamt bei dieser Bevölkerungsgruppe, was sich auch deutlich beim Engagement in vielen eigenen Organisationen oder auch beim Engagement im religiösen und kulturellen Bereich zeige.

Ralf Thomas, Leiter von „Volkswagen Pro Ehrenamt“, stellte die Einstellung des Weltkonzerns zum „Bürgerschaftlichen Engagement“ vor. Er wies darauf hin, dass ehrenamtliches Engagement von

Mitarbeitern durchaus auch Vorteile für den Arbeitgeber mit sich bringe und brachte dies mit dem Slogan „Wertschöpfung durch Wertschätzung“ auf den Punkt. Dabei gestand Thomas zu, dass die Möglichkeiten eines Großkonzerns sicher umfangreicher seien als z. B. die eines mittelständischen Handwerksunternehmens. Thomas nannte aber auch Beispiele, wie mit geringem Aufwand ehrenamtliche Arbeit im Betrieb – über kulturelle Grenzen hinweg – unterstützt werden kann und dass Arbeitgeber etwas tun können, um das Ehrenamt zu fördern wie z. B. durch Einrichtung einer betrieblichen „Ehrenamtsbörse“, um Mitarbeitern/-innen die Möglichkeit zum ehrenamtlichen Engagement im kommunalen Umfeld zu vermitteln. (s. auch S. 17).



Die Teilnehmer des 2. Workshops.  
(Foto: BBK)

Als Ergebnis des Workshops kann festgehalten werden, dass die Sensibilisierung für eine interkulturelle Öffnung im Bevölkerungsschutz gelungen ist. Es bedarf jedoch der entsprechenden Umsetzung in den Strukturen, um Menschen aus anderen Kulturkreisen für den Bevölkerungsschutz zu interessieren und zu gewinnen. Die Chancen für einen konstruktiven und erfolgreichen Dialog sind derzeit gut, diese Grundstimmung sollte intensiv genutzt werden. In diesem Zusammenhang kann das Integrationsprojekt, das der Deutsche Feuerwehrverband 2009 initiiert hat, beispielhaft sein für interkulturelle Kooperation und gelungene Integrationspolitik.

(Die Dokumentations-CD-ROM zum 2. Workshop können Interessierte über die E-Mail-Adresse [ehrenamt@bbk.bund.de](mailto:ehrenamt@bbk.bund.de) kostenlos bestellen.)



# Ehrenamt und Integration

## Die Feuerwehr ist männlich und weiß

Orhan Bekyigit, DFV

Integration ist kein Selbstläufer und mehr als ein freundliches Nebeneinander. Damit sie dauerhaft gelingt, müssen wir sie aktiv fördern und unterstützen. Integration braucht die Bereitschaft, den anderen in seiner Verschiedenheit anzunehmen und Unterschiede als Bereicherung und nicht als Mangel zu begreifen. Integration erfordert auch die Anstrengung, Teilhabemöglichkeiten für alle zu schaffen. Und sie benötigt Ausdauer, um gemeinsam Regeln des Miteinanders zu entwickeln und auch auf ihre Einhaltung zu achten.

Über 1,3 Millionen Mitglieder zählen heute die Feuerwehren in Deutschland und bilden somit bundesweit die größte Gefahrenabwehrorganisation. In mehr als 3,5 Millionen Einsätzen pro Jahr setzen sich die Frauen und Männer in den Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werk- und Betriebsfeuerwehren für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ein.

Das Feuerwehrwesen in Deutschland ist ein integriertes System aus drei Säulen: Den Freiwilligen Feuerwehren, den 100 Berufsfeuerwehren in großen Städten und den betrieblichen Werkfeuerwehren in großen oder mit besonderen Risiken behafteten Unternehmen. Die Feuerwehren sind der größte öffentlich-rechtliche Träger bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. In den Freiwilligen Feuerwehren übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für die Sicherheit anderer Menschen. Diese Verantwortung ist aus dem genossenschaftlichen Gedanken erwachsen und folgt dem Prinzip des ermöglichenden Staates. In der Jugendorganisation, der Deutschen Jugendfeuerwehr, engagieren sich mehr als 230.000 Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. Sie ist damit eine Jugendorganisation von nationaler Bedeutung.

Die Feuerwehren in Deutschland genießen bei den Bürgern großes Vertrauen: 93 Prozent der Deutschen haben ein hohes Vertrauen in die Feuer-

wehr. So wurden die Feuerwehren im Jahr 2009 erneut zum siebten Mal in Folge Sieger bei der repräsentativen Umfrage des Magazins Readers' Digest.

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) tritt dafür ein, dass das bürgerschaftliche Engagement in Form von Mitarbeit in Freiwilligen Feuerwehren auch in Zukunft stabil und in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr leistungsfähig erhalten bleibt. Hierbei gilt besonderes Augenmerk auch der demografischen Entwicklung und sich verändernden Lebensbedingungen, die sich wesentlich an der geforderten beruflichen Mobilität und Flexibilität orientieren.

### Problemlage Monokultur

Grundsätzlich sollten die Feuerwehren einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen, die sie beschützen. Bisher zeigen sie sich jedoch eher monokulturell: der klassische Feuerwehrangehörige ist männlich und weiß. Von den 1.039.081 Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren waren im Jahr 2008 gerade einmal 80.586 weiblich. Die Anzahl hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen, zeugt mit knapp acht Prozent aber immer noch von einer männlichen Dominanz. Besonders stark ausgeprägt zeigt sich die Monokultur im Bereich der (mangelnden) Vielfalt der ethnischen Hintergründe.

Der Mikrozensus 2005 zählt zu der Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund neben Ausländern auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, wie eingebürgerte Ausländer oder eingebürgerte Kinder von Ausländern sowie Spätaussiedler und deren Kinder. Nach dieser Zählung lebten 2005 etwa 15,3 Millionen Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund in Deutschland, fast ein Fünftel (19 %) der Bevölkerung.

Bislang liegen keinerlei statistisch belastbare Zahlen zum Anteil von Migrantinnen und Migran-

ten in den Feuerwehren auf bundesweiter Ebene vor. Die Studie „Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004“ beziffert den Anteil der in Feuerwehr und Rettungsdiensten engagierten Migrantinnen und Migranten auf ein Prozent, wobei nicht zwischen Feuerwehren und Rettungsdiensten differenziert wird. Auch bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) wird der Anteil von Migrantinnen und Migranten auf ein Prozent geschätzt.

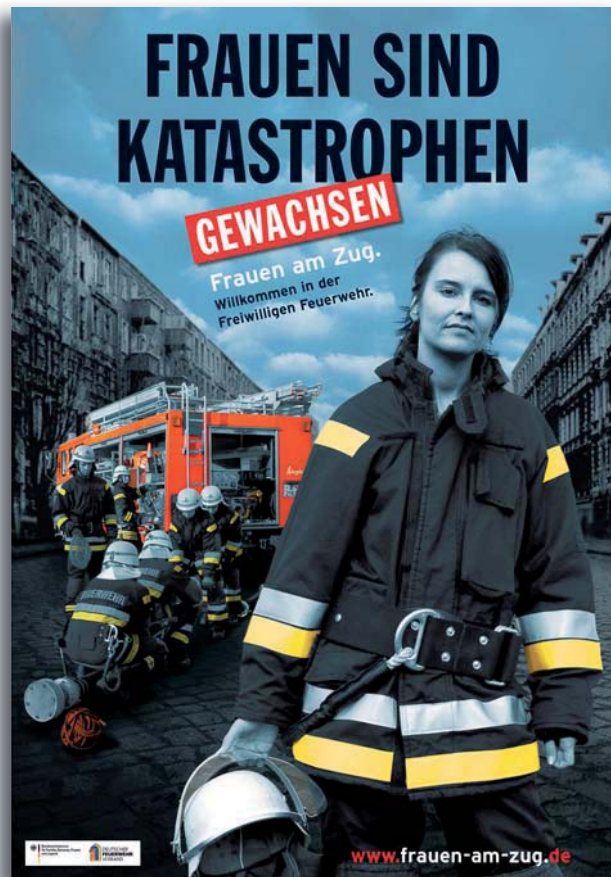
Migrantinnen und Migranten sind demnach in den Feuerwehren noch sehr stark unterrepräsentiert. Für mehr als 99 Prozent ist die Feuerwehr also eine unbekannte Organisation, mit der sie zudem nur in Schadensfällen und persönlichen Notsituationen in Kontakt kommen.

Die mangelnde Partizipation ist ein Indiz dafür, wie groß die Distanz noch immer ist. Einerseits fehlt es an Vertrauen in die Feuerwehr und an Kenntnissen über ihre Aufgaben und Arbeitsweisen. Hinzu kommt, dass in einigen Herkunftsländern Feuerwehrleute ein ganz anderes, zum Teil sogar negatives Image aufweisen. Andererseits haben viele Feuerwehren den Mehrwert kultureller Vielfalt noch nicht erkannt und verschließen sich gegenüber Veränderungen ihrer traditionellen Strukturen.

Die Effekte dieser Distanz zeigen sich in Extremsituationen wie Angriffen auf Feuerwehrleute während ihrer Einsatzfähigkeit, falschem Verhalten im Brandfall mit tödlichem Ausgang oder schlechter bis nicht vorhandener Kommunikation zwischen Betroffenen und Feuerwehrleuten in Gefahrensituationen. Ein Beispiel dafür war das Feuer im Februar 2008 in Ludwigshafen, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund starben und zahlreiche verletzt wurden. Der Deutsche Feuerwehrverband leistete hier mit umgehender Berichterstattung über die Hintergründe des Feuerwehrwesens, türkischsprachigen Pressemitteilungen sowie dem Angebot des Gesprächs mit dem neu eingesetzten Migrationsbeauftragten schnelle Hilfe. Die stark emotionalisierenden Berichte der zumeist fremdsprachlichen Presse hatten zuvor gezeigt, dass das Feuerwehrsystem nicht als „Netz der Helfenden Hände“ verstanden wird, da es im eigenen kulturellen Kontext keine vergleichbaren Institutionen gibt. „Engagement kennt keine Grenzen“ — mit diesem Motto sorgten türkische Verbände und der DFV für Entspannung.

Gewonnen wurde aus diesen Ereignissen vor allem eine Erkenntnis: Verschiedene Hemmnisse

stehen dem Vertrauen und damit auch dem Engagement von Migrantinnen und Migranten in den Feuerwehren entgegen. Es ist an den Feuerwehren, darauf einzugehen, Vertrauen zu gewinnen und eine Willkommenskultur zu entwickeln.



### Projekte des Deutschen Feuerwehrverbandes

Von Oktober 2005 bis September 2007 führte der DFV ein EU-finanziertes LEONARDO DA VINCI-Projekt mit dem Namen ADDRESS durch.

ADDRESS steht für „Achieving and Delivering Diversity Results within the Emergency Services Sector“ (deutsch: Nutzung der Vielfalt für Feuerwehr und Rettungsdienste). Elf Partner aus fünf Ländern (Großbritannien, Niederlande, Spanien, Schweden und Deutschland) nahmen daran teil.

Ziel des Projektes war, bislang unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Akademiker) stärker in die Feuerwehren und Rettungsdienste zu integrieren — nach dem Motto: mehr Vielfalt ist besser! Diese Maßnahme lief parallel zum

Projekt „Mädchen und Frauen in den Freiwilligen Feuerwehren“, mit dem der DFV mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zahlreiche Veranstaltungen und Schulungen für Frauen in der Feuerwehr sowie eine bundesweite Werbekampagne initiieren konnte.

Während der ADDRESS-Projektlaufzeit wurde ein Schulungsprogramm entworfen, geplant und erprobt. Das Schulungsprogramm zielt darauf ab, den Mitgliedern einer Feuerwehr oder eines Rettungsdienstes die Vorteile von Vielfalt zu verdeutlichen. Das Projekt kann als erste erfolgreiche und praxisnahe Auseinandersetzung des Deutschen Feuerwehrverbandes mit dem Thema Integration gesehen werden. Während der Projektlaufzeit wurden ein Schulungsprogramm und Trainer-Begleitmaterialien entwickelt und getestet, eine fünfsprachige Website erstellt, Seminare in fünf Ländern und zwei transnationale Konferenzen durchgeführt. Die Projektergebnisse wurden pan-europäisch verbreitet. Das Schulungsprogramm konnte weit gestreut werden, eine flächendeckende Aktion wäre allerdings wünschenswert gewesen. Die Resonanz aus ganz verschiedenen Bereichen (Landesfeuerwehrverbände, einzelne Feuerwehren, andere Integrationsprojekte, Polizei) zeigte deutlich, dass der DFV hier auf dem richtigen Weg ist und ein großes Interesse an dem Thema und ein Bedarf nach verstärkter Auseinandersetzung existieren.

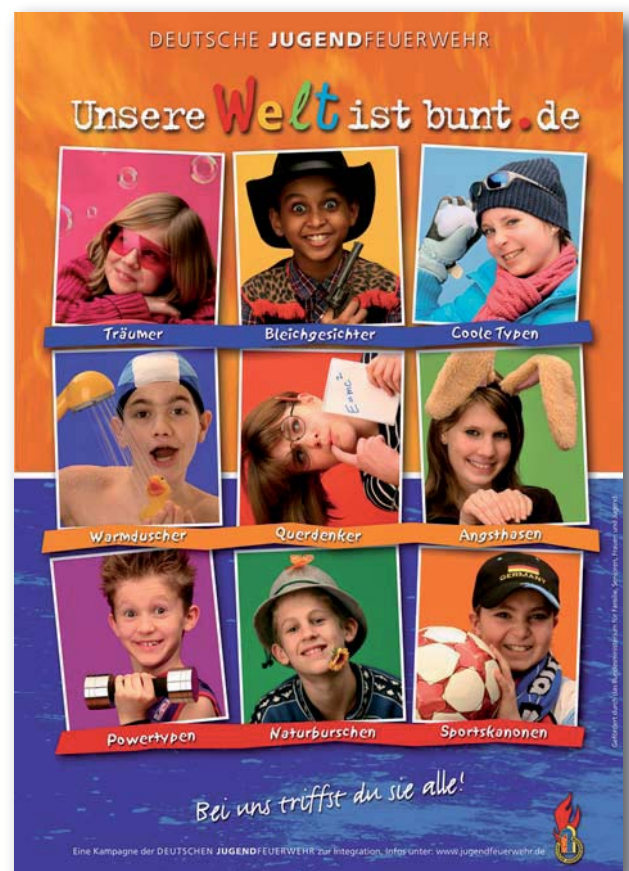
### Projekte der Deutschen Jugendfeuerwehr

Seit Ende Oktober 2007 läuft die dreijährige Integrationskampagne der Deutschen Jugendfeuerwehr, der Jugendorganisation des Deutschen Feuerwehrverbandes. Passend zu dem Motto der Kampagne „Unsere Welt ist bunt“ soll die „bunte Mischung“ und die akzeptierte Vielfalt der Mitglieder in den Jugendfeuerwehren aufgezeigt werden, aber auch die damit verbundenen Schwierigkeiten und Ansprüche werden thematisiert. Partner der Integrationskampagne ist das Bündnis für Demokratie und Toleranz. Ziel der Kampagne ist es, die Individualität der Jugendlichen zu fördern.

Es soll verdeutlicht werden, dass die Jugendfeuerwehr eine offene, moderne Organisation mit einem attraktiven Freizeitangebot ist, in der sich alle Mädchen und Jungen engagieren können. Zu

den inhaltlichen Schwerpunkten der Kampagne zählen die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die Gewinnung von noch mehr Mädchen und der Umgang mit schwierigen Jugendlichen sowie eine deutliche Positionierung gegen rechtes Gedankengut.

Die Kampagne begann mit einer Einführungskonferenz und setzte sich mit Seminaren zu verschiedenen Themen in diesem und dem vergangenen Jahr fort. Geplant und teilweise schon implementiert sind Arbeitshilfen für Jugendfeuerwehren sowie bundesweit Integrationsaktionen vor Ort, begleitet von einer Plakat- und Postkartenaktion.



### Das Integrationsprojekt

Der Deutsche Feuerwehrverband will ein Integrationsprojekt durchführen. Die Zielstellung richtet sich sowohl nach außen an die Migrantinnen und Migranten („Vertrauenkampagne“) als auch nach innen auf die Feuerwehren selbst („Interkulturelle Öffnung“). Hierbei sollen Gemeinsamkeiten und Potenziale anstelle von Unterschieden und De-



fiziten betont werden. Im weitesten Sinne soll vermittelt werden, dass in der Feuerwehr eine Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen mit oder ohne Migrationshintergrund gegeben ist. Nachhaltige Strukturen sollen in diesem Projekt mit engagierte Handeln verknüpft werden.

## Vertrauenskampagne

Ziel ist es, das Vertrauen von Migrantinnen und Migranten in die Feuerwehren zu gewinnen und zu verstärken. Vertrauen entsteht durch Vertrautheit. Nur wenn Migrantinnen und Migranten die Arbeitsweise von Feuerwehren verstehen, damit vertraut sind, wird auch Vertrauen erwachsen. Mit dem Vertrauen werden auch gewünschte Nebeneffekte wie Respekt und Anerkennung wachsen.

Ziel ist auch, den Bereich Brandschutzaufklärung zu stärken. Brandschutzaufklärung wird nur dann funktionieren, wenn Migrantinnen und Migranten die Feuerwehr als einen Berater und Partner ansehen, dem sie vertrauen. Diese Brandschutzaufklärung soll grundsätzlich in deutscher Sprache erfolgen; Ausnahmen sind bei geeignetem Fachpersonal und Zielgruppen aus der ersten Einwanderergeneration zur Erfolgsoptimierung möglich. Bei den Schulungen sollen beispielsweise traditionelle Handlungsweisen wie das Abstellen von Schuhen im Treppenhaus aus der Sicht der Feuerwehr beleuchtet werden — für diese bedeutet das eine Erhöhung der Brandlast im Treppenraum. Dies muss zum einen nachvollziehbar erklärt werden, zum anderen müssen Vorbeugemaßnahmen und passende Alternativen vorgeschlagen werden. Hier sind erste Schritte durch den Gemeinsamen Ausschuss Brandschutzerziehung und -aufklärung von DFV und vfdB bereits erfolgt.

Insgesamt muss das Selbstverständnis ehrenamtlichen Engagements gestärkt und die Arbeit der Feuerwehr erklärt und in den Mittelpunkt gerückt werden. Zugangswege hierfür können Moscheen, Sportvereine und Kulturvereine aller Nationalitäten sein.

Der DFV sieht Engagementförderung als ein Integrationsinstrument. Langfristig ist auch die Mitgliedergewinnung aus den Reihen der Migrantinnen und Migranten ein Ziel, wenngleich dies nicht als Ausgleich eines demografischen Tiefs ver-

standen werden darf, sondern als längst überfällige Bereicherung. Dafür allerdings muss bekannt sein, wie Freiwillige Feuerwehren funktionieren und dass die Möglichkeit besteht, sich in einer Freiwilligen Feuerwehr ehrenamtlich zu engagieren.

## Interkulturelle Öffnung

Der Prozess der Interkulturellen Öffnung und das Bekenntnis dazu soll die Organisation Feuerwehr gegenüber bislang unterrepräsentierten Gruppen und darunter insbesondere den Migrantinnen und Migranten öffnen. Die Etablierung und Förderung einer Willkommenskultur steht im Fokus der Maßnahmen, die ein Bewusstsein schaffen sollen gegen subtile und offene Ausgrenzungsmaßnahmen, die in den Feuerwehren immer noch anzutreffen sind. Bei den Feuerwehrangehörigen muss ein Verständnis für die Problemlage Gleichstellung und Migration erwachsen. Bei allen Maßnahmen sollten die Auswirkungen auf Migranten und Feuerwehrangehörige berücksichtigt werden.

## Zielgruppen

Das Projekt zielt auf Migrantinnen und Migranten ab. Gleichzeitig weist das Projekt eine Dimension nach innen auf, bei der Feuerwehren und deren Angehörige vornehmlich aus dem Bereich der Freiwilligen Feuerwehren im Fokus stehen.

Orhan Bekyigit ist Migrationsbeauftragter des DFV. Seinen persönlichen Weg in und mit der Feuerwehr beschreibt er wie folgt:

„Als 12-jähriger Junge, der nur Fußball kannte, wagte ich als einziger aus meinem türkischen Freundeskreis diesen Schritt und fing bei der Jugendfeuerwehr Wiesloch an. So hat meine Integration im Stadtleben Wiesloch begonnen. Die Aufgaben der Jugendfeuerwehr haben mich so begeistert, dass ich mich später entschloss, die Führung der JF zu übernehmen. Danach konnte ich meine Erfahrungen als Ausbildungsleiter des Rhein-Neckar-Kreises an zukünftige Jugendgruppenleiter weitergeben. Für die Teilnehmer war es kein alltägliches Bild, dass ein Ausbildungsleiter mit Migrationshintergrund vor ihnen stand!

Für mich war klar, dass ich irgendwann mein Hobby zum Beruf mache. Heute bin ich hauptberuflich Leiter einer Werkfeuerwehr in einem Industriebetrieb und ehrenamtlich Führungskraft in der Freiwilligen Feuerwehr Wiesloch. Mittlerweile fragen mich meine Freunde, ob ihre Kinder in die Jugendfeuerwehr kommen können, weil das für die Integration wichtig ist. Sie haben erkannt, dass etwa die Chancen auf einen Ausbildungsplatz größer sind, wenn die Jugendlichen in den örtlichen Netzwerken wie der Feuerwehr aktiv sind.

Integration müssen beide Seiten wollen — nur dann werden wir Erfolg haben. Es ist schwierig, diese Brücken zu schlagen — aber es ist es mehr als wert!“

# Helferpotenziale

## Migration, interkulturelle Öffnung und Bevölkerungsschutz im strategischen Focus des DRK

Eckhard Otte und Anna Vey, DRK

Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und Verschiebungen sind die Themenstellungen des demografischen Wandels und der Migration für alle Organisationen und Institutionen des Bevölkerungsschutzes von erheblicher Bedeutung. Die Frage, ob für die Aufgaben des ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutzes in Zukunft noch genügend Helferpotenziale vorhanden sein werden und ob diese dann gut auf ihre Aufgaben vorbereitet sind, beschäftigt Hilfsorganisationen ebenso sehr wie die politisch Verantwortlichen.

### Migranten als Zielgruppe für Hilfeleistungen

Fast 20 % der Einwohner Deutschlands haben einen so genannten Migrationshintergrund, das sind rund 16 Millionen Menschen, Tendenz steigend. Diese Bevölkerungsgruppe umfasst (zum Teil eingebürgerte) Arbeitsmigranten, Aussiedler, Einwanderer und Flüchtlinge mit ihren Familienangehörigen wie auch binationale Ehen und Familien. Migranten sind damit eine – auch nach Herkunft, Aufenthaltsdauer und legalem Status – sehr differenziert zu betrachtende Zielgruppe für Hilfeleistungen. Ihre Bedürfnisse und Verhaltensweisen können sich teilweise von denen der übrigen Bevölkerung unterscheiden.

Damit auch Zuwanderer den gleichen guten Standard an Hilfsangeboten erhalten, ist es erforderlich, mehr über Zuwanderer und Zuwanderergruppen – in ihren Gemeinsamkeiten wie auch Verschiedenartigkeiten – zu wissen. Dieses Wissen soll sich dann in der Gestaltung von Hilfsangeboten entsprechend ihren Bedürfnissen niederschlagen. Auch wenn sehr viele Migrant/innen über gute

Deutschkenntnisse verfügen, gibt es doch auch Personengruppen, die entweder über geringe deutsche Sprachkenntnisse verfügen oder die wenig Informationen über gesellschaftliche Abläufe und Verfahrenswege in Deutschland haben.

Dieses Wissen ist verfügbar, und es ist wichtig, dies auch in die Konzepte für den Bevölkerungsschutz mit aufzunehmen und Umgangsformen dafür zu installieren. Dies ist unumgänglich, damit die Helfenden sich auf den Umgang mit vielfältig geprägten Personen einstellen können und damit die mögliche Hilfe auch angenommen werden kann.

### Migranten als Zielgruppe bürgerschaftlichen Engagements

Bereits in den 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts hat sich das Deutsche Rote Kreuz mit der Frage beschäftigt, wie es gelingen kann, „Ausländer“ (wie man damals sagte) für die ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen. Vorausgegangen war in den 50iger bis 70iger Jahren vornehmlich die Bereitstellung von individuellen Hilfen für Betroffene in und nach Kriegen sowie in Flucht- und Vertreibungssituationen (Medizinische Versorgung, Suchdienst, Unterbringung und Verpflegung). Jedoch spätestens mit dem stetigen Anwachsen der „Gastarbeiter“-Zahlen sah man sich veranlasst, Fragen der Integration und des Zusammenlebens in einer demokratischen Gesellschaft als wichtige humanitäre und gesellschaftspolitische Themen zu begreifen.

Eine hochkarätig besetzte Arbeitsgruppe des DRK-Präsidiums entwickelte (und entwickelt weiter) seit dieser Zeit Konzepte und Projekte zur Integration von Migranten in die verschiedenen Arbeits- und Aufgabenfelder des DRK. Die Thematik

begleitet seit Jahren die strategischen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Rotkreuzarbeit: so genannte Meilensteine wurden 2004 im Rahmen der Eisenacher Konferenz „Das DRK – nicht nur für Deutsche: Interkulturelle Öffnung im DRK“, mit der Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ 2008 und auf internationaler Ebene auf Konferenzen der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung gesetzt. Das DRK spricht mittlerweile offen aus, dass Deutschland zu einem „Zuwanderungsland“ geworden ist, was noch Anfang der 80iger Jahre im Zusammenhang mit den „Boat People“ und bis zu den Diskussionen um das Zuwanderungsgesetz Anfang 2001 von der Politik in Abrede gestellt worden war.

Als größte humanitäre Bürgerbewegung in Deutschland sieht sich das DRK verpflichtet, die Lösung von Fragen der Migration und der Integration als dauerhafte Querschnittsaufgabe zu betrachten und sich daran aktiv zu beteiligen. Längst hat man sich davon verabschiedet, Menschen mit Migrationshintergrund lediglich als Objekte humanitärer Leistungen zu betrachten, sondern man hat erkannt, wie vorteilhaft es ist, diese Menschen auch zum Mitmachen im DRK zu gewinnen.

Die Menschen mit Migrationshintergrund, die zu ehrenamtliche Aktivitäten in deutschen Vereinen bereit sind, verfügen in der Regel über gute deutsche Sprachkenntnisse und eine gute Ausbildung. Oft haben sie Qualitäten, um als Mittler zu fungieren zwischen den Einheimischen und ihren Landsleuten. Sie sind in der Regel gut in die deutsche Gesellschaft integriert und sind auch in ihrer Herkunftskultur gut verankert, haben also eine Identität in zwei Richtungen. Sie wissen oft sehr gut, wie ihre Landsleute motivierbar sind, wie sie erreicht werden können und wie Angebote für sie gestaltet werden sollen, damit sie auf Interesse und Akzeptanz stoßen.

Vielen ist es wichtig, mit dieser zweiseitigen Identität anerkannt zu werden, hier und dort dazu zu gehören, und gleichzeitig auch manche Werte und Verhaltensweisen ihrer Herkunftskultur wie auch der deutschen Kultur zu leben.

Abgesehen davon, dass dies eine zivilgesellschaftliche Daueraufgabe ist, der sich alle relevanten Institutionen und Verbände zu stellen haben, sieht sich das DRK durch seine überparteiliche, überkonfessionelle und neutrale Haltung und Rolle im besonderen Maße geeignet, Zugang zu Migranten und

deren Organisationen zu bekommen. Als wichtiger Akteur und Impulsgeber wirkt das DRK auf verschiedenen Feldern mit, um insbesondere die Situation in den Bereichen Erziehung, Bildung und Frühförderung, in den Bereichen Ausbildung und Arbeit, Gesundheit und Alter, Spracherwerb, Familienzusammenführung und Weiteres mehr zu verbessern. Weiterhin hat man erkannt, dass die zunehmende Aufsplitterung (Diversifizierung) der Gesellschaft auch neue und andere Strategien, Maßnahmen, Kompetenzen und Fertigkeiten notwendig machen (Diversity-Management).

Die Arbeitsgruppe des DRK-Präsidiums versteht sich daher mittlerweile als Initiator für interkulturelle Öffnung im DRK, welche – auf der Grund-



Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung – eine lange Erfolgsgeschichte.

lage einer umfassenden Wertschätzung von Vielfalt als Unternehmenskultur – Ideen und Konzepte für alle Ebenen und Bereiche des DRK entwickelt und dabei auf Erfahrungen, Projekte und Beispiele zurückgreift.

Somit sind auch die Aufgaben des DRK im Bevölkerungsschutz im Focus der Verbandsstrategie der interkulturellen Öffnung. Erste Maßnahmen, zum Beispiel die Überarbeitung der Ausbildungs- und Lehrunterlagen, sind eingeleitet. Doch bei aller Neuausrichtung der Verbandspolitik und Strategie klaffen in der Praxis noch große Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Obwohl genaue Zahlen nicht vorliegen, schätzt man recht realis-



tisch, dass im Bereich der Einsatzeinheiten der Bereitschaften, der Berg- und Wasserwacht des DRK (aber auch in anderen) die Quote der Menschen mit Migrationshintergrund weitaus geringer ist als in der Bevölkerung insgesamt.



Fotos: DRK

So ist es folgerichtig, dass das DRK zunächst einmal in Kürze eine Datenerhebung vornimmt, um die quantitative und qualitative ehrenamtliche und hauptamtliche Mitwirkung von Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund zu erfassen. Beabsichtigt ist, in ca. 50 bis 70 DRK-Kreisverbänden Indikatoren und Faktoren zu ermitteln, wie es erfolgreich gelingen kann, den Anteil von Migranten zu erhöhen.

Die Integration von Freiwilligen mit Migrationshintergrund in deutsche Vereine erfordert von Seiten der deutschen Vereine auch die Bereitschaft, sich für Menschen mit Migrationshintergrund, so wie sie sind, zu interessieren. Aus diesem Interesse kann dann Offenheit für das zunächst Andersartige

entstehen — eine wesentliche Voraussetzung, um Menschen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Und es darf an dieser Stelle auch einmal angemerkt werden, dass wir Einheimischen hier durchaus Nachholbedarf haben, und dass es uns gut anstünde, unsere Fähigkeiten im Umgang mit vielfältig geprägten Bevölkerungsgruppen auszubauen. In gemischt zusammengesetzten Teams geht dies am leichtesten, quasi im Learning by doing — Offenheit und Flexibilität vorausgesetzt.

Eine solche Zielsetzung verfolgen wir auch in der Durchführung eines Modellprojektes „Interkulturell im Ehrenamt aktiv“. In diesem Projekt arbeiten ehren- und hauptamtliche Mitarbeitende aus DRK-Kreisverbänden, Landesverbänden und dem Bundesverband gemeinsam mit Vertretern von Migrantenorganisationen. Ziel ist es, erfolgreiche Projekte, Maßnahmen und Konzepte gemeinsam zu entwickeln, durchzuführen, zu verbreiten und zu evaluieren. Ein Schlüssel zum Erfolg wird auch darin gesehen, zunächst einmal zu erfahren, welche Interessen und Bedürfnisse jeweils vorhanden sind, auch welche kulturell bedingten Besonderheiten zu kennen und zu beachten sind — und zwar auf beiden Seiten. Ein „Integrations-Knigge“ des Caritasverbandes ist da ebenso hilfreich wie die Auswertung fundierter Analysen und Studien und die Diskussion mit Vertretern von Migrantenorganisationen.

Es geht hier nicht darum, Menschen mit Migrationshintergrund zu bevorzugen oder an sie geringere Anforderungen zu stellen als an Einheimische. (Forschungen belegen umgekehrt, dass bei gleichen Leistungen Migrant/innen größere Schwierigkeiten haben, eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz zu bekommen.)

Letztendlich müssen für die jeweiligen Tätigkeiten für alle die gleichen Standards gelten, aber der Weg, wie man dahin kommt, kann durchaus unterschiedlich sein. Hier braucht es die Bereitschaft der Organisationen und Strukturen, sich und ihre Abläufe hinterfragen zu lassen, um mit den gesellschaftlichen Erfordernissen Schritt zu halten.

Anna Vey ist Referentin für Migration und Integration im DRK-Generalsekretariat in Berlin,  
Eckhard Otte Teamleiter Ehrenamt im DRK-Generalsekretariat in Berlin.

# Ehrenamt ist Ehrensache

## „Volkswagen pro Ehrenamt“

Ralf Thomas, Wolfsburg

Für uns ist das gesellschaftliche Engagement ein wichtiger Bestandteil des unternehmerischen Handelns als „guter Unternehmensbürger“. An den weltweiten Standorten des Volkswagen Konzerns gilt dabei die gleiche Maxime: Wir unterstützen soziale Entwicklung, Kultur und Bildung. Der Konzern beteiligt sich an seinen Standorten an der regionalen Strukturentwicklung und Forschung, er initiiert Projekte der Gesundheitsförderung, im Sport und im Naturschutz.

Unsere Verantwortung endet nicht an den Werkstoren. Wir engagieren uns über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus dafür, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern. Der Volkswagen Konzern hat sich seit jeher intensiv um die Regionen seiner Standorte gekümmert. Dies gehört zur Unternehmensphilosophie und trägt wesentlich dazu bei, qualifizierte und motivierte Mitarbeiter zu gewinnen.

Für den Automobilhersteller ist es sowohl Gebot der wirtschaftlichen Vernunft als auch moralische Verpflichtung, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft – ein respektvolles Umfeld im Unternehmen zu garantieren. Insgesamt arbeiten Menschen aus mehr als 90 Nationen in den Volkswagen Werken Wolfsburg, Hannover, Kassel, Braunschweig, Salzgitter und Emden. Die Beschäftigten begegnen einander mit Toleranz und Respekt. Das ist auch eine wichtige Basis, Menschen für ehrenamtliches Engagement zum Gemeinwohl zu interessieren, so für Projekte des Bevölkerungsschutzes.

### Konzernwerte – was ist das?

Die Konzernwerte beschreiben, was alle Mitarbeiter trotz unterschiedlicher Kulturen und Gepflogenheiten bei der Arbeit in diesem Unternehmen vereint. Die Konzernwerte geben das geltende ge-

meinsame Verständnis der Unternehmenskultur wieder. Volkswagen pro Ehrenamt ist ein konkreter Beitrag zu den Konzernwerten Respekt, Verantwortung und Nachhaltigkeit.

### Konkrete Umsetzung

Mit dem Projekt „pro Ehrenamt“ unterstreicht Volkswagen, dass Leistungen im Unternehmen und Leistungen in der Gesellschaft zwei sich positiv ergänzende Seiten einer Medaille sind.

Mit „pro Ehrenamt“ hat Volkswagen ein Projekt ins Leben gerufen, das für alle Mitarbeiter – vom Azubi bis zum Rentner – und aus allen Kulturkreisen die sinnstiftende Wirkung ehrenamtlicher Tätigkeit aufzeigt. Die Schwerpunkte des Projektes beziehen sich auf die Bereiche Soziales, Schule, Kirche, Kultur, Sport und auf Natur-, Umwelt- und Tierschutz.

### Hilfe zur Selbsthilfe

Volkswagen trägt auch Verantwortung für die Vorruhestandler und Rentner des Unternehmens. Ein Ehrenamt kann für Menschen, die in den Vorruhestand oder die Rente gehen, eine motivierende Perspektive darstellen. Daher berät die für „pro Ehrenamt“ eingerichtete Geschäftsstelle auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassend über die Möglichkeit von Ehrenämtern. Dahinter steht nicht zuletzt das Motiv, Wissen, Erfahrung und Vorbildfunktion dieser Menschen in die Gesellschaft und das Unternehmen zu tragen.

Darüber hinaus wurde ein konzerninterner Senior Experten Einsatz aufgebaut und eine Kooperation mit dem Senior Experten Service (SES, Bonn) geschlossen. Auf diese Weise bietet das Unternehmen ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

auch nach ihrem Berufsleben neue Herausforderungen.

## Ehrenamt ist Ehrensache

Im Frühjahr 2008 hat die Firma Mercer Deutschland GmbH das Ergebnis einer internationalen Studie veröffentlicht. Die Mercer-Studie wurde in mittleren und größeren börsennotierten Unter-

**DU WIRST  
GEBRAUCHT!**

ZEITSPENDE  
FEUERLÖSCHER  
MENSCHENVERBINDER  
ÜBERDIESTRASSEBRINGER  
SANDSACKSCHLEPPER  
ÄRMELHOCHKREMLER  
NICHTIMMERANSGELDDENKER

**NICHT QUATSCHEN - ANPACKEN!**

Volkswagen ist Teil der sozialen Gemeinschaft und hat eine Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern, Kunden und Nachbarn, der Umwelt und der Gesellschaft insgesamt.

VOLKSWAGEN  
pro  
EHRENAMT

nehmen in 22 Ländern durchgeführt. Die Kernfrage in der Studie war: „Was ist der wichtigste Faktor für Sie während Ihrer Arbeit?“ Das Ergebnis der Umfrage verdeutlicht, dass nicht das Einkommen, sondern Respekt und Verantwortung im Ranking von zwölf Antworten an erster Stelle stehen.

Weitere Studien zu dem Thema bestätigen, dass weniger das Einkommen oder hohe Bonuszahlungen und Aufstiegschancen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu guten Leistungen motivieren, sondern vielmehr Respekt und Anerkennung.

In Deutschland sind bereits mehr als 23 Millionen Menschen ehrenamtlich engagiert. Gleichwohl ist der personelle Bedarf gemeinnütziger Einrichtungen nach wie vor hoch.

Nahezu 25.000 Beschäftigte an den Volkswagen-Standorten in Deutschland übernehmen bereits gesellschaftliche Verantwortung und sind seit Jahren ehrenamtlich tätig – mit vielen positiven Effekten für die Gesellschaft, aber auch für ihr Engagement bei Volkswagen.

Das Verantwortungsbewusstsein, das die Mitarbeiter im Ehrenamt zeigen, lässt sich auch auf ihre Tätigkeit übertragen. Die Bereitschaft zum Engagement und zur Übernahme von Verantwortung sind wichtige Voraussetzungen für eine Spitzmannschaft, wie wir sie brauchen. Menschen, die sich in ihrer Freizeit für die Gemeinschaft einsetzen, kommen mit vielen anderen in Kontakt, sammeln Erfahrungen und werden sozial kompetenter. Das nutzt der Gesellschaft und wirkt sich auch am Arbeitsplatz positiv aus. „Volkswagen pro Ehrenamt“ ist ein wirksames Instrument für das Management, Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeit der Mitarbeiter in den Mittelpunkt zu rücken. Denn die öffentliche Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten wird mehr denn je ein wichtiger Aspekt der Personalarbeit im Unternehmen. Um sich als attraktiver Arbeitgeber zukünftig von Wettbewerbern zu unterscheiden, ist „Wertschöpfung durch Wertschätzung“ ein bedeutender Baustein.

## Wie können wir Respekt und Anerkennung sichtbar machen?

Mit Hilfe von speziellen Accessoires, die von den betrieblichen Vorgesetzten nach anerkennenden Worten übergeben werden, sind die ehrenamtlichen Helfer „plötzlich“ sichtbar. Damit ergibt sich eine ganz neue Art der Kommunikation zwischen Vorgesetztem und Mitarbeiter. Darüber hinaus bieten sich mehr als vorher innerbetriebliche Möglichkeiten zur Netzwerkbildung der Ehrenamtlichen untereinander. Damit erreicht das Unternehmen auch Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und deren Angehörige.

Das ist ein Schatz an Kompetenz, Erfahrung und Leistungsbereitschaft, den wir heben wollen. So haben wir mit dem Projekt drei Gewinner:



- Den Mitarbeiter
- Die Gesellschaft, Vereine und Organisationen
- Das Unternehmen

Das Projekt ist daher auch zur Motivation durch Anerkennung und Respekt im arbeitstäglichen Umgang miteinander gedacht. Dass damit ein weiterer Schwerpunkt im Rahmen der Führungskräfteweiterbildung gegeben ist, versteht sich bei von selbst.

### Wie sind wir im Einzelnen vorgegangen?

Gestartet sind wir mit regionalen Pilotprojekten in Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter. Um Hindernisse und bürokratische Hürden zu vermeiden, wurden zunächst Informationstreffen zum Projekt mit den Bürgermeistern und Verwaltungen an allen Standorten initiiert.

Danach haben wir bei mehr als 450 gemeinnützigen Organisationen an den Volkswagen-Standorten Gespräche geführt und Anforderungsprofile für ehrenamtliche Tätigkeiten abgefragt. Volkswagen unterstützt diese Einrichtungen bei der gezielten Suche nach Helferinnen und Helfern. Inzwischen liegen 1700 konkrete Anfragen aus den Regionen vor.

Parallel haben wir eine Online-Seite als Informationsplattform zum Ehrenamt im Mitarbeiterportal aufgebaut. Alle 1700 Anfragen sind als Stellenangebote in eine Portaldatenbank eingestellt worden. Darauf Zugriff haben aktive und ehemalige Mitarbeiter. „pro Ehrenamt“ versteht sich dabei als Drehscheibe zwischen Organisation und ehrenamtlich Interessierten. Menschen, die nicht bei Volkswagen beschäftigt sind, bekommen die Informationen auf Nachfrage. Wir wollen die bereits ehrenamtlich Tätigen in ihrem Tun stärken und sie motivieren, weiterhin aktiv zu bleiben.

In 120 Workshops haben wir das Projekt bei den Führungskräften im Unternehmen eingeführt. „Volkswagen pro Ehrenamt“ haben wir außerdem mit einer speziellen internen und externen Medienkampagne begleitet, in der die Projektidee beschrieben wurde.

In Gesprächen zwischen Vorgesetzten und ihren Mitarbeitern, begleitet durch die Übergabe von bislang mehr als 1500 Accessoires ist die ganz-

heitliche Würdigung des Einzelnen wichtig und damit die Motivation durch Anerkennung.

Mit diesem Herangehen konnten wir darüber hinaus bereits mehr als 500 Ehrenämter vermitteln — vom Lesepaten über den Trainer im Sportverein bis zum Babysitter und Krankenhaus-Besuchsdienst.



Foto: Volkswagen

Die Vermittlung von Senior Experten im Konzern ist im Juli 2009 angelaufen. Hier haben wir schon 50 Experteneinsätze vermittelt.

### Wie soll das Projekt fortgeführt werden?

Wir werden das Projekt auf weitere Standorte ausweiten und damit auch einen Beitrag zur jeweils regionalen Weiterentwicklung leisten. Der Zugriff auf die Portalseiten des Unternehmens von außerhalb wird vorbereitet. An den jeweiligen Standorten wird es weiter verschiedene Projekte zur Unterstützung des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe geben.

# „Unser Auftrag ist die Information der Bevölkerung“

Gespräch mit Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

**Wir hatten ja in diesem Jahr, bzw. haben noch, einen strengen Winter. Einige sprechen von katastrophalen Verhältnissen. War das eine Katastrophe, eine Krise oder einfach nur schlechtes Wetter?**

Es herrschte sicherlich in weiten Teilen Deutschlands nur schlechtes Wetter, aber in weiten Teilen des Nordens ist es zu erheblichen Beeinträchtigungen, z. B. auch Stromausfällen, gekommen und hat es ja auch die Ausrufung von Katastrophenalarm gegeben.

Der Bürgermeister von Fehmarn hat gestern noch erklärt, schlimmer habe es kaum kommen können. Meine Behörde, das BBK, ist nicht zuständig für die Unwetterwarnungen, das ist Aufgabe des Deutschen Wetterdienstes. Zu unseren Aufgaben gehört dagegen die Information und Vorbereitung der Bevölkerung, deren Sensibilisierung und die Stärkung ihrer Selbsthilfefähigkeit. Deshalb geben wir hier seit vielen Jahren schon unsere Tipps „Für den Notfall vorgesorgt“ heraus mit denen wir versuchen, die Bevölkerung besser auf solche Lagen einzustellen.

Diese Hinweise haben wir im Vorfeld von „Daisy“ konkretisiert und darauf hingewiesen, dass es „regional“ zu Problemen kommen kann. In den betroffenen Bereichen ist uns das sicherlich gelungen und hat eben auch dazu beigetragen, dass wir in Deutschland im Vergleich zu einigen Nachbarstaaten glimpflich davon gekommen sind

**Gibt es von Ihrer Behörde auch Vorschläge an Industrieunternehmen oder Behörden, wie diese sich in solchen Situationen verhalten sollen?**

Die gibt es natürlich auch. Wir kümmern uns um die Bevölkerung als solche, aber auch beispielsweise um den Schutz so genannter Kritischer Infrastrukturen, gerade auch den Schutz in extremen Witterungssituationen. Für den Fall beispielsweise eines Stromausfalls ist ein landwirtschaftlicher Betrieb oder der kleine Handwerksbetrieb genauso betroffen und insofern haben wir auch ein besonderes Augenmerk auf diesen Bereich. Die Energieversorgung insgesamt hat für uns eine ganz besondere Bedeutung.

Gerade aktuell, bedingt durch den harten Winter, müssen wir, neben dem Ausfall auf Fehmarn, doch in ganz Europa feststellen, dass die Stromversorgung ausfällt, heute sind in Frankreich 2.400, in Polen sogar 65.000 Haushalte, betroffen. Seit der Übung LÜKEX 2004 mit dem durch Schnee und Sturm (!) ausgelösten, lang anhaltenden und großflächigen Stromausfall und nicht erst nach den Erfahrungen mit den Problemen im Münsterland arbeiten wir an dieser Thematik, im Übrigen gut und intensiv mit den Stromversorgern zusammen. Aus dieser Kooperation sind zahlreiche Produkte entstanden, die zur Verbesserung der Situation beitragen sollen.

**Wie erklären Sie sich, dass eine moderne Gesellschaft, wie wir sie heute in Deutschland haben, offenkundig anfälliger für Schneefall oder auch extremen Schneefall ist?**

Es gibt da sehr unterschiedliche Entwicklungen. Wir glauben schon, dass in der Tendenz die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung abgenommen hat. Früher war man etwa in der Lage, weil man

beispielsweise entsprechende Vorräte hatte, auch eine Zeit ohne alltägliche Einkaufsmöglichkeit zu überbrücken, wenn der Heimatort durch Schneeverwehungen, wie jetzt auf Rügen oder Fehmarn, abgeschnitten war. Da gab es auch Speisekammern, da gab es im Keller die Kohlen und die Kartoffeln. In den wenigsten Haushalten ist das noch so. Heute glauben wir, der Strom kommt aus der Steckdose und wenn er dann einmal nicht kommt, was sehr selten geschieht, aber eben auch passieren kann, dann gibt es Probleme, zumal die Abhängigkeiten gerade im Bereich Strom wachsen.

Nehmen Sie den medizinischen Bereich, nehmen Sie den Pflegebereich, oder Kommunikation. All das läuft nur noch mit Strom und erst wenn er nicht fließt, merken wir eigentlich, wie groß die Abhängigkeit ist. Natürlich gibt es auch zu berücksichtigende technische Entwicklungen. Technik wird komplizierter, komplexer. Wenn es da an einer Stelle zu Störungen kommt, dann wirkt sich das doch im Gesamtsystem stark aus, wie der Bahnverkehr zeigt. Also auf der einen Seite sind wir in einer besseren und sicheren Welt, auf der anderen Seite sind natürlich auch (neue) Anfälligkeiten da.

**Die Natur ist nicht an allen Orten gleich in Erscheinung getreten, sondern das ist sehr regional. Wäre es sinnvoll, statt einem bundesweiten Warnhinweis oder einem Tipp einen eher regionalisierten zu geben?**

Noch mal ganz ausdrücklich. Wir haben nicht gewarnt, sondern wir haben allgemein gültige Empfehlungen wiederholt, die es eh ja schon gibt. Unser Auftrag ist die Information der Bevölkerung, sind Verhaltensempfehlungen. Wir haben auf die Warnungen der Meteorologen über die Wetterentwicklung hingewiesen, diese wiederholt („brisante Wetterlage“) und allgemein noch mal darauf hingewiesen, dass es in den betroffenen Regionen möglicherweise Probleme gibt.

Aussagen darüber, welche Region dann tatsächlich betroffen war oder für welche eine Gefährdung bestand, mussten vom DWD gemacht werden. Dies ist dann auch erfolgt. Den Auswirkungen einer Unwettersituation kann man dadurch begegnen, dass man sich vorbereitet. Nicht mehr und nicht weniger. Also von daher gibt es natürlich auch noch

ein weitergehendes Instrumentarium der in den Ländern zuständigen Behörden, wenn es konkret um Katastrophenlagen geht. Aber das war gar nicht unsere Intention. Wir haben allgemeine Tipps und Empfehlungen gegeben.

**Wie häufig kann man solche Hinweise geben, ohne dass das Interesse der Bevölkerung abnimmt, darauf zu hören?**

Wir geben unsere Broschüren „Für den Notfall vorgesorgt“ in jedem Jahr in einer Auflage von ca. 250.000 Stück heraus. Die Hinweise sind von unserer eigenen und von vielen Homepages von Kommunen und Landkreisen herunterzuladen. Zusätzlich haben wir Informationsbroschüren zum Verhalten bei Unwettern herausgegeben. Damit ist ein gewisser Informationsgrad vorhanden. Wir haben eben nur die Erfahrung gemacht, dass immer dann, wenn es zu Krisen oder Katastrophenlagen kommt, der Bedarf steigt und möglicherweise sogar im Nachhinein erst abgefragt wird. Nur dann ist es zu spät.

Wir haben das konkret im Münsterland bei dem Schneechaos, das zum Stromausfall geführt hat, gesehen. Wir haben es beim Sturm Kyrill erlebt. Das Problem liegt darin, dass es, wenn der Schneesturm erst einmal da ist, zu spät ist. Dann kann man keine Vorsorgemaßnahmen mehr treffen. Der Stromausfall kommt plötzlich und unerwartet, wie wir bei dem Kreuzfahrtschiff gesehen haben, das auf der Ems überführt wurde. Die dafür notwendige Abschaltung einer Stromleitung führte zu einem Stromausfall in weiten Teilen Europas. Um hierauf vorbereitet zu sein, bedarf es einer gewissen Sensibilität. Diese versuchen wir eben in der Bevölkerung auch zu entwickeln.



Das Interview mit Christoph Unger führte der Behörden Spiegel, veröffentlicht dort am 18.1.2010.



# Katastrophenschutz made by EU

## MIC und EU-Katastrophenschutzeinheiten auf dem Prüfstand

Andreas Walus, Berlin

Kennzeichnend für das Wesen von Katastrophen ist neben der zerstörerischen Kraft ihr potenziell grenzüberschreitender Charakter: Katastrophen machen nicht an vom Menschen gebildeten Grenzen Halt. Dies betrifft sowohl innerstaatliche Grenzziehungen, wie dies bei Kreisen, Bezirken und Bundesländern der Fall ist, als auch die Außengrenzen zu den Nachbarstaaten. Die Tschernobyl-Katastrophe 1986, das Oder-Hochwasser 1997 sowie das Elbe-Hochwasser 2002 sollten hier als Beispiele genügen. Angesichts dieses in die Tiefe und in die Breite gehenden Gefährdungspotenzials verwundert es nicht, dass Staaten sich durch bilaterale Abkommen Hilfe zusichern, um gemeinsam außerordentlichen Gefahrenlagen begegnen zu können. Daneben nimmt sich im europäischen Raum auch die Europäische Union der Sachmaterie Katastrophenschutz beherzt an. Ein Staatenverbund – wie es die EU darstellt – eignet sich grundsätzlich als Handlungsebene, um grenzüberschreitende Anliegen wie Katastrophen zu behandeln. Allerdings ist es in der internationalen Sicherheitspolitik umstritten, ob bzw. wie weit die Verantwortung für grenzüberschreitende Gefahren zwingend auf eine einzelstaatenübergeordnete Ebene übertragen werden sollte.

Vor diesem Hintergrund kann der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon zur Lösung zentraler Streitfragen des europäischen Katastrophenschutzes beitragen. Hierbei geht es im Kern um zwei Fragestellungen: Lässt sich die Fortentwicklung des Monitoring and Information Center (MIC) zu einer weisungsbefugten Einsatzzentrale mit der Koordinierungszuständigkeit der EU legitimieren? Berechtigt die Unterstützung- und Ergänzungszuständigkeit der EU zur Aufstel-

lung von EU-eigenen Katastrophenschutzeinheiten, wie dies auf den ersten Blick in Erwägung gezogen werden könnte?

Die bisher weitgehend sicherheitspolitisch geführte Debatte lässt sich juristisch mit Hilfe des Vertrags von Lissabon lösen. Im Folgenden sollen daher die zahlreichen rechtlichen Bedenken betrachtet werden, die gegen die Rechtmäßigkeit derartiger Katastrophenschutzmaßnahmen und der damit einhergehenden Zuständigkeitsexpansion der EU bestehen.

### Rückblick

Bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon war die Rechtslage hinsichtlich der Zuständigkeitsverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes höchst problematisch: Art. 3 EG-Vertrag benannte zwar auch den Katastrophenschutz als eine europäische Aufgabe. Jedoch stellte die bloße Aufgabenbestimmung keine hinreichende Rechtsgrundlage für konkrete Maßnahmen der Gemeinschaftsorgane dar. Daher war es eine unbefriedigende Notlösung, dass die europäischen Katastrophenschutzmaßnahmen – insbesondere das sog. Gemeinschaftsverfahren als Regelungsinstrument der Zusammenarbeit im europäischen Katastrophenschutz – auf die Generalklausel des Art. 308 EG-Vertrag gestützt wurden. Diese ermächtigte zwar den Rat zum einstimmigen Erlass von Vorschriften, wenn dies „erforderlich“ war, um europäische Ziele zu verwirklichen. Eine derartige generalklauselartige Grundlage ließ jedoch den Maßstab für europäi-

sche Katastrophenschutzmaßnahmen nicht hinreichend erkennen. Der konturen- und grenzenlose Charakter der Generalklausel barg eine Gefahr ausufernder Katastrophenschutzmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft in sich. Insgesamt war es daher unverkennbar, dass es aufgrund zunehmender europäischer Katastrophenschutzaktivitäten einer speziellen Befugnisnorm für operative Katastrophenschutzmaßnahmen bedurfte.

### Katastrophenschutz im Vertrag von Lissabon

Durch den Vertrag von Lissabon wird dieser unbefriedigenden Rechtslage abgeholfen und der europäische Katastrophenschutz gewinnt erstmalig Konturen. Der bisherige EG-Vertrag wurde durch den (Änderungs-)Vertrag von Lissabon umbenannt in den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), in dem Katastrophenschutz nicht nur abstrakt als eine europäische Aufgabe bestimmt wird. Vielmehr finden sich im AEUV weitgehend konkrete Regelungen zur Zuständigkeitsverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU.

Im Allgemeinen fällt Katastrophenschutz künftig unter die Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungszuständigkeit der Europäischen Union (Art. 6 i.V.m. Art. 2 Abs. 5 AEUV). Hierbei handelt es sich um eine neu geschaffene Zuständigkeitsart, die neben den Bereichen wie Gesundheit und Industrie auch den Katastrophenschutz umfasst. In der zentralen Katastrophenschutznorm des Europarechts, dem Art. 196 AEUV, wird die Katastrophenschutzzuständigkeit der EU konkretisiert:

„Die Union fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, um die Systeme zur Verhütung von [...] Katastrophen und zum Schutz vor solchen Katastrophen wirksamer zu gestalten.“

Darüber hinaus werden in Art. 196 AEUV die Ziele der Tätigkeit der Union auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes geregelt. Dies sind:

- Unterstützung und Ergänzung der Tätigkeit der Mitgliedstaaten [...] im Hinblick auf [...] Einsätze im Falle von [...] Katastrophen in der Union;
- Förderung einer schnellen und effizienten Zusammenarbeit in der Union zwischen den einzelstaatlichen Katastrophenschutzstellen;

- Verbesserung der Kohärenz der Katastrophenschutzmaßnahmen auf internationaler Ebene.

### MIC als weisungsbefugte Einsatzzentrale?

Das zentrale Organ des europäischen Katastrophenschutzes stellt das Beobachtungs- und Informationszentrum (Monitoring and Information Center, MIC) dar. Dessen Errichtung beruht auf der ersten Entscheidung des Rates über ein Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz. Als eine Einrichtung der Europäischen Kommission dient das MIC der Durchführung operativer Katastrophenschutzmaßnahmen im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens. Bislang beschränkt sich die Funktion auf eine vermittelnde Koordinierung der Einsätze.



Künftig fällt Katastrophenschutz unter die Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungszuständigkeit der Europäischen Union. (Foto: Alexander Hauk/pixelio)

Umstritten ist jedoch, welche Befugnisse dem MIC übertragen werden können. Fraglich ist hierbei vor allem, ob das MIC zu einer weisungsbefugten Einsatzzentrale fortentwickelt werden darf. Die Europäische Kommission schlug in ihrer Mitteilung vom 5. März 2008 vor, ihre Kapazitäten durch eine Kompetenzerweiterung des MIC zu stärken. In diesem Sinne solle das MIC zu einer europäischen Einsatzzentrale ausgebaut werden, die „die Koordinierung der Einsätze“ voraussetze. Da eine einfa-

che, d.h. rein vermittelnde Koordinierung der bereits gängigen Verwaltungspraxis und der aktuellen Rechtslage entspricht, ist zu vermuten, dass „Koordinierung“ in diesem Zusammenhang als ggf. anforderungsunabhängige Übernahme der oberen Einsatzleitung verstanden werden muss. Die Forderung nach Weisungsbefugnissen des MIC gegenüber Mitgliedstaaten ist aber auch abseits dieser Kommissionsmitteilung Gegenstand aktueller Debatten zum europäischen Katastrophenschutz.

Ein derartiger funktioneller Ausbau des MIC wäre jedoch rechtswidrig. Denn EU-Maßnahmen

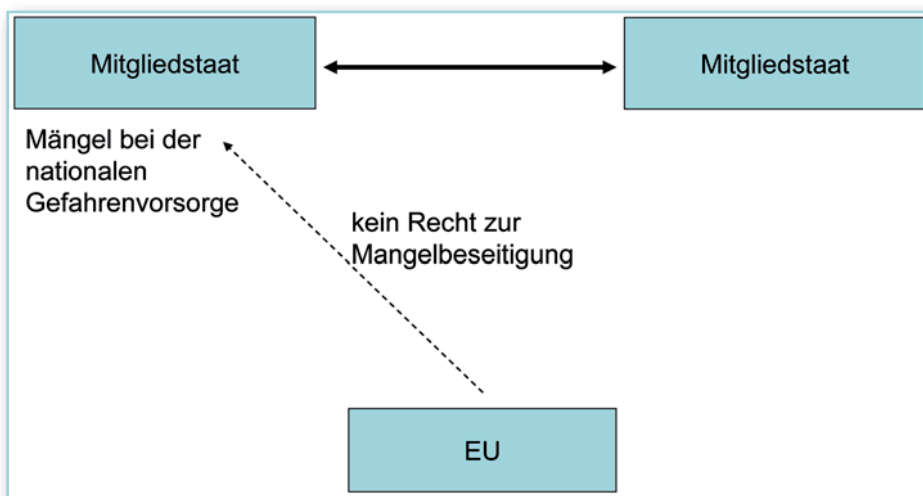


Abb. 1: Ausgleich von Mängeln der nationalen Gefahrenvorsorge durch die EU?

im Bereich der Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungszuständigkeit der EU dürfen nicht an die Stelle der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten treten (vgl. Art. 2 Abs. 5 AEUV). Dieses Substitutionsverbot drückt aus, dass Katastrophenschutz maßgeblich eine Aufgabe der Mitgliedstaaten ist. Dies muss folglich auch die Entscheidung eines jeden Mitgliedstaates umfassen, ob bzw. inwieweit ein Katastrophenhilfeersuchen gestellt wird. Demgegenüber sind die Mitgliedstaaten gemäß der in Art. 222 AEUV verankerten Solidaritätsklausel zum gegenseitigen Beistand durch Bereitstellung benötigter Katastrophenschutzeinheiten verpflichtet.

Hinsichtlich der Koordinierungsfunktion des MIC muss jedoch festgestellt werden, dass die Anforderungsfreiheit der Mitgliedstaaten und damit die Zulässigkeit von Koordinierungsmaßnahmen durch das MIC nur auf Ersuchen der Mitgliedstaaten, nicht aufgelöst werden kann. Die Verleihung von Weisungsbefugnissen an die Europäische Kommis-

sion bzw. das MIC gegenüber den Mitgliedstaaten wäre folglich ohne eine Änderung des AEUV nicht zulässig, da andernfalls die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Katastrophenschutzabwehr verletzt werden würde.

### EU-eigene Katastrophenschutzeinheiten?

Besondere politische und rechtliche Brisanz kommt der Aufstellung eines Katastrophenschutzdienstes in der Trägerschaft der Europäischen Uni-

on zu. Sowohl das Europäische Parlament als auch die Europäische Kommission fordern die Schaffung einer EU-eigenen Katastrophenschutztruppe.

Eine derartige Katastrophenschutzmaßnahme kollidiert jedoch mit der Zuständigkeitsordnung und dem Subsidiaritätsprinzip des AEUV. Anhand eines dreistufigen Argumentationsverlaufs soll im Folgenden diese Bewertung erörtert werden.

wertung erörtert werden.

#### 1. Ausgleich von Mängeln der nationalen Gefahrenvorsorge durch die EU?

Auf den ersten Blick könnte in Betracht gezogen werden, die Ergänzungszuständigkeit der EU als Ergänzung der nationalen Gefahrenvorsorge zu interpretieren. Jedoch steht der AEUV Katastrophenschutzmaßnahmen der EU im Wege, die auf den Ausgleich von Mängeln der Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer nationalen Gefahrenabwehr ausgerichtet sind. Mit anderen Worten: Der AEUV legitimiert keine Mangelbeseitigung durch einen EU-eigenen Katastrophenschutzdienst.

Eine derartige Auslegung der Ergänzungszuständigkeit stünde im Widerspruch zur Regelung des Art. 196 Abs. 1 UA 2 lit. a) AEUV: Ergänzung und Unterstützung der Mitgliedstaaten im Katastrophenschutz ist zwar eine Aufgabe der EU, jedoch hat diese Tätigkeit der Union nach dem ausdrückli-



chen Wortlaut des AEUV auf die Katastrophenschutzmaßnahmen der Mitgliedstaaten in der Union abzielen. Unterstützung und Ergänzung müssen folglich auf die Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Beteiligung an grenzüberschreitenden Katastrophenschutzmaßnahmen in der EU ausgerichtet sein.

Darüber hinaus kollidiert die Begründung derartiger Mangelbeseitigungsmaßnahmen bei Defiziten der nationalen Gefahrenabwehrvorsorge mit dem Subsidiaritätsprinzip, an das jedoch die EU bei Ausübung ihrer Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungszuständigkeit zwingend gebunden ist. Das Subsidiaritätsprinzip gestattet ein Tätigwerden der Europäischen Union nur, sofern und soweit der Katastrophenschutz von den Mitgliedstaaten weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene ausreichend verwirklicht werden kann und wegen seines Umfangs auf Unions-ebene besser verwirklicht werden könnte. Nationalstaatliche Defizite im Katastrophenschutz lassen sich jedoch regelmäßig durch ein nationales Bemühen überwinden. Die Auslegung der Ergänzungszuständigkeit im Lichte des Subsidiaritätsprinzips gestattet somit keine Beseitigung von Defiziten der mitgliedstaatlichen Gefahrenvorsorge. Es bleibt dabei: Die Zuständigkeit und damit die Verantwortung für den Katastrophenschutz liegt vorrangig bei den Mitgliedstaaten (Abb. 1).

## 2. Vorrang der mitgliedstaatlichen Katastrophenhilfe

Angesichts der Zerstörungskraft von Katastrophen ist die Überforderung von Mitgliedstaaten auch dann denkbar, wenn sie ihrer Pflicht zur angemessenen Gefahrenvorsorge nachgekommen sind. Ist jedoch ein Mitgliedstaat von einer Katastrophe betroffen und hilfsbedürftig, so begründet dies nicht die Aufstellung und den Einsatz von EU-eigenen Katastrophenschutzeinheiten. Denn nach Art. 196 Abs. 1 UA 1 AEUV setzt sich der europäische Katastrophenschutz aus der Zusammenarbeit der

Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet zusammen. Europäischer Katastrophenschutz bedeutet primär die gegenseitige Katastrophenhilfe der Mitgliedstaaten. Die Bildung eines Katastrophenschutzdienstes in EU-Trägerschaft würde hier in unzulässiger Weise die vorrangige Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die gegenseitige Katastrophenhilfe relativieren und zu einer partiellen Durchbrechung ihrer Zuständigkeit für den europäischen Katastrophenschutz führen. Es wäre allerdings mit dem Substitutionsverbot unvereinbar, wenn die unterstützenden und ergänzenden Maßnahmen der EU an die Stelle der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten treten würden. Die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten ist daher unantastbar, solange einem hilfsbedürftigen Mitgliedstaat ausreichend durch die Katastrophenhilfe der Mitgliedstaaten geholfen

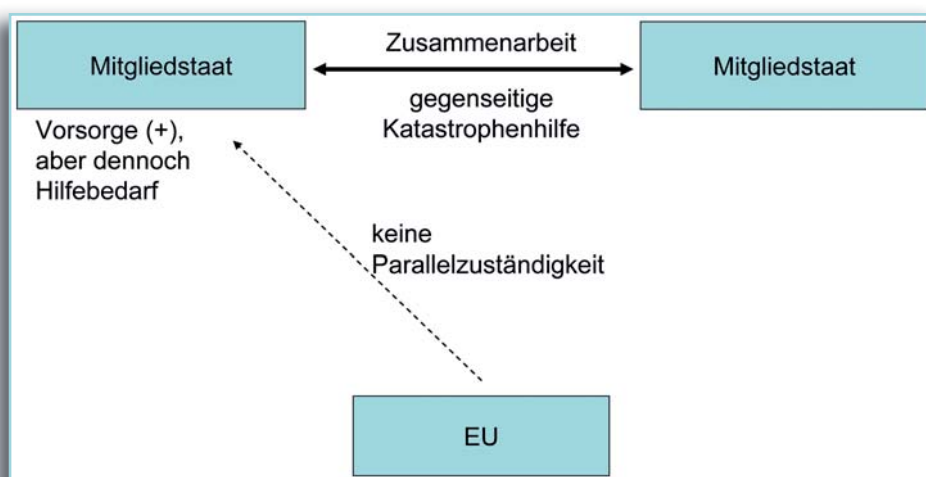


Abb. 2: Vorrang der mitgliedstaatlichen Zusammenarbeit.

werden kann. Der AEUV verbietet einen parallelen Katastrophenschutz der EU im Allgemeinen und damit die Aufstellung von EU-Katastrophenschutzeinheiten im Besonderen (Abb. 2).

## 3. Förderung des Gemeinschaftsverfahrens

Wie aber sieht die Rechtslage aus, wenn die gegenseitige Katastrophenhilfe der Mitgliedstaaten für eine effektive Katastrophenabwehr nicht ausreicht?

Wie bereits festgestellt wurde, steht die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Aufstellung eines europäischen Katastrophenschutzdienstes grundsätzlich entgegen. Ein anderes Ergebnis käme nur dann in Betracht, wenn einem mit der Kata-

strophenabwehr überforderten Mitgliedstaat nicht durch die Vermittlung ausländischer Katastrophenschutzkapazitäten ausreichend geholfen werden könnte. Wenn demnach die Potenziale der Katastrophenschutz-Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ausgeschöpft sein könnten, würde darin die Zulässigkeit der EU-Ergänzungsmaßnahmen begründet sein.

Eine Katastrophe, die grundsätzlich nicht von den europaweit vorhandenen Katastrophenschutzkapazitäten bewältigt werden könnte, ist jedoch nur schwerlich vorstellbar. Denn in Anbetracht von 27 Mitgliedstaaten bzw. 31 Teilnehmer-

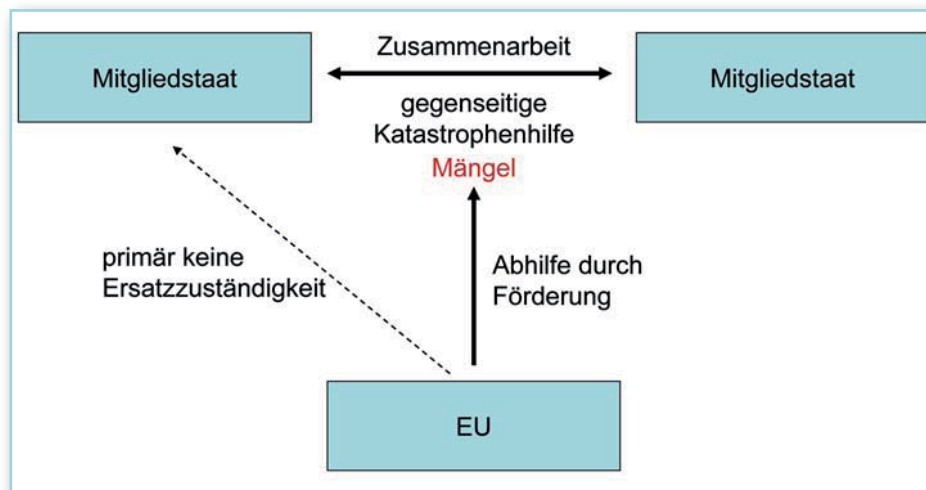
stellung durch die Mitgliedstaaten (finanziell) unterstützen (Abb. 3).

### Ergebnis

Bei Betrachtung der Rechtslage nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon fällt eine Reduktion der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes auf. Die Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungszuständigkeit der Europäischen Union im Katastrophenschutz stellt im Lichte des Subsidiaritätsprinzips lediglich eine

beschränkte Mitzuständigkeit dar. Daraus folgt, dass sich europäische Katastrophenschutzmaßnahmen an der vorrangigen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten orientieren müssen; diese sind maßgeblich für den Katastrophenschutz zuständig.

Angesichts des zerstörerischen und grenzüberschreitenden Charakters von Katastrophen erscheint ein Engagement der EU auf



Förderung des Gemeinschaftsverfahrens.

staaten am Gemeinschaftsverfahren ist europaweit eine beachtliche Abwehrfähigkeit im Katastrophenschutz zu verzeichnen. Wenn aber das Gemeinschaftsverfahren Defizite aufweist, so berechtigt dies nicht per se zur Aufstellung eines EU-Katastrophenschutzdienstes. Art. 196 Abs. 1 AEUV weist darauf hin, dass die Katastrophenschutzmaßnahmen der Union auf die Förderung der Katastrophenschutz-Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ausgerichtet sein müssen. Daher trifft die Union auch im Lichte des Subsidiaritätsprinzips zunächst die Aufgabe, auf die Beseitigung bestehender Mängel des Gemeinschaftsverfahrens hinzuwirken. Dies umfasst die Förderung der Bereitstellung von nationalen Katastrophenschutzeinheiten in das Gemeinschaftsverfahren. Ergibt eine europaweite Risikoanalyse den Bedarf an zusätzlichen Engpassressourcen, so muss die EU in erster Linie deren Auf-

dem Gebiet des Katastrophenschutzes unter Sicherheitsgesichtspunkten sinnvoll. Der AEUV zeigt der EU jedoch zugleich Grenzen hinsichtlich der Zulässigkeit von Katastrophenschutzmaßnahmen auf. Es gilt: Europäischer Katastrophenschutz setzt sich in erster Linie aus der Katastrophenschutz-Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zusammen. Dabei handelt es sich nicht um eine rein politische Willensbekundung, sondern um eine rechtlich verbindliche Maxime für das Engagement der EU, das sich primär auf eine vermittelnde und fördernde Funktion beschränken muss.

Andreas Walus ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum Katastrophenrecht der Humboldt-Universität zu Berlin.

# Neue Handlungsgrundlage

## Die Dienstvorschrift 500 „Einheiten im CBRN-Einsatz“

Jürgen Schreiber

### Die Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Bevölkerungsschutz (SKK)

Die SKK ist ein ressort-, institutions- und organisationsübergreifendes Forum, in dem die bundesweit im Bevölkerungsschutz Tätigen gemeinsame Ziele und Verfahren im offenen Dialog und ständigen Meinungs austausch untersuchen, entwickeln, vertreten und auch einfordern. Sie versteht sich als „Denkfabrik“ mit dem Ziel der Analyse von Defiziten und der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für den Bevölkerungsschutz. Ziel der SKK ist, die Katastrophenvorsorge und den Bevölkerungsschutz in Deutschland kontinuierlich zu verbessern und weiterzuentwickeln. Ein Mittel hierzu ist die Förderung von Standardisierung und Harmonisierung. So entwickeln die integrativ und fachübergreifend aufgebauten Projektarbeitsgrup-

pen der SKK Publikationen und Basispapiere wie z. B. das Wörterbuch für den Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zur Harmonisierung von Begrifflichkeiten. Auch entwerfen die Projektarbeitsgruppen Dienstvorschriften für die Begünstigung einheitlicher Handlungsketten der operativ-taktischen Gefahrenabwehr oder Curricula zur Standardisierung von Qualifizierungen für Führungs- und Einsatzkräfte zu besonderen Einsatzszenarien. Diese Arbeitsergebnisse werden dann den Entscheidungs- und Leistungsträgern im Bevölkerungsschutz als „**Empfehlungen zur Einführung**“ zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich und doch zu erwähnen ist die ständige Aktualisierung und Fortschreibung der Entwicklungen.

Das Risiko für CBRN- Großlagen und der damit möglichen Kontamination vieler verletzter Menschen ist auch in Deutschland in den letzten Jahren erheblich angewachsen. Als denkbare Szenarien sehen Experten nicht nur Fahrgutunfälle und Pandemien. Betriebsstörungen in Kernkraftwerken, Terroranschläge mit schmutzigen Bomben oder Chemikalienfreisetzungen sind ebenfalls Szenarienbeispiele. Die Aufgabenstellung eines solchen Einsatzes hat erhebliches Eskalationspotenzial, wenn aufgrund einer CBRN- Lage ein Massenanfall kontaminierter Verletzter eintritt und neben allen organisatorischen und technischen Einsatzaufgaben auch die gesamte medizinische Versorgungskette von der Einsatzstelle bis hin zur klinischen Versorgung sichergestellt werden muss. Woran erkennen Einsatzkräfte eine CBRN-Gefährdung? Wie muss die Einsatzstelle organisiert werden? Unter welchen Rahmenbedingungen können Einsatzkräfte in der aufwachsenden Gefahrenabwehr vorgehen? Welche Aufgaben können und müssen wo, von wem, wie, wann durchgeführt werden? Kennen wir die Antworten wirklich? Sind wir solchen Einsätzen gewachsen?

Für den Feuerwehreinsatz sind diese und weitere Fragen seit Jahren in der FwDV 500 „Einheiten

im ABC-Einsatz“ geregelt. Diese Dienstvorschrift ist flächendeckend eingeführt und dient bundesweit als Ausbildungsgrundlage für Feuerwehren. Nach welchem Regelwerk aber sollen Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsaufgaben durchgeführt werden? Welche Ausbildungsgrundlage dient der Qualifizierung des Rettungsdienstes, im Katastrophenschutz, der Polizei und anderen Behörden und öffentlichen oder privaten Organisationen in der Gefahrenabwehr und im medizinischen Bevölkerungsschutz?

Die Herausforderung für die beteiligten Mitglieder der PG9 „Besondere Gefahren/CBRN“ der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Bevölkerungsschutz (SKK) zur Entwicklung dieser neuen, im Januar 2009 veröffentlichten, und zur Einführung empfohlenen fachübergreifenden Dienstvorschrift war anspruchsvoll aber auch faszinierend zugleich. Aufgrund der breit gefächerten Expertise in der Arbeitsgruppe — es arbeiteten Vertreter der großen Hilfsorganisationen, aus Feuerwehren, des Robert-Koch-Institutes, des BBK und des Institutes für Arbeits- und Sozialmedizin an der Universität Göttingen mit — konnten Fragestellungen und Handlungsfolgen aus verschiedenen Blickrichtungen ausgiebig diskutiert und geklärt werden.



## Zielsetzung der SKK DV 500 und Abgrenzung zur FwDV 500

Ziel dieser neu vorgelegten und zur Einführung empfohlenen Dienstvorschrift ist, auf Basis der jeweils gültigen Feuerwehr Dienstvorschrift die Durchführung von Fachaufgaben der weiteren Beteiligten und deren Zusammenwirken unter den besonderen Bedingungen eines CBRN-Einsatzes zu regeln. Darüber hinaus soll sie folgenden Verwendungen dienen:

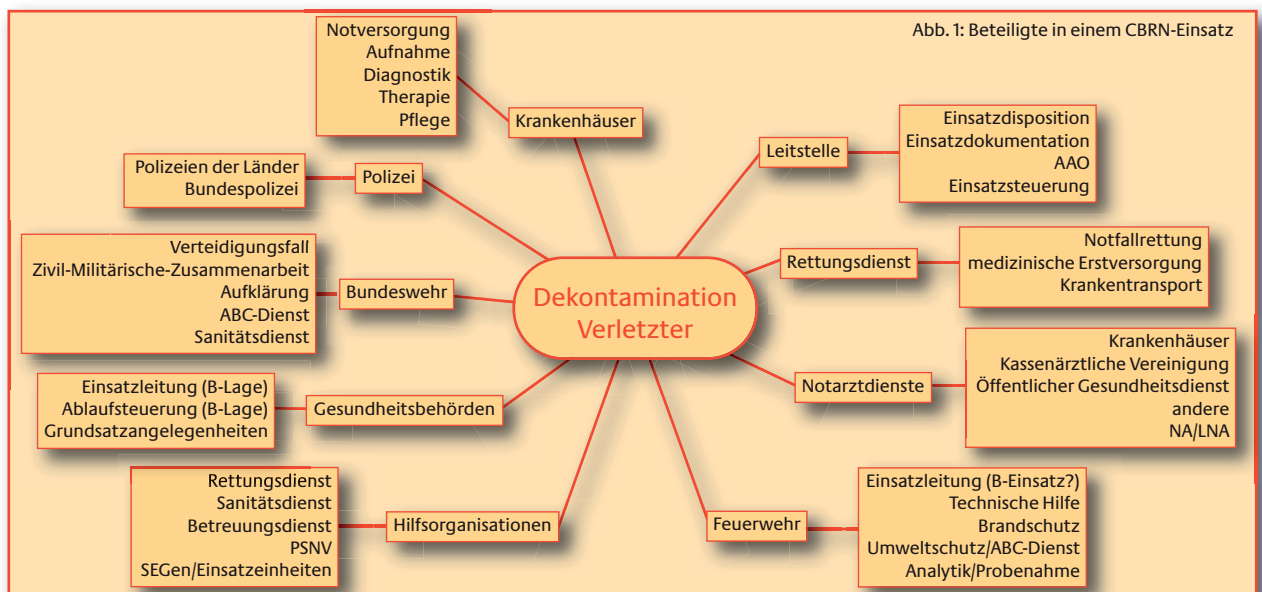
- Bundesweit einheitliche Arbeitsgrundlage aller Leistungserbringer
- Basis für die Entwicklung gemeinsamer Einsatzkonzeptionen
- Rahmen für effiziente und aufeinander abgestimmte Ausstattung von Einheiten
- Ausbildungsgrundlage aller in die Prozesskette „CBRN-Gefahrenabwehr“ eingebundenen Einsatz- und Fachkräfte
- Zusammenwirken und Vernetzen der Gefahrenabwehrkräfte und tangierender Leistungserbringer

Die SKK DV 500 ist in 3 Kapitel mit unterschiedlichen Ausrichtungen strukturiert. Das erste Kapitel stellt die FwDV 500 in der jeweils geltenden Fassung dar. Das ist deshalb wichtig, weil sie als Einsatz-Regelwerk bundesweit eingeführt ist und die Feuerwehren ihren Einsatzablauf danach aufbauen. Weiterhin sind in ihr alle wesentlichen und grund-

sätzlichen Aussagen für die Beherrschung des Gefahrenpotenzials, zum Schutz der Einsatzkräfte, zur Strukturierung von Einsatzmaßnahmen der Feuerwehren, sowie zur Organisation von Leitungs- und Führungsaufgaben getroffen. Kapitel 2 der SKK DV 500 besteht aus den jeweiligen Richtlinien für die Durchführung von Fachaufgaben im CBRN-Einsatz. Bereits fertig gestellt ist die Richtlinie für Rettungs- Sanitäts- und Betreuungsaufgaben für dieses Einsatzfeld. Regelungen für weitere Fachaufgaben sind bereits in der Entwicklung. So zum Beispiel für die Dekontamination Verletzter, für die Vorbereitung von Krankenhäusern auf die Versorgung kontaminierter Patienten oder ärztliche Aufgaben im CBRN-Einsatz. In Kapitel 3 letztlich werden fachübergreifende Themen behandelt und spezielle Einsatzregeln eingestellt. So ist hier Platz für Regelungen zum Humanbiomonitoring und für Merkblätter zu speziellen Einsatzlagen.

## Richtlinie für Rettungs- Sanitäts- und Betreuungsaufgaben im CBRN-Einsatz

Neben der technischen Gefahrenabwehr müssen in CBRN- Einsätzen auch die Aufgaben der medizinischen Versorgung kontaminierter Verletzter sichergestellt werden. Dies fällt in die Verantwortlichkeiten der Träger der Gefahrenabwehr, d.h. in der Regel in die der Kommunen und bei größeren Schadensereignissen in die der Länder oder des



Bundes. Auch die Zuordnung von Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsaufgaben zu Einheiten oder Organisationen der Gefahrenabwehr obliegt den zuständigen Behörden. Jedoch ist das Zusammenwirken aller Beteiligten unabdingbare Voraussetzung, denn die Versorgung von CBRN-kontaminierten verletzten und betroffenen Personen bringt die Gefahr von Kontaminationsverschleppung und damit erhebliche Risiken für Einsatzkräfte vor Ort und Personen und Prozesse in weiterbehandelnden medizinischen Einrichtungen mit sich.

Auf der Grundlage dieser Gegebenheiten und basierend auf dem Rahmenkonzept zur Dekontamination Verletzter, erstellt von der gleichnamigen Bund-Länder-Arbeitsgruppe in der Endfassung vom September 2006 wurden Aufgabenbeschreibungen erarbeitet und zeitlich wie räumlich den Strukturen der Einsatzstelle zugeordnet. Zur Vereinheitlichung mussten zunächst Begriffe für die Verwendung in der Richtlinie definiert werden. Auch hier soll zunächst auf diese Begrifflichkeiten eingegangen werden, um das Verständnis für organisatorische Abläufe an der Einsatzstelle zu verstärken.

Die Begriffe Gefahrenbereich und Absperrbereich sind schon in der FwDV500 definiert, werden hier aber nochmals aufgeführt:

Der **Gefahrenbereich** ist der Bereich, in dem ABC-Gefahren für Leben, Gesundheit, Umwelt und Sachen erkennbar sind oder aufgrund fachlicher Erfahrung vermutet werden.

Der **Absperrbereich** ist der unmittelbar an den Gefahrenbereich angrenzende Teil der Einsatzstelle. Er ist Aufstellungs-, Bewegungs- und Bereitstellungsfläche für Einsatzkräfte. Im Absperrbereich sind keine Gefahren durch ABC-Gefahrstoffe erkennbar oder zu vermuten.

Die folgenden Begriffe wurden für die Verwendung in dieser Richtlinie neu definiert. Hierbei orientierte sich die Arbeitsgruppe an bereits normierten Begrifflichkeiten, um dem Anwender der Richtlinie die Ableitung aus der täglichen Arbeit und bestehenden Ausbildungskonzepten zu erleichtern.

Die **Übergangszone** beinhaltet den Sammelpunkt und die Patientenablage vor der Dekontamination, sowie den Dekontaminationsplatz. Sie ist der Raumbereich, dem alle Einsatzstellenfunktionen zugeordnet werden, die den Übergang von Personen und Objekten in den Gefahrenbereich hinein und aus dem Gefahrenbereich heraus vorbereiten und si-

cherstellen. Sie befindet sich außerhalb der Wirkung der direkt vom Schadensobjekt ausgehenden CBRN-Gefahren und bildet die Grenze zum Absperrbereich. Auf Grund der Gefahr der Kontaminationsverschleppung sind Schutzmaßnahmen erforder-

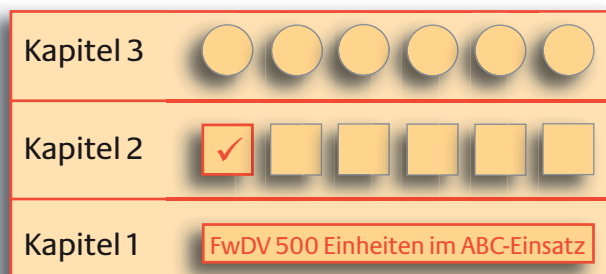


Abb. 2: Integrale Wirkung der SKK DV 500.

lich. Der Übergang in den Absperrbereich erfolgt ausschließlich über den Dekontaminationsplatz. Die Übergangszone darf zum Schutz vor Kontamination durch Betroffene von den Einsatzkräften nur mit persönlicher Sonderausrüstung/Schutzausstattung (PSA) betreten werden.

Die **Patientenablage** (gem. DIN 13050) **in der Übergangszone** ist eine Stelle vor der Dekontamination, an der kontaminierte verletzte Personen gesammelt, soweit möglich erstversorgt und betreut werden.

Der **Behandlungsplatz** (DIN 13050) befindet sich in einem Bereich, in dem keine Kontamination vorhanden ist. Hier werden Verletzte nach der Dekontamination medizinisch behandelt.

Der **Betreuungsplatz** befindet sich in einem Bereich, in dem keine Kontamination vorhanden ist. Auf dem Betreuungsplatz erfolgt im Rahmen der Soforthilfe eine entsprechende Betreuung der nicht verletzten Personen nach der Dekontamination und unter Umständen auch von Angehörigen.

Durch die **Dekon-Sichtung** wird die Dringlichkeit der Behandlung vor dem Dekontaminationsprozess festgelegt (Bund-Länder Rahmenkonzept Dekontamination Verletzter). Dieses beinhaltet auch die Festlegung der Reihenfolge der Zuführung von Personen zur Dekontamination. Die Dekon-Sichtung wird in der Übergangszone durchgeführt, idealerweise auf der Patientenablage. Die Dekon-Sichtung ersetzt nicht die Sichtung gemäß DIN 13050.

Die **Dekon-V** beinhaltet, unabhängig von der jeweiligen Gehfähigkeit, die Dekontamination von kontaminierten Verletzten. Hierzu zählen auch Einsatzkräfte, die ohne angemessene PSA den kontami-

nierten Bereich betreten und eine Verletzung erlitten haben.

**Medizinische Notfallmaßnahmen**, die in der Übergangszone erfolgen, umfassen die medizinischen Versorgung, die bereits vor der Dekontamination unabweisbar sind (z.B. lebensrettende Sofortmaßnahmen gemäß basic-life-support (BLS), Antidotgabe). Die weitere präklinische, medizinische Versorgung erfolgt nach der Dekontamination. In Ausnahmefällen (z.B. Anwendung eines Autoinjektors mit Antidot) können medizinische Notfallmaßnah-

**Aufgabenbeschreibung für Einsatzkräfte**

Die Möglichkeit, Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsaufgaben umzusetzen, ist abhängig von der Größe des Gefahrenbereiches, der Dimensionen der Gefahren, die an der jeweiligen Einsatzstelle wirken, von der erforderlichen Komplexität der Gefahrenabwehr und der Qualifikation der Einsatzkräfte. Zur besseren Übersicht und auch zur Darstellung der Versorgungsrichtung für Verletzte wurden Einsatzmaßnahmen numerisch katalogisiert,

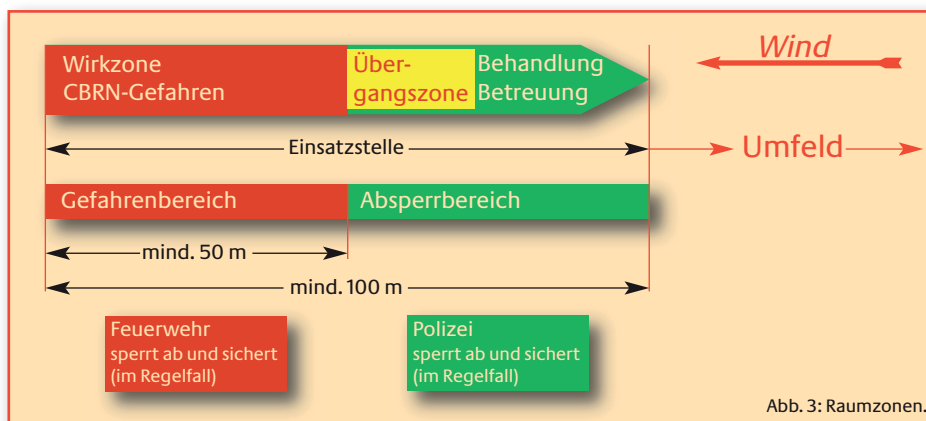


Abb. 3: Raumzonen.

beginnend im Gefahrenbereich und endend in der Behandlung im Absperrbereich der Einsatzstelle. Selbstverständlich ist, dass die Behandlung Verletzter in einer CBRN-Lage hier nicht endet, sondern an Krankenhäusern fortgeführt wird. Hier besteht die Herausforderung, die Schnittstelle Einsatzstelle/ Kranken-

men auch innerhalb der Wirkung der direkt vom Schadensobjekt ausgehenden CBRN-Gefahren durchgeführt werden.

Neben der begrifflichen Beschreibung ist auch die bildliche Darstellung der notwendigen räumlichen Aufteilung der CBRN-Einsatzstelle ein wesentlicher Bestandteil dieser Richtlinie. Basierend auf der FwDV mit der farblichen Unterscheidung des roten Gefahren- und des grünen Absperrbereiches bot sich wie in der Abb. 3 gezeigt eine „gelbe“ Farbgebung für die Übergangszone an. Vorteilhaft bei dieser Kennzeichnung ist nicht nur die Ableitung des Ampelprinzips als einfaches Lern- und Handlungsmodell, sondern auch die häufig verbundene Warnwirkung der Farbe gelb um so auf das bestehende Gefährdungspotenzial durch Kontamination und Kontaminationsverschleppung hinzuweisen. Wesentlich in der Darstellung der Grafik Abb. 3 ist auch die räumliche Zuordnung der Übergangszone zum Absperrbereich. So befindet sie sich außerhalb des Gefahrenbereiches, signalisiert aber deutlich, dass die Übergangszone ausnahmslos nur über den Dekontaminationsplatz verlassen werden darf. Die Versorgung der Übergangszone ist sicherzustellen.

haus zu definieren und durch entsprechende Planungen, auch im Krisenmanagement der Krankenhäuser, zur Aufnahme von Patienten aus CBRN-Lagen im Sinne eines medizinischen Bevölkerungsschutzes voranzutreiben. In der bewusst sehr allgemein gehaltenen Auflistung von Einsatzmaßnahmen ist dem Umstand Rechnung getragen, dass der Eigenschutz von Einsatzkräften vordergründig ist. Einsatzkräfte, die sich nicht adäquat geschützt im Gefahrenbereich der CBRN-Einsatzstelle aufhalten, die eine Beschädigung der Schutzausstattung erfahren haben oder die aufgrund eines Eigenunfalls eine Kontamination erlitten, werden selbst zu Ihrem Schutz und zum Schutz vor Kontaminationsverschleppung als Verletzte in die Versorgungskette aufgenommen. Auch muss im Vorfeld der folgenden Darstellung von Einsatzmaßnahmen gesagt werden, dass diese zwar grundsätzlichen Raumzonen zugeordnet werden, aber möglicherweise auch in Laufe der Versorgungskette fortgeführt werden müssen. Als Beispiel seien hier lebensrettende Sofortmaßnahmen genannt. In der SKK DV 500 aufgeführte Versorgungszeitgrenzen, in denen Einsatzaufgaben in den jeweiligen Raumzonen abgeschlos-

sen sein sollten, können natürlich nur Zeitfenster beschreiben, in denen die Versorgung Verletzter abgeschlossen sein sollte, um ihnen wirksam helfen zu können. Natürlich müssen ggf. die Maßnahmen auch darüber hinaus durchgeführt werden. In der Übergangszone besteht eine Kernaufgabe darin, so früh wie möglich die Oberbekleidung von Betroffenen und Verletzten abzulegen und zu sichern. Die Oberbekleidung hat in der Regel die Kontamination erhalten, so dass durch das Ablegen und Sichern die Gefahr der Kontaminationsverschleppung erheblich reduziert wird und eine weitere schädigende Wirkung auf die Körperoberfläche der Personen reduziert wird.

Noch bevor die eigentliche Dekontamination am Dekontaminationsplatz erfolgt, kann auch eine Spot-Dekontamination z.B. von Wunden oder des Gesichtes zur Atemwegsicherung notwendig werden. Bei einer Vielzahl Betroffener und Verletzter ist eine „Dekon-Sichtung“ angezeigt, um die Reihenfolge der Verletzten im Dekontaminationsdurchlauf festzulegen und deren Versorgung bis zum Zeitpunkt der Dekontamination sicherzustellen. Aufgrund der zu einem frühen Zeitpunkt des Einsatzes nicht absehbaren Lageentwicklung sollte regelmäßig eine Patientenablage in der Übergangszone vor dem Dekontaminationsplatz eingerichtet werden. Zusätzlich sind alle logistischen Abläufe für die Funktionalität der Einsatzstrukturen in der Übergangszone sicherzustellen. Am Dekontaminationsplatz findet die eigentliche Dekontamination der Verletzten und Betroffenen statt. Hier gilt es, gehfähige wie liegende Verletzte zu dekontaminieren, sie dabei angemessen zu versorgen oder bereits eingeleitete Behandlungen fortzuführen und in den Absperrbereich zu übergeben. Durch Übergabegespräche und Weitergabe von Dokumentationen muss die präklinische medizinische und auch die psychosoziale Notfallversorgung auf der „sauberen Seite“ begünstigt werden.

Nach der Dekontamination schließt sich die im jeweiligen Einsatzbereich übliche Versorgung an. Wegen der Besonderheit der CBRN Lage sind die nachfolgenden Hinweise zu berücksichtigen:

- Weiterführende Maßnahmen speziell für Einsatzkräfte sind die psychische Nachsorge,
- eine angemessene Post-Expositions-Prophylaxe (PEP) und

- ein Humanbiomonitoring, das zukünftig auch in einem eigenen Merkblatt für Durchgangsarzte im Kapitel 3 der SKK DV 500 beschrieben wird. Eine Handreichung mit dem Arbeitstitel „Humanbiomonitoring für Einsatzkräfte“ wird derzeit im Rahmen eines Forschungsvorhabens des BBK erstellt.

Im Wesentlichen ist mit der SKK DV 500 ein Regelwerk geschaffen worden, das für alle Mitwirkenden in der Gefahrenabwehr eine Basis für ihre weitere Vorbereitung auf CBRN-Lagen darstellt. Es sollte damit gelingen, unter Einbeziehung aller Leistungserbringer für den CBRN-Einsatz vor Ort

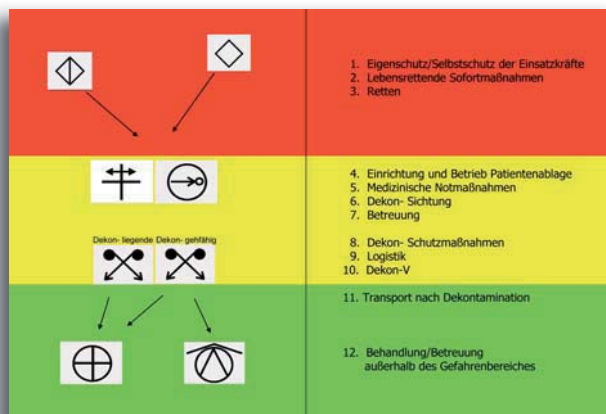


Abb. 4: Einsatzmaßnahmen in der Raumzuordnung.

bestehende Einsatzkonzepte zu reflektieren oder, wenn noch nicht vorhanden, neue zu entwickeln. Mit der Erstellung weiterer Richtlinien anderer Fachdienste im Kapitel 2 und auch der zu entwickelnden entsprechenden Spezialisierungen im Kapitel 3 der SKK DV 500 wird ein einheitliches Regelwerk mit der gesamten Bandbreite der CBRN-Gefahrenabwehr angestrebt. Es ist wünschenswert, wenn diese Dienstvorschrift auch eine allgemeingültige Ausbildungsgrundlage wird. Denn nur wenn aufgrund einer einheitlichen Grundqualifikation die Umsetzung örtlicher Einsatzkonzeptionen trainiert wird, können wir erfolgreich sein.

Jürgen Schreiber ist Leiter der Projektgruppe „Besondere Gefahrenlagen/CBRN“ (PG9) bei der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Bevölkerungsschutz (SKK)



# Qualitätssicherung

## Aktuelle Entwicklungen in der Psychosozialen Notfallversorgung

Verena Blank-Gorki, BBK

Die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) nach schweren Not- und Unglücksfällen gehört mittlerweile national wie international zum Versorgungsstandard. Eine Vielzahl von Unglücksfällen und Katastrophen wie das ICE-Unglück in Eschede 1998, die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA, der Tsunami 2004 in Südostasien oder die Amokläufe an Schulen in Winnenden und Wendlingen 2009 haben eindrucksvoll gezeigt, dass neben medizinischer und technischer Hilfeleistung auch die psychosoziale Betreuung von Überlebenden, Angehörigen, Hinterbliebenen und Vermissten eine wichtige Rolle spielt. Gleichzeitig haben diese Ereignisse auch den Blick für die berufsbedingten psychischen Belastungen von Einsatzkräften geschärft.

Vor diesem Hintergrund bieten inzwischen viele verschiedene Organisationen und Institutionen Maßnahmen und Angebote zur Unterstützung bei der Verarbeitung psychisch belastender Erlebnisse an. Dazu gehören die Krisenintervention im Rettungsdienst, die Notfall-, Polizei- und Feuerwehrseelsorge, die Notfallpsychologie u. v. m. Mittlerweile existiert in Deutschland zwar ein nahezu flächendeckendes System der PSNV, gleichzeitig jedoch ist die Qualität der Angebote in den Bereichen Ausbildung und Praxis recht unterschiedlich. Auch ringen die PSNV-Anbieter teilweise noch darum, welche Vorgehensweisen und Angebotsstrukturen am sinnvollsten sind.

Daher hat das BBK auf Vorschlag der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern einen Qualitätssicherungsprozess initiiert. Daran beteiligt sind alle Organisationen und Institutionen, die die PSNV in Deutschland verantworten, anbieten und durchführen sowie diverse Bundesländer und Hochschulen. Seit 2007 werden in diesem Konsensus-Prozess Standards und Leitlinien entwickelt, die

sämtlichen Akteuren, die in diesem noch sehr jungen Fachgebiet tätig sind, eine fachlich fundierte Grundlage für eine qualifizierte psychosoziale Versorgungsarbeit bieten sollen.

### Der Konsensus-Prozess 2007-2010: Qualität zählt

Dem gesamten Konsensus-Prozess liegt die Überzeugung aller Beteiligten zugrunde, dass den Betroffenen von schweren Unglücksfällen und Katastrophen nur durch qualitativ hochwertige und

#### Am Konsensus-Prozess beteiligte Partner

- Arbeiter-Samariter-Bunde Deutschland e.V.
- Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
- Auswärtiges Amt
- Bayerisches Staatsministerium des Innern
- Bundesarbeitsgemeinschaft Psychosoziale Unterstützung Einsatzkräfte
- Bundesverband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.
- Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V.
- Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
- Bundesärztekammer
- Bundespsychotherapeutenkammer
- Bundeskriminalamt
- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium der Verteidigung
- Bundespolizei
- Bundesvereinigung Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Post-Traumatische-Stress-Bewältigung e.V.
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
- Deutsches Rotes Kreuz e.V.
- Deutscher Feuerwehrverband
- Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie e.V.
- Freie Universität Berlin
- Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
- Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)
- Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
- Konferenz der Diözesanbeauftragten für die katholische Notfallseelsorge
- Konferenz Evangelische Notfallseelsorge in Deutschland
- Ludwig-Maximilians-Universität München
- Malteser Hilfsdienst e.V.
- Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
- Schutzkommission beim Bundesminister des Innern
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin
- Universität Freiburg

wissenschaftlich abgesicherte Angebote und Maßnahmen der PSNV adäquat geholfen werden kann. Auf dieser Grundlage wurden bereits in den ersten beiden Jahren des Prozesses Leitlinien und Standards zur Qualitätssicherung verabschiedet, auf die sich alle Beteiligten durch ihre Zustimmung im Rahmen der jährlichen Konsensus-Konferenzen (bisher 2008 und 2009) freiwillig verpflichtet haben.

Zahlreiche grundlegende Aussagen zu Zielgruppen, Begrifflichkeiten und Maßnahmen der PSNV wurden auf diese Weise bereits verabschiedet. Hinzu kommen Leitlinien zur strukturellen Implementierung in die Gefahrenabwehr und zur Erreichung von Qualitätsmindeststandards für die Aus- und Fortbildung. Die folgenden Ausführungen geben hierzu einen ausgewählten Überblick. Ausführliche Ergebnisse finden sich in der Publikation des BBK „Psychosoziale Notfallversorgung: Qualitätsstandards und Leitlinien (Teil I)“, zu beziehen über [www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de).

## Grundlagen der PSNV

Auf der Konsensus-Konferenz 2008 konnte eine einheitliche Sprachregelung verabschiedet werden. „Psychosoziale Notfallversorgung“ soll nun als einheitlicher Oberbegriff dienen und eine gemeinsame sprachliche und inhaltliche Basis schaffen. Zuvor war das Feld der PSNV durch eine Vielzahl an unterschiedlich gebrauchten Bezeichnungen bestimmt. So wurden auch die Begriffe „Psychosoziale Unterstützung“, „Psychosoziale Nothilfe“, „Psychomedizinische Versorgung“, etc. verwendet, die zwar in der Tendenz das Gleiche meinten, aber wegen verschiedener inhaltlicher Schwerpunktsetzungen in der Praxis teilweise für Verwirrung gesorgt haben.

Der nun einheitliche Oberbegriff „PSNV“ umfasst mehrere Bausteine. Entscheidend in der Definition ist die Tatsache, dass zwei Zielgruppen unterschieden werden. Hier sind die PSNV-Maßnahmen für Überlebende, Angehörige, Hinterbliebene, Zeugen und/oder Vermisste zu nennen, die von den „Hilfen für Helfer“, d.h. den PSNV-Maßnahmen

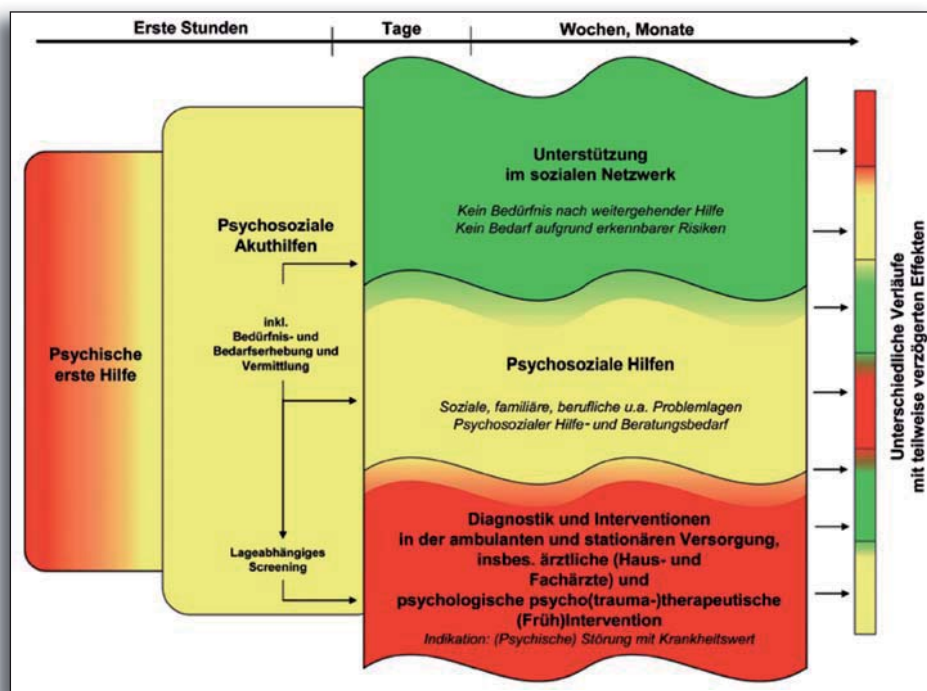


Abb. 1: PSNV-Maßnahmen für Überlebende, Angehörige, Hinterbliebene, Zeugen und/oder Vermisste

für Einsatzkräfte, abgegrenzt werden (siehe Abb. 1 und 2).

Die PSNV für Überlebende, Angehörige, Hinterbliebene, Zeugen und/oder Vermisste beginnt in den ersten Stunden nach Eintreten des Unglücks bzw. Notfalls mit der sog. psychischen ersten Hilfe und endet mit langfristigen Versorgungsmaßnahmen, die auch noch nach Wochen und Monaten angebracht sein können.

Für Einsatzkräfte beginnt PSNV bereits vor dem Einsatz mit Maßnahmen der primären Prävention. Hierunter versteht man die Einsatzvorbereitung, beispielsweise durch eine angemessene Aus- und Fortbildung, umfassende betriebliche Gesundheitsförderungsangebote etc. Dadurch kann die körperliche und psychische Gesundheit professioneller Helfer bereits im Vorfeld extrem belastender Einsätze gefördert werden. Fortgesetzt wird die PSNV für Einsatzkräfte mit der Einsatzbegleitung und ver-

schiedenen Stufen der Einsatznachsorge. Ähnlich wie bei der Zielgruppe der Überlebenden, Angehörigen, etc. hängt auch der psychosoziale Betreuungs-

und Vertretern von Behörden und Organisationen der Gefahrenabwehr auf kommunaler Ebene gestaltet werden könnte. Auch gibt es Vorschläge zur

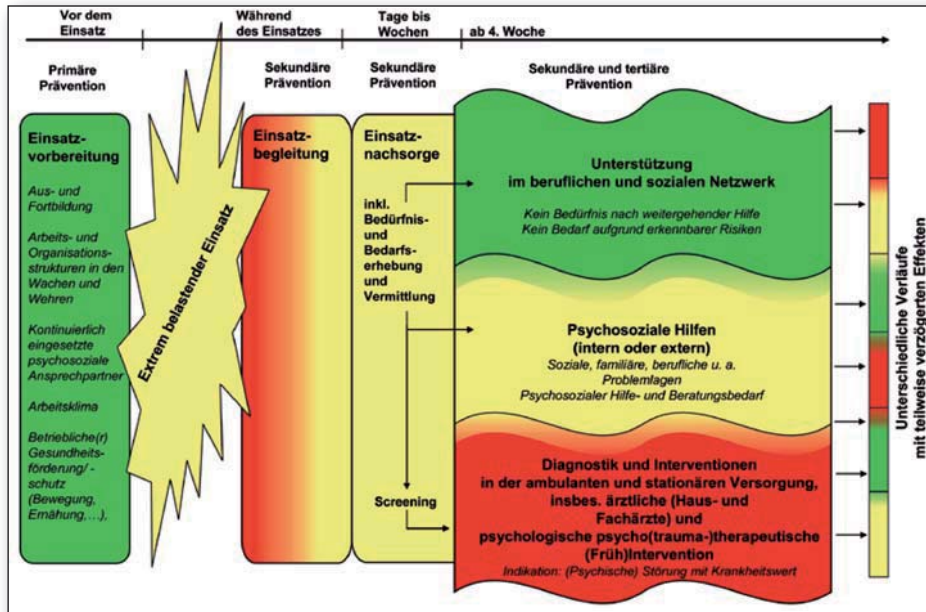


Abb. 2: PSNV-Maßnahmen für Einsatzkräfte vor, während und nach belastenden Einsätzen.

verlauf bei den Einsatzkräften jeweils vom individuellen Belastungsgrad ab. Daraus resultiert beispielsweise, dass langfristige Versorgungsmaßnahmen wie beispielsweise psychotherapeutische Angebote eine Möglichkeit, aber kein „Muss“ sind.

die rasche Einbindung und reibungslose Arbeit in Großschadenslagen.

## Einbindung der PSNV in die Strukturen der Gefahrenabwehr

Neben der Verständigung auf grundlegende Begriffe und Inhalte stehen vor allem solche Themen auf der Agenda des Konsensus-Prozesses, die sich mit der Einbindung der PSNV in die Gefahrenabwehr beschäftigen. Hier wird einerseits an strukturellen Lösungen für komplexe Gefahren- und Schadenslagen, aber auch an Empfehlungen für den Einsatzalltag gearbeitet. Die abschließenden Ergebnisse für die Implementierung bei Großschadenslagen stehen derzeit noch aus (s. Abschnitt „Ausblick“), für den Einsatzalltag liegen sie mittlerweile vor. Auf der Konsensus-Konferenz 2009 wurden insgesamt acht Leitlinien verabschiedet, die unter anderem Aussagen darüber enthalten, wie die Zusammenarbeit zwischen Anbietern der PSNV

## Ausblick: Die abschließende Konsensus-Konferenz 2010

Die skizzierten Ergebnisse stellen nur einen Ausschnitt aus dem breiten Themenspektrum des gesamten Konsensus-Prozesses dar. Auch für die meisten anderen inhaltlichen Fragestellungen liegen mittlerweile Zwischenergebnisse vor, die auf der abschließenden Konsensus-Konferenz 2010 verabschiedet werden sollen. Auf diese Weise zeichnet sich bereits heute ein wesentlicher Beitrag zur Qualitätssicherung der PSNV in Deutschland ab. Darüber hinaus werden die Ergebnisse des Konsensus-Prozesses zweifellos auch eine fundierte Grundlage für zukünftige Entwicklungen in diesem Feld sein.

# Ein Traum(a)-Hubschrauber?

## ZSH Christoph 2 – Frankfurt/Main

Dr. med. U. Schweigkofler, Ärztlicher Leiter Christoph 2

Der Zivilschutz-Hubschrauber (ZSH) Christoph 2 in Frankfurt gehört gewissermaßen zum Urgestein der Luftrettung in Deutschland. Neben Christoph 3 in Köln zählt dieses Luftrettungszentrum (LRZ) zu den ältesten Stationen, an denen Zivilschutz-Hubschrauber des Bundes stationiert sind. Nach ersten Probeeinsätzen während der Oster- und Pfingstfeiertage 1968 mit einer Vertol H 21 der Bundeswehr wurde am 15. August 1972 der Rettungshubschrauber (RTH) Christoph 2 in Dienst gestellt und in das Integrierte Hilfeleistungssystem der Stadt Frankfurt/Main, bestehend aus Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, aufgenommen.

Von Anfang an wurde der RTH von Ärzten der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt besetzt, die in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr in Frankfurt ein Notarztssystem etablierten. Seit 1966 rückte die so genannte „Rote Diva“ aus, um vor allem bei Verkehrsunfällen oder schweren Unfällen auf Baustellen mit der ärztlichen Versorgung schon an Ort und Stelle zu beginnen.

Auch heute noch werden die Notärzte ausschließlich von der unfallchirurgischen Abteilung gestellt – eher eine Ausnahme unter den deutschen Luftrettungszentren. Alle 15 Notärzte verfügen selbstverständlich über die Zusatzbezeichnung Notfallmedizin und sind größtenteils Fachärzte. Ihre Erfahrung im Notarzdienst sammeln sie zunächst im bodengebundenen Rettungsdienst. Das an der BG Klinik stationierte Notarzteinsatzfahrzeug (NEF 1) wird pro Jahr zu ca. 3500 oft internistischen Notarzteinsätzen alarmiert. Zusätzlich ist zur Qualifikation der Kurs des BBK: „Notarzt im Luftrettungsdienst“ sowie ein Praktikum in der Kinderanästhesie Voraussetzung.

Doch nicht nur die unfallchirurgische Besetzung von Christoph 2 führt dazu, dass es sich eher um einen „Trauma“-RTH handelt. Lange bevor die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) den

Begriff des Traumanetzwerkes prägte und eben solche mit großer Rasananz in Deutschland etabliert werden (DGU-Weißbuch 2006), um die Versorgung von Schwerstverletzten jederzeit und überall auf höchstem Niveau garantieren zu können, sorgte die Luftrettung im Rhein/Main-Gebiet für eine überre-



MANV-Zusatzbox.

gionale Traumaversorgung. Schon seit den siebziger Jahren war der Transport von Unfallopfern aus dem ländlichen Umfeld des Ballungsgebietes in die großen Kliniken Frankfurts (heute so genannte überregionale Traumazentren) üblich.

Exemplarisch seien aus der Vergangenheit der Tanklastunfall in Herborn 1987 oder das Zugunglück in Rüsselsheim 1990 genannt. Diese überregionale Versorgung von Schwerverletzten erfordert den raschen und schonenden Transport per Luftrettung in die Versorgungszentren. Aber auch bei internistisch/neurologischen Krankheitsbildern hat sich die spezialisierte Therapie in Zentren (z.B. Herz-



katheterlabor, Stroke-unit) mit guten Resultaten etabliert.

In dieser „überregionalen“ Transportfunktion unterscheidet sich der Christoph 2 in keiner Weise von den anderen Rettungshubschraubern. In knapp 30% der Einsätze war beim Eintreffen des RTH bereits ein bodengebundenes Notarztsystem mit der Versorgung des Notfallpatienten betraut; in nur 10% aller Einsätze ist er ersteintreffendes Rettungsmittel. Eine Transportfrequenz von über 50% und ein Anteil von 53% „chirurgischer Notfälle“ an allen Alarmierungen und Einsätzen des Hubschraubers dokumentiert jedoch gut die überdurchschnittliche Einbindung in die Traumanetzwerkstrukturen.



Im Großschadensfall kann in wenigen Minuten eine zweite Trage zum Transport von zwei schwerstverletzten Patienten eingebaut werden. (Fotos: Team Chr.2)

Neben diesem „Tagesgeschäft“ des Luftrettungsdienstes existieren in Frankfurt Konzepte für den Einsatz in so genannten Großschadenslagen, bzw. beim Massenansturm von Verletzten (MANV).

Das im Folgenden skizzierte Konzept zeigt einen möglichen Einsatz des ZSH als sinnvolle Ergänzung bei einer MANV-Lage. Hierdurch können in kurzer Zeit Patienten in überregionale Traumazentren oder Spezialkliniken (z.B. Verbrennungszentren) transportiert werden. Innerhalb weniger Minuten ist es möglich, den ZSH umzurüsten, so dass er in einer Großschadenslage auch als Transporthubschrauber genutzt werden kann.

Ähnlich wie beim bodengebundenen Rettungsdienst hält der Katastrophenschutz in Hessen auch in den Luftrettungszentren einen so genannten MANV-Container mit erweiterter Materialausstattung vor. In diesem Container (Zarges-Box) steht Material für bis zu 50 Patienten (Infusionen, Medikamente sowie dazugehöriges med. Equipment) zur Verfügung.

Diese MANV-Box kann bei entsprechender Nachforderung sicher und schnell im ZSH montiert werden. Die im Hangar aufbewahrte Zarges-Box wird im Bedarfsfall einfach gegen die sonst im ZSH montierte baugleiche Box ausgetauscht, in der zusätzliches Material wie ein Beckengurt, Laken, Decken u. ä. transportiert wird. Bei schnell erreichbaren Einsatzstellen ist es denkbar, dass der Pilot nach Absetzen der Medical-Crew an das LRZ zurückfliegt und den „MANV-Nachschub“ holt. Die Einsatzfähigkeit des ZSH ist durch den Austausch der Zargesboxen nicht gefährdet, da hier lediglich Zusatzmaterial verlastet ist. Die ständige Mitnahme der MANV-Box ist vor allem aus Gründen der Gewichtsreduktion, aber auch zum Schutz der Medikamente vor Temperatureinflüssen nicht sinnvoll.

Eine weitere Möglichkeit im Großschadensfall ist die Aufrüstung für eine erhöhte Transportkapazität von zwei schwerstverletzten Patienten. In wenigen Minuten kann eine zweite Trage eingebaut werden. Einsatzzweck dieser Variante ist die Erhöhung der überregionalen Transportkapazität von Verletzten. Notarzt und Rettungsassistent agieren vor Ort als Rettungsteam, Hauptaufgabe ist jedoch die Übernahme von zwei unter Umständen schwer verletzten Patienten, um sie in weiter entfernte Versorgungseinrichtungen zu transportieren.

Durch das mitgeführte zweite mobile Beatmungsgerät ist sogar der Transport von zwei beatmungspflichtigen Patienten denkbar. Die Aufrüstung der Maschine mit 4 Sitzen und zwei Tragen ist zwar theoretisch auch möglich, wegen der gewichtsbedingten Leistungsbeschränkung und Reduktion des Einsatzradius aber nicht sinnvoll.

Im Regelfall wird der Zivilschutz-Hubschrauber Christoph 2, wie jeder andere Rettungshubschrauber, entsprechend den Anforderungen für einen Notarzteeinsatz ausgerüstet — eine Erweiterung um die Modalität „Trauma im MANV“ wird hoffentlich nie zum Einsatz kommen müssen.



## Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.

### „HiK“ – Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen im Katastrophen- schutz in Rheinland-Pfalz

Ende 2006 haben sich die rheinland-pfälzischen Sanitätsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst und

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft zur Arbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz Rheinland-Pfalz (kurz: HiK-RLP) zusammengeschlossen. Eine bundesweit bisher einmalige organisationsübergreifende Zusammenarbeit.

Die Grundsteinlegung für die HiK erfolgte nach den positiven Erfahrungen der engen Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen im Rahmen der sanitätsdienstlichen Betreuung der Fußball-WM 2006 in Deutschland.

„Wir alle haben während des WM-Einsatzes soviel positive Synergieeffekte in unserer Arbeit feststellen können, dass es nur logisch war, diese organisationsübergreifende Zusammenarbeit dauerhaft weiterzuführen.“, kommentiert Georg Kegel, überregionaler Kats-Beauf-

tragter des ASB Rheinland-Pfalz, die Entscheidung zur Gründung der HiK.

Die Arbeitsgemeinschaft befasst sich heute im Wesentlichen mit der engeren Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen in Rheinland-Pfalz im Rahmen der Planung und Neustrukturierung des Katastrophenschutzes. Gerade für kleinere Organisationen wie den Arbeiter-Samariter-Bund sind dadurch die Möglichkeiten der Mitgestaltung des überörtlichen Katastrophenschutzes entscheidend verbessert worden, z. B. hat die HiK unlängst eine neue Katastrophenschutzkonzeption erstellt und war wesentlich an der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz im Hinblick auf die zunehmende Gefahr terroristischer Anschläge beteiligt. Auch in den verschiedenen Arbeitskreisen der Landesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit bringen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft ihr Fachwissen ein. So vertritt z. B. der ASB die HiK in verschiedenen Arbeitsgruppen zum Thema Digital-



Im Schadensfall entlastet die Leitungsgruppe die Kräfte vor Ort insbesondere durch rückwärtige, einsatzunterstützende und koordinierende Maßnahmen...  
(Foto: G. Reiter)

funk oder in der Arbeitsgruppe Gesundheit im Projekt Operativ Taktische Unterstützung (Optau) des Landes Rheinland-Pfalz.

Die nun anerkannte Leitungsgruppe der HiK stellt gewissermaßen ihr operatives Organ im Groß-

schadensfall dar. Ihre erste Bewährungsprobe hatte die Leitungsgruppe bei der Impfkation der sog. Schlüsselgruppen im Bereich der nichtpolizeilichen Behörden mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gegen das H1N1-Virus („Schweinegrippe“). Im Auftrag des rheinlandpfälzischen Ministeriums des Innern und für Sport (ISM), in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGFF) wurde die Leitungsgruppe der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz mit der Organisation der Impfung der Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes der Feuerwehren und des THW beauftragt. Dabei konnte auch Ärztinnen und Ärzten sowie Apothekerinnen und Apothekern



Der ASB-Kreisverband Worms/Alzey koordiniert und organisiert die Impfung gegen H1N1 der Schlüsselgruppe „BOS“ im Bereich der Stadt Worms. (Foto: M. Steil)

inkl. Praxispersonal landesweit ein entsprechendes Impfangebot gemacht werden. Die Leitungsgruppe organisierte dabei die Einrichtung von regionalen Impfstellen in ganz Rheinland-Pfalz und versorgte diese auch fortlaufend mit den aktuellen Informationen aus dem ISM und MASGFF.

Der ASB zeichnete hierbei zusammen mit dem zuständigen Gesundheitsamt verantwortlich für die lokale Koordination und Ausführung der Impfungen im Bereich der Stadt Worms. Weitere Termine können der Bedarfslage entsprechend folgen. Von allen Seiten gelobt wurde auch hier die gute Zu-

sammenarbeit im Vorfeld sowie der reibungslose Ablauf am Impftag selbst.

Hauptaufgabe der HiK-Leitungsgruppe sind jedoch nicht weit im Vorfeld planbare Einsätze wie die vorbeschriebene Impfkation, sondern eher der plötzlich eintretende Großschadensfall mit überregionalem Ausmaß. In der organisatorischen Begleitung von Katastropheneinsätzen und im Konfliktfall sowie bei behördlich angeordneten Übungen zu diesen Szenarien kann die Leitungsgruppe ihre Synergieeffekte optimal nutzen. So liegen die Aufgaben der Leitungsgruppe im Einsatzfall darin, den jeweilig verantwortlichen Einsatzleiter zu beraten und Entscheidungen vorzubereiten. Sie ver-

steht sich dabei primär als Dienstleister für die Verbände vor Ort. In ihrer selbst gegebenen Einsatzstruktur nimmt die Leitungsgruppe rückwärtig insbesondere unterstützende und koordinierende Aufgaben wahr.

Durch die Einrichtung der HiK-Leitungsgruppe wurde eine zentrale und übergreifende Beratungs-, Informations- und Organisationsplattform der Hilfsorganisationen in Rheinland-Pfalz geschaffen. Den Aufgabenträgern wird damit im Bereich des KatS eine gemeinsame, professionelle An-

laufstelle in Bezug auf das verbandseigene Ressourcenmanagement und die Kommunikation bei Schadensfällen mit überregionalem Ausmaß sowie Großübungen zur Verfügung gestellt.

Hierdurch sollen künftig Reibungsverluste minimiert, Informationen besser und schneller ausgetauscht sowie die Zusammenarbeit im Einsatz- und/oder Übungsfall weiter optimiert werden.

Die klassischen Einsatzgebiete umfassen beispielsweise den Sonderalarm Rettungsdienst, den Einsatz von Zentralen Einheiten der Hilfsorganisationen, so z. B. der ASB Task-Force-Einheit Rhein-



land-Pfalz (Süd), überregionale Großveranstaltungen, extreme Hochwasserlagen, überregionale Übungen.

Im Einsatzfall wird die Leitungsgruppe über ihre Führung alarmiert, je nach Alarmierungsstufe teilweise oder vollständig. Im Regelfall wird die Tätigkeit in den Räumen der Leitungsgruppe in Mainz aufgenommen. Unabhängig von der ausgelösten Alarmstufe erfolgt über die Aufnahme der Tätigkeit der Leitungsgruppe

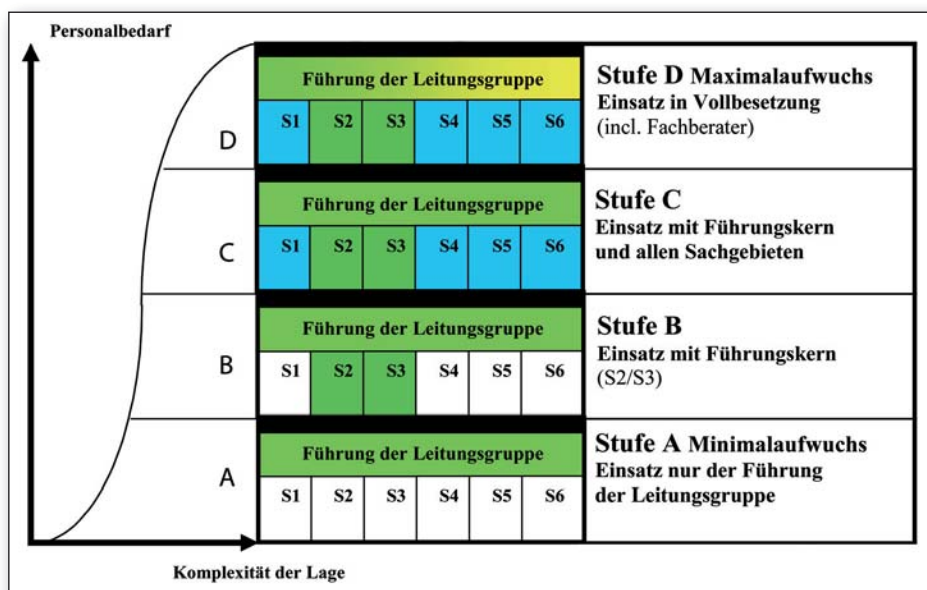
eine umgehende Information an die nach- und übergeordneten Gliederungen der Mitgliedsorganisationen der HiK. Der ASB Rheinland-Pfalz hat seine landesweiten, überregionalen Alarmpläne für den Großschadensfall bereits an diese Strukturen angepasst. In der Servicezentrale beim ASB-Kreisverband Zweibrücken, die 365 Tage im Jahr rund um die Uhr mit entsprechenden Fachkräften be-

setzt ist, besteht die Möglichkeit, mittels modernster Kommunikationstechnologie die jeweiligen ASB-Führungskräfte zu alarmieren. Aktuell stellt der ASB Rheinland-Pfalz vier entsprechend ausgebildete KatS-Einsatzkräfte der Leitungsgruppe für den Bereich S3 (Einsatz) zur Verfügung.

Der Aufbau der Leitungsgruppe ist analog den Führungsgrundlagen und -grundsätzen der DV 100 gegliedert. Dadurch ist ein gemeinsames, koordiniertes Handeln von Behörden und Dienststellen in unmittelbarer Verantwortung in der Gefahrenabwehr sichergestellt. Der Einsatz der Leitungsgruppe erfolgt in Abhängigkeit von der Größe des Schadensereignisses in bis zu vier Stufen. Die einzelnen Stufen bauen dabei aufeinander auf, sodass immer eine der Lage angepasste Besetzung gewährleistet ist. Dabei ist der Übergang zwischen den einzelnen Stufen fließend; eine genaue Abgrenzung ist zugunsten größtmöglicher Flexibilität nicht vorgesehen. Die Leitungsgruppe nimmt ihre Aufgaben zielorientiert wahr.

## Die Stufen

- Leitungsgruppe in der Stufe A
  - Leitung und Führung nur durch die Landesbereitschaftsleitung (LBL) und den zuständigen Abteilungsleiter (AL)
- Leitungsgruppe in der Stufe B
  - Leitung und Führung durch die LBL und den AL mit dem Führungskern
- Leitungsgruppe in der Stufe C



- Leitung und Führung durch die LBL und den AL mit der gesamten Leitungsgruppe
- Leitungsgruppe in der Stufe D
  - Leitung und Führung durch die LBL und den AL mit der gesamten Leitungsgruppe und den Fachberatern

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass dem Bundesland Rheinland-Pfalz durch die überregionale Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen in der HiK ein gemeinsamer Ansprechpartner zur Verfügung steht, der mit seiner Leitungsgruppe ein weiteres effizientes Tool zur optimalen Bewältigung von Großschadenslagen im überregionalen Katastrophenschutz bereithält.

*Ralf Seibert  
Referent Rettungsdienst und  
überregionale Dienste  
Arbeiter-Samariter-Bund  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.*



# Technisches Hilfswerk



## Erster THW-Gerätekraftwagen von Rosenbauer

Der Prototyp der neusten Generation des Gerätekraftwagens I (GKW I) des Technischen Hilfswerkes (THW) hat seine Testfahrten erfolgreich bestanden.



Geländefahrt: Den aufgeweichten Untergrund, zerpflegt durch Panzer der Bundeswehr, bewältigt der neue GKW I problemlos.

Zwei Tage lang haben Fachleute des THW und Vertreter der Hersteller Rosenbauer und Mercedes-Benz Anfang Dezember auf den Versuchsstrecken der Wehrtechnischen Dienststelle der Bundeswehr in Trier dem Mercedes-Benz Axor vieles abverlangt.

Auch nach zahlreichen Fahrten über Pflastersteine, Bodenwellen und Schotterpisten zeigte sich, dass die umfangreiche Ausstattung sicher im

Gerätekoffer des Prototyps verlastet war. Nur einige Verriegelungen haben den Test nicht unbeschadet überstanden und müssen nachgebessert werden. Das Fahrgestell mit Automatikgetriebe, ein Mercedes-Benz Axor 1829, hat seine Bewährungsprobe ebenfalls bestanden. Unter extremen Bedingungen kam der GKW auf dem matschigen Erdboden mühelos voran.

Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der in jedem THW-Ortsverband mindestens einmal vorhandenen 1. Bergungsgruppe stellen auch das Fahrzeug der Gruppe vor große Belastungen. Deshalb wird jede neue Generation an Gerätekraftwagen vor dem Start der Serienfertigung umfangreichen Tests und Kontrollen unterzogen.

### Größte Stückzahl in der Firmengeschichte

Der Gerätekraftwagen vom Modell Axor bedeutet nicht nur die THW-Premiere für den Feuerwehr-Fahrzeugbauer Rosenbauer, sondern mit der Option auf die Anschaffung von insgesamt 170 Einheiten auch die größte Stückzahl in der Firmengeschichte. Anders als beim GKW von MAN tritt diesmal nicht der Fahrgestellhersteller, also Mercedes-Benz, sondern der Aufbauhersteller Rosenbauer gegenüber dem THW als Generalunternehmer auf.

Das Fahrgestell der neuen Fahrzeuggeneration stammt aus der Serienfertigung von Mercedes. Das Fahrerhaus wird anschließend mit einem Aluminiumbauteil zu einer Gruppenkabine mit neun Sitzplätzen verlängert. Außerdem wird ein verkleideter und lackierter Rohbaukoffer mit Rollläden aufgesetzt. Der Innenausbau des Gerätekoffers und die Endmontage der Kabine erfolgen dann durch Rosenbauer.

### Kabine optisch nicht aus einem Guss

Der Anschluss an das handelsübliche Axor-Führerhaus erfolgt aber nicht bündig. Anders als beim GKW von MAN ist die Verlängerung optisch zu sehen. Das sei bei Rosenbauer so handelsüblich, heißt es zur Begründung. Deutlich wird dabei, dass das Mercedes-Führerhaus besonders im oberen Bereich schmaler ist als die bisherige Kabine.

Der Grundrahmen des Gerätekooffers ist verschweißt, die Inneneinrichtung besteht aus System-Profilen für variable Fächer. Gegenüber dem bisherigen Aufbau ändert sich kaum etwas: die Maße bleiben, das Innenleben ist ähnlich aufgebaut und die Aufteilung der Fächer bleibt nahezu unverändert. Mit zwei Ausnahmen: Der ausklappbare Werkzeugschrank ist nur noch halb so hoch und der Verkehrssicherungssatz wandert von der Fahrer- auf die Beifahrerseite.

Während sich hinter den Rollläden nicht viel verändert, erfährt der Gerätekooffer an seinem oberen Heckende zwei markante Neuerungen. So entfällt das angesetzte Einzelblaulicht. Dieses wird ersetzt durch zwei blaue Blitzer, die in den Ecken der Dachgalerie integriert sind. Über dem Heckgeräteraum sind fünf gelbe Warnblitzleuchten angebracht. Dabei handelt es sich aber nicht um eine steuerbare Verkehrsleitanlage. Die zusätzlichen Leuchten sind mit der normalen Warnblinkanlage des Fahrzeugs gekoppelt.

### Prototyp im Praxistest

Nachdem der Axor Mitte November dem THW übergeben worden ist, hat ein strammer

Zeitplan begonnen. Das Fahrzeug wurde mit Gerät bestückt und stellte Anfang Dezember auf der Teststrecke der Bundeswehr unter Beweis, was es leis-



Schotterpiste: Nicht geschont wird der 286 PS starke Axor, der mehrmals die vier Kilometer lange Schotterstrecke umrundet. (Fotos: THW)

ten kann. Anschließend folgte eine vierwöchige Erprobung in einem THW-Ortsverband. Alle gewonnenen Erkenntnisse fließen schließlich in die Serienproduktion ein.

Für das Jahr 2010 ist die Produktion von 43 Gerätekraftwagen zum Gesamtpreis von rund neun Millionen Euro in Auftrag gegeben worden. In den folgenden beiden Jahren sehen die Planungen die Beschaffung von insgesamt 66 Fahrzeugen vor.

*Stefan Schumacher*





## Zentraler Wasserrettungsdienst Küste neu organisiert

Die DLRG hat den Zentralen Wasserrettungsdienst an den Küsten (ZWRD-K) neu organisiert. Seit Januar 2010 übernimmt der DLRG-Bundesverband die



Das neue Konzept wird die Sicherheit der Urlauber an den Stränden von Nord- und Ostsee weiter verbessern.  
(Foto: DLRG)

Gesamtorganisation des ZWRD-K und unterstützt so die Küstenlandesverbände.

Im DLRG-Bundeszentrum in Bad Nenndorf hat eine neu geschaffene Koordinierungsstelle die Arbeit aufgenommen, die die Bewerbungen und den Einsatz von Rettungsschwimmerinnen und -schwimmern, deren Qualifizierung sowie perspektivisch die Bereitstellung der Ausstattung und den Betrieb von Wasserrettungsstationen organisieren wird.

### Rettungsschwimmer gesucht

Die DLRG sucht noch Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer vor allem für die Vorsaison von Mai bis Juni 2010. Voraussetzungen für die Teilnahme sind ein Mindestalter von 16 Jahren, der Besitz des Rettungsschwimmabzeichens Silber und die Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Lehrgang, der nicht länger als drei Jahre zurückliegt.

Interessenten, die sich für die Vor-, Haupt- oder Nachsaison 2010 zum ZWRD-K anmelden möchten, richten ihre Bewerbung an die DLRG-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort Bewerbung ZWRD-K, Im Niedernfeld 2, 31542 Bad Nenndorf.

Wer seine vorläufige Bewerbung online abgeben möchte, sendet diese an die E-Mail-Adresse [zwr-d-k@dlrg.de](mailto:zwr-d-k@dlrg.de) oder wählt das in Kürze online gehende Bewerbungsportal unter <http://zwr-d.dlrg.de/>.

Fragen zum Einsatz im Zentralen Wasserrettungsdienst Küste beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zentralen Koordinierungsstelle unter der Rufnummer 05723-955450.

### Gefahrenanalysen sind Bestandteil der neuen Konzeption

„Aufbauend auf den seit Jahrzehnten bewährten Strukturen der DLRG-Küstenlandesverbände wollen wir mit ihnen auf der Basis eines gemeinsam entwickelten neuen Konzeptes die Sicherheit der Urlauber an den Stränden von Nord- und Ostsee weiter verbessern“, so DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens.

Um die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Kurverwaltungen zu optimieren und das erweiterte Angebot umzusetzen, werden zukünftig Abschnittsleiter die Rettungsschwimmer regional unterstützen. Die Einsatzleiter der Landesverbände nehmen weiterhin die operative Gesamtverantwortung für ihr jeweiliges Bundesland wahr.

„Ein zentraler Bestandteil ist zukünftig die Durchführung von Gefahrenanalysen (Risk Assessments) an den Badestellen. Diese internationalen Gutachten mit dem Zertifikat *Lifeguarded Beach/Be-wachter Strand* tragen zu mehr Sicherheit und Information der Badegäste bei“, benennt der DLRG-Präsident einen neuen Eckpunkt der Konzeption.

DLRG



## Feuerwehr-Plattform auf EU-Ebene initiieren

Feuerwehr-Führungskräfte aus allen europäischen Ländern sind die Zielgruppe eines Spitzentreffens, das im Rahmen des 28. Deutschen Feuerwehrtages 2010 in Leipzig stattfinden wird. „Wir wollen eine



Bei der Eröffnung des „Europabüros“ in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel im Januar 2008 (v. li.): DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann, Landrat Peter Walter (Kreis Offenbach), Staatssekretärin Oda Scheibelhuber, DFV-Präsident Hans-Peter Kröger, Minister Volker Hoff.  
(Foto: Silvia Darmstädter/DFV)

ständige Vertretung der Feuerwehrorganisationen in der EU initiieren, um die gemeinsame Interessenvertretung zu stärken“, erklären Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und sein ständiger Vertreter, Vizepräsident Ralf Ackermann.

Der DFV ist seit Januar 2008 als erster Spitzenverband in Brüssel präsent: Die Vertretung der deutschen Feuerwehren bei der Europäischen Union beschäftigt sich mit der Bildung von Netzwerken, Informationsgewinnung, Beratung sowie der Vermittlung der Besonderheiten des flächendeckenden Brandschutzes in Deutschland. Bereits seit einiger Zeit gibt es eine enge Zusammenarbeit des DFV mit dem Österreichischen Bundesfeuerwehrverband. Auch mit dem Französischen Feuerwehrverband besteht ein reger Erfahrungsaustausch.

Zusammenarbeit, Kontaktarbeit und Interessensabstimmung — diese Themen bilden einen weiteren Schwerpunkt bei einer Feuerwehr-Fachtagung Mitteleuropa. Diese für alle Feuerwehr-Führungskräfte und Multiplikatoren offene Veranstaltung ergänzt das Spitzentreffen der Feuerwehren.

„Wir sind froh, mit Leipzig einen Veranstaltungsort zu haben, der sich durch seine Lage mit-

ten in Europa sowie die Tradition als europäischer Messestandort für derartige länderübergreifende Treffen geradezu anbietet“, erklärt Kröger, der sich auf eine hohe Beteiligung aus ganz Europa freut. Auch der Weltfeuerwehrverband CTIF nutzt den Rahmen des 28. Deutschen Feuerwehrtages für seine Delegiertenversammlung. Vertreter der 46 Mitgliedsländer tagen dann in Leipzig. Synergien erwartet DFV-Präsident Kröger auch in Verbindung mit der Weltleitmesse Interschutz, die vom 7. bis 12. Juni 2010 auf der Leipziger Messe eben-

falls ein internationales Publikum anlockt — allein die Aussteller kommen aus mehr als 40 Ländern.

*Silvia Darmstädter*





## Deutsches Rotes Kreuz

### Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr im Inland

Als eine der wesentlichen Grundlagen für die Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr durch das Deutsche Rote Kreuz gilt nach wie vor das Erste Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde.

Hiernach sind Angriffe auf sanitätsdienstliche Einrichtungen wie Lazarette und Krankenhäuser,



die unter dem Schutz eines der Schutzzeichen der Konvention stehen, streng verboten (Artikel 19 bis 23), ebenso Angriffe auf Hospitalschiffe, die von Land aus erfolgen. Gleiches gilt für Angriffe auf Personen, die ausschließlich mit der Suche, der Rettung, dem Transport und der Behandlung von Verletzten

beauftragt sind (Artikel 24) sowie für Angehörige der anerkannten nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften und anderer durch ihre Regierung anerkannten Hilfsorganisationen, die analog dazu tätig sind (Artikel 26). Die in Artikel 24 und 26 benannten Personen sind bei Gefangennahme nur solange in Gewahrsam zu halten, wie es die Versorgung von Kriegsgefangenen notwendig macht, und andernfalls unverzüglich zu entlassen (Artikel 28).

Im Zusammenhang mit der Neufassung des „DRK-Gesetzes“ vom 5.12.2008 wurde in verschiedenen Gesprächen, unter anderem zwischen dem Generalinspekteur der Bundeswehr und dem Präsidenten des DRK, bzw. zwischen dem Inspekteur des Sanitätsdienstes und dem DRK-Bundesarzt, eine wieder engere Kooperation von DRK und Sanitätsdienst der Bundeswehr vereinbart. Die Idee, sozusagen als Pilotprojekt, eine Modulare Sanitätseinrichtung der Bundeswehr gemeinsam aufzubauen, geht hierbei auf eine Weisung vom August 2008 zurück.

DRK und Bundeswehr teilen dabei bereits heute die Maxime, dass Verwundeten, Verunfallten oder Erkrankten auch außerhalb ortsfester Einrichtungen eine medizinische Versorgung zuteil werden muss, die im Ergebnis den deutschen fachlichen Standards entspricht.

Hierbei ist im Sanitätsdienst der Bundeswehr das Lazarettregiment 41, durch seine auch im Alltag in Deutschland bereits erprobte Fähigkeit zur Unterstützung ziviler Einrichtungen, wie dem Klinikum Konstanz, eine ideale Gegenstelle für das DRK zur Durchführung des oben genannten Pilotprojekts.

Auftrag, Fähigkeiten und ausgesuchte Bereiche der Weiterentwicklung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr waren Gegenstand des Einführungsvortrages, mit dem den angereisten Kräften des DRK zunächst ein realistisches Bild vom Leistungsspektrum des Bundeswehrsanitätsdienstes vermittelt wurde. Im Mittelpunkt stand dabei das ineinander greifende, sich ergänzende System von verlegefähigen Sanitätseinrichtungen der Ebenen 1 bis 3 (Rettungsstation, Rettungszentrum und Einsatzlazarett). Dabei wurde vor allem auf den Aspekt eines gemeinsamen Einsatzes unter Inland-Bedingungen abgehoben. Die anschauliche Schilderung eines konkreten Einsatzes eines Luftlanderrettungszentrums, leicht, in Nord-Afghanistan unter den dort

herrschenden Einsatzbedingungen rundete die Präsentation des Bundeswehrsaniätätsdienstes ab.

Als pragmatischer Einstieg in die Systematik der Behandlungsebenen des Saniätätsdienstes der Bundeswehr war im Vorfeld durch den Kommandeur des Lazarettregiments 41 in Abstimmung mit Vertretern des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg die Behandlungsebene 1 ausgewählt und in Form einer Modularen Saniätäts Einrichtung (MSE) – Rettungsstation in das gemeinsame Pilotprojekt eingebracht worden.

In ihr erfolgt die Sichtung der Patienten, die allgemein- und notfallmedizinische Erstversorgung sowie die Herstellung der Transportfähigkeit und ggf. die Einleitung weiterer Maßnahmen. Die Rettungsstation wird von Truppenärzten, die grundsätzlich über die Qualifikation Rettungsmedizin verfügen, Rettungsassistenten und weiterem nicht-ärztlichen Saniätätspersonal in Gruppenstärke betrieben. Abhängig vom Einsatzszenario wird die Rettungsstation als Modulare Saniätäts Einrichtung oder als Luftverlegbare Saniätäts Einrichtung betrieben.

Ausgehend von einem Massenansturz von Verletzten im Rahmen eines Anstzlagszenarios mit mehreren Hundert Verletzten und des Zusammenbruchs der Infrastruktur (Verkehrswege, Stromversorgung sowie Kommunikationssystem) wird die Aufnahmekapazität des regionalen Gesundheitswesens absehbar über mehrere Tage überlastet sein, lautete die Grundannahme für das gemeinsame Üben.

Der Saniätätsdienst der Bundeswehr erhält in diesem Zusammenhang den Auftrag, mit regional dislozierten Saniätäts Einrichtungen in zugewiesenen Einsatzgebieten die Primär- und Anschlussversorgung von verletzten, verunfallten oder erkrankten Zivilisten mit dem Ziel, nicht vorhandene bzw. überlastete Behandlungskapazitäten des regionalen Gesundheitswesens zu ersetzen bzw. zu verstärken.

Das als Leitverband bestimmte Lazarettregiment 41 hatte dazu vorgesehen, umgehend an den Einsatzort zu verlegen und zunächst zwei Rettungsstationen zur Sichtung und notfallmedizinischen Erstversorgung, sowie ein Rettungszentrum zur fachärztlich-chirurgischen Anschlussversorgung einzurichten und zu betreiben.

Zusätzlich stellte sich das Regiment darauf ein, weitere MSE-Module sowie Patiententransportraum an den Einsatzort zu verlegen. In der Durch-

führungsziffer der Befehlsgebung war an dieser Stelle die personelle Unterstützung durch DRK-Bereitschaften zur Steigerung der Durchhaltefähigkeit / Schichtfähigkeit vorgesehen.

Der praktische Aufbauanteil setzte dann auch dort an, wo nach den Einsatzgrundsätzen des Bundeswehrsaniätätsdienstes die erste Versorgung in einer Saniätäts Einrichtung vorgesehen ist, an der



Rettungsstation. Etwa 30 DRK-Angehörige aus dem Landesverband Baden-Württemberg (Vertreter von Haupt- und Ehrenamt) sowie Vertreter des Bundesverbandes erhielten eine praktische Einweisung in die verschiedenen Komponenten der Rettungsstation. Technische Details der Versorgungspalette wurden dabei ebenso eingehend erörtert wie der Aufbau des zugehörigen luftgestützten Zeltes.

Die Kriterien für den Aufbauort, die Nutzbarkeit vorhandener Infrastruktur, die gute Zugänglichkeit insbesondere für Saniätätskraftfahrzeuge oder der eigene Hubschrauberlandeplatz waren durch die Nutzung einer militärischen Liegenschaft gegeben. Daher ergaben sich realistische Bedingungen für den Aufbau.

Die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten, sowie auch die DRK-Vertreter zeigten sich engagiert und legten motiviert Hand an.

Schnell entstand eine enge Zusammenarbeit im Sinne des gemeinsamen Auftrages, möglichst rasch eine Rettungsstation einzurichten und zu betreiben.

Die für die DRK-Vertreter zunächst unbekannt materielle Ausstattung stellte schon nach kurzer (Eingewöhnungs-) Zeit kein Hindernis mehr dar. Mit großem Elan wurden die Ausführungen und Anweisungen der Ausbilder der Bundeswehr befolgt und umgesetzt.

Der Abend in Horb am Neckar, gemeinsam in dem freundlichen Ambiente der Hohenberg-Kaserne, bot dann auch reichlich fachlichen Gesprächsstoff. Aber auch der gemeinsame Austausch über persönliche Lebenserfahrungen bzw. über organisationsspezifische Merkmale führte bei allen Teilnehmern zu einem besseren Verständnis für den jeweils Anderen und machte überzeugend deutlich, dass die Ernsthaftigkeit einer Aufgabe und die gute Stimmung der Beteiligten eine hervorragende Kombination ergeben.

Am Folgetag wurde dann getreu des militärischen Mottos „Vormachen – Erklären – Nachmachen – Üben“ das bereits Erlernte selbständig geübt.

Der Kommandeur des Lazarettregimentes 41, Dr. Wolfgang Kaiser und der Teamleiter Bevölkerungsschutz und Rettungswesen des DRK-Generalsekretariats, Frank Jörres, konnten am Ende der beiden Tage ein sehr positives Resümee der gemeinsamen Übung ziehen und viele neue Impulse mitnehmen.

*Björn Stahlhut*

ist. Was der 19-jährige Helge Semrau wollte, hat er 2009 erreicht. Ein junger Mann, der genau weiß, wo es hingehen soll.

Im Grunde verdankt Helge Semrau seine steile Karriere in der Johanniter-Jugend seinem gequetschten, blutenden Finger. Schuld war ein Sportunfall in der fünften Klasse. Letztlich auch nur dadurch kam der junge Kieler darauf, was er einmal beruflich machen will. „Die beiden Schulsanitäter der Johanniter-Jugend, die mich damals verbunden



Erfolgsereignis auf der Intensivstation.  
(Foto: privat)

## DIE JOHANNITER



### Junger Mann mit Plan

#### Helge Semrau von der Johanniter-Jugend

Männlich, ledig, jung sucht ... Verantwortung in der Johanniter-Jugend und einen sozialen Beruf, der mit dem Lieblingshobby „Johanniter“ gut vereinbar

haben, müssen schon einen starken Eindruck auf mich gemacht haben“, erinnert sich der 19-Jährige.

„Im Jahr 2000 kam ich zur Johanniter-Jugend – seitdem weiß ich, dass ich beruflich etwas mit Medizin und Kindern zu tun haben will“, sagt er bestimmt. Schnell war er damals Leiter des Schulsanitätsdienstes seiner Schule, wurde Jugendgruppenleiter, Orts-Jugendleiter der Johanniter-Jugend und schließlich in die Landesjugendleitung gewählt – und das sollte es noch nicht gewesen sein. Zielstrebig ging Helge Semrau auch beruflich vor. Im April 2009 begann der ehemalige Gymnasiast seine Ausbildung zum Kinderkrankenpfleger im Städtischen Krankenhaus Kiel. „Die Frühchen auf der Intensivstation zu hegen und zu pflegen und sie dann stark und gesund wieder zu verabschieden – das ist be-



sonders toll“, sagt er. Sein Freiwilliges Soziales Jahr hatte er zuvor in der Kinder- und Jugendpsychiatrie absolviert. Schwere Fälle fordern ihn heraus.

Dass er in seiner Ausbildungsklasse der einzige Mann unter Frauen ist, stört ihn wenig. Rollenklischees interessieren ihn nicht. Von Fußball habe er zwar keine Ahnung, den Akkuschauber könne er dagegen sehr wohl bedienen. Aber eindeutig zu schade ist ihm die Zeit für: „Party und Saufen – was soll ich damit?“

Durch sein frühes Engagement war Helge Semrau schon mit 16 Jahren sehr verantwortungsbewusst und konnte wichtige Aufgaben, etwa bei Kinderfreizeiten, übernehmen. „Das alles hat mich vielleicht schneller reifen lassen“, vermutet der Norddeutsche. Was ihn an der Johanniter-Jugend am meisten fasziniert, ist das „einmalige Wir-Gefühl“. Und vom gemeinsamen Diskutieren, Entscheiden und Gestalten hat er noch lange nicht genug. „Gerade arbeiten wir intensiv am Strategieprozess. Da bewegt sich was.“

*Tonja Knaak*

## „Hier ist jeder für den anderen da“

Ehrenamtliches, freiwilliges Engagement – darauf bauen die Johanniter seit ihren Anfängen vor mehr als 900 Jahren. Damals pflegten Johanniter-Ritter in einer Herberge arme und kranke Pilger. Aus der kleinen Herberge entstand bald ein großes Hospital. Bis zu 2000 Menschen wurden hier medizinisch versorgt, mehr als 5000 Mahlzeiten täglich zubereitet. Das Geld dafür stammte aus Spenden.

Heute unterstützen rund 280.000 ehrenamtliche Johanniter in der Johanniter-Unfall-Hilfe nicht nur Pflegekräfte, sondern übernehmen ebenso Verantwortung im Katastrophenschutz, im Sanitäts- und Rettungsdienst, in der Hospizarbeit, in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen oder in der Auslandshilfe. Die Helfer sind durchschnittlich 35 Jahre alt und engagieren sich oft in mehreren Bereichen.

Um Verantwortung wahrnehmen zu können, brauchen die ehrenamtlichen Mitarbeiter eine fundierte Ausbildung und eine gute Begleitung. Ausbildung und Begleitung – das sind Formen der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements. Jeder

neue ehrenamtliche Helfer bei den Johannitern soll von Anfang an wissen, welche Ausbildungsmöglichkeiten er hat. Deshalb bekommt er künftig eine Broschüre in die Hand, die ihm seine Bildungsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Einsatzbereichen erklärt. Die Erfahrungen zeigen: Wer bei den Johannitern ausgebildet wird, kann davon auch in seiner hauptberuflichen Karriere profitieren.

Viele Johanniter bescheinigen, dass ihnen das Ehrenamt vor allem Spaß macht, dass ihnen das Eingebundensein in eine Gemeinschaft wichtig ist und dass sie dadurch Rückhalt im Leben bekom-



Katastrophenschutzübung am Starnberger See; um Verantwortung wahrnehmen zu können, brauchen die ehrenamtlichen Mitarbeiter eine fundierte Ausbildung. (Foto: Gerhard Bieber/JUH)

men. Ralf Bröenhorst, ehrenamtlicher Regionalvorstand der Johanniter in Minden, sagt: „Ich erlebe bei meiner Arbeit, wie Hilfe direkt ankommt. Das ist wunderbar.“ Der Harburger René Töpfer, der sich unter anderem im Katastrophenschutz und im Sanitätsdienst engagiert, erklärt: „Mein Einsatz macht mir Riesenspaß.“ Und Ramona Gast, die in der Johanniter-Jugend im bayerischen Marktoberdorf aktiv ist, meint: „Die Johanniter-Jugend ist meine zweite Familie. Hier ist jeder für den anderen da.“

In den letzten Jahren ist der Bedarf an Strukturierung ehrenamtlicher Arbeit stark gewachsen. Die Johanniter haben sich darauf eingestellt. So

wird es künftig in jedem Verband — auch auf Kreis-  
ebene — Ehrenamtskoordinatoren geben, die hel-  
fen und beraten. *Regina Villavicencio*

## Hilfe zur Selbsthilfe in der Karibik

### Johanniter sorgen vor und bilden aus

Palmen, Sonne, Strand — das verbinden viele mit der Karibik. Doch die Region gehört zu den größten Risikogebieten der Welt, was Wirbelstürme und andere Naturkatastrophen angeht. Nach den heftigen Stürmen 2008 konnten Helfer die Verletzten erst nach Tagen erreichen. Die Johanniter haben daher gemeinsam mit ihrer Schwesterorganisation St. John



Ein Erste-Hilfe-Training ist Teil der Ausbildung in Katastrophenvorsorge.  
(Foto: Johanniter)

Ambulance ein Projekt gestartet, das Menschen in der Region auf Naturkatastrophen vorbereitet und in Erster Hilfe schult.

„Eine schnelle Reaktionsfähigkeit kann im Fall einer Naturkatastrophe Leben retten“, betonte Ronald Jackson vom Amt für Katastrophenhilfe und -vorsorge im Sommer 2009 in Jamaika bei einem Arbeitstreffen von sieben lokalen St. John-Organi-

sationen. „Es liegt in unserer Verantwortung, es den Menschen vor Ort zu ermöglichen, sich auf eine Katastrophe vorzubereiten — und dafür zu sorgen, dass sie sich im Ernstfall gegenseitig helfen können“, so Jackson weiter. Die Johanniter, die britische St. John Ambulance und sieben nationale St. John-Organisationen der Karibik haben sich dieser Verantwortung gestellt.

Über einen Zeitraum von 19 Monaten werden 12 000 Menschen von Mitarbeitern der Ambulanzen und internationalen Experten kostenlos darin geschult, wie man sich frühzeitig auf Katastrophen vorbereitet. Zusätzlich finden Erste-Hilfe-Ausbildungen statt. Seit Beginn im Oktober 2009 wurden mehr als 1270 Menschen ausgebildet.

Die lokalen St. John-Organisationen hatten angeregt, ein für alle Inseln gültiges Handbuch zu erstellen, das die Themen „Erste Hilfe“ und „Katastrophenvorsorge“ unter Beachtung lokaler Besonderheiten verständlich darstellt. Auch bei der Umsetzung dieser Idee unterstützten die Johanniter ihre Schwesterorganisationen.

Meist sind es die Betroffenen selbst, die zuerst zur Stelle sind, um Nachbarn und Angehörigen zu helfen. Deshalb nimmt ihre Ausbildung vor Ort großen Stellenwert in der Katastrophenprävention ein. Erfahrungen zeigen, dass bei einer ausreichenden Schulung der Bevölkerung in Katastrophenvorsorge und Erster Hilfe im Ernstfall wesentlich weniger Menschen zu Schaden kommen. Werden Wunden rasch versorgt, schützt das auch vor bleibenden Schäden.

Die an dem Johanniter-Projekt beteiligten Staaten Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Grenada, Guayana, Jamaika und Saint Lucia werden nicht nur von Wirbelstürmen, sondern regelmäßig auch von Erdbeben, vulkanischen Aktivitäten und Überschwemmungen bedroht. Damit gehören sie weltweit zu den Hochrisikogebieten. Die Hilfe zur Selbsthilfe, die die Johanniter bieten, wird dringend gebraucht. Das Projekt wird maßgeblich vom Auswärtigen Amt finanziert. *Evamaria Haupt*



# Malteser

## ... weil Nähe zählt.

### Üben unter extremen Bedingungen

#### Größte Katastrophenschutzübung der bayerischen Malteser fand in Anwesenheit des Großmeisters statt

Ein großer Tag für die bayerischen Malteser: Am 14. September 2009 führten die Malteser ihre größte Katastrophenschutzübung in Bayern auf Schloss Maxlrain durch. Mehr als 150 Helferinnen und Helfer aus allen bayerischen Diözesen, rund 50 Verletztendarsteller und über 50 Einsatzfahrzeuge waren im Einsatz, um ein Katastrophenszenario darzustellen. Und ein ganz besonderer Gast war zugegen: Der Großmeister des Souveränen Malteser Ritterordens, Fra' Matthew Festing, machte bei seinem Deutschlandbesuch Station in Maxlrain.

Und das Szenario, das die bayerischen Malteser dem Großmeister boten, war beeindruckend: Zwei Schulklassen machen einen Ausflug zum Schloss Maxlrain. Eine Unwetterwarnung zwingt die Gruppen, in einem Festzelt Unterschlupf zu suchen. Der anfängliche Regen entwickelt sich zu einem handfesten Tornado, ein Teil des Zeltes stürzt ein, mehr als 50 Personen werden teils schwer verletzt, laufen in Panik umher oder suchen vermisste Angehörige. Das Szenario sah aus wie echt, waren die „Schüler“, die von der Malteser Jugend und dem Malteser Schulsanitätsdienst gespielt wurden, doch mit realistisch aussehenden Verletzungen geschminkt. Dass es noch dazu stark regnete, machte die Szene noch realistischer.

Aber die Helferinnen und Helfer wussten, was zu tun war. Kurz nachdem der erste Sanitäter den Schauplatz der Katastrophe begutachtet hatte, wurde ein Großschadensfall ausgerufen. Es dauerte wenige Minuten, bis über 150 Helferinnen und Helfer mit rund 50 Fahrzeugen vor Ort waren, die Ver-

letzten versorgten und Sanitätszelte aufbauten, in denen die Verletzten behandelt wurden.

#### Dauerregen macht die Übung noch realistischer

„Katastrophen kann man nie vorhersagen, aber man kann ihnen gut vorbereitet begegnen“, erklärte der Einsatzleiter der Malteser in der Region Bayern und Thüringen, Frank Drescher, nach der Übung. Und die schweren äußeren Bedingungen machten die Übung sehr realitätsnah. „Die Verletzten waren dem Regen ausgesetzt, und die Helfer hatten alle Hände voll zu tun, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen und die Unfallopfer zu versorgen“, so der Einsatzleiter.

Die Situation war schwer zu erfassen. In und um das eingestürzte Zelt lagen verletzte Personen. Darüber hinaus liefen einige verletzte und verwirrte Personen ziellos in einem angrenzenden Wald umher. Aber auch hier folgte die Rettung sehr schnell. „Als die Helfern gewahr wurden, dass Personen



Die Katastrophenschutzübung der bayerischen Malteser in Maxlrain fand im strömenden Regen statt.  
(Foto: Wolf Lux)

fehlten, wurde die Rettungshundestaffel alarmiert“, erläuterte Drescher. Die feinen Spürnasen auf vier Beinen brauchten nicht lange, um die vermissten Personen zu finden. Nach nur einer Stunde war die Situation unter Kontrolle. Alle Verletzten waren versorgt und in geheizten und trockenen Zelten in Sicherheit gebracht.  
*Wilhelm Horlemann*





## Facheinheit „Information und Kommunikation (IuK)“ im KatS der Stadt Cuxhaven

Katastrophenschutzbehörden sind bei der Abwehr von Gefahren auf personell und materiell gut ausgestattete Einrichtungen der Führung angewiesen. Naturkatastrophen und andere Schadensereignisse haben in der Vergangenheit der fachübergreifenden Kommunikation eine Schlüsselrolle in der Bewälti-



Mitglieder der Regieeinheit in der Einsatzleitung beim Duhner Wattrennen.

gung von Schadenslagen zukommen lassen. Bereits 1970 hatte deshalb die Stadt Cuxhaven ihren Fernmeldedienst in eigener Regie aufgestellt. Mit der Rücknahme der Bundesfinanzierung für Einheiten

und Einrichtungen der Führung und des Fernmeldedienstes wurden diese im Zuge der Neuausrichtung der Aufgaben von vielen Kreisen und kreisfreien Städten in eigener Trägerschaft (Regie) fortgeführt. So hat die Stadt Cuxhaven in den neunziger Jahren das Personal ihrer eigenständigen Technischen Einsatzleitung, des Fernmeldezuges mit der Fernmeldezentrale HVB und eigenem Feldkabel-Bau-trupp sowie der Beobachtungs- und ABC-Messstelle (BAMSt) als behördliche Einheit in den Katastrophenschutz integriert. Umbenannt als „Katastrophenschutz Fernmeldedienst der Stadt Cuxhaven“ bewährte sich diese Einheit bei den schweren Sturmfluten von 1976 und der Schneekatastrophe Ende der 70er Jahre, in dem sie organisationsübergreifend die fernmeldetechnischen Verbindungen der eingesetzten Einheiten zur Katastrophen-Einsatzleitung herstellte und unterhielt. Nicht zuletzt diese erfolgreichen Einsätze mögen die Stadt Cuxhaven bewogen haben, diese Einheit nicht wie andernorts in das DRK oder in Freiwillige Feuerwehren einzugliedern sondern als eigenständige kommunale Einheit beizubehalten. Die Stadt Cuxhaven hat ihre Regieeinheit seither kontinuierlich ausgebaut und 2002 als Facheinheit „Information und Kommunikation“ neu konzipiert. Die Einheit versteht sich heute als „mediale“ Unterstützungseinheit im Führungs- und Kommunikationsbereich. Die Aufgaben gehen dabei weit über die originären Fernmeldeaufgaben hinaus und umfassen eine technisch hochleistungsfähige Unterstützung von Führungsaufgaben über die verschiedensten Kommunikationswege. Sie ist mit ihren kombiniert in Modulen betriebenen Einsatztrupps organisationsübergreifender Dienstleister für die Einsatzleitungen vor Ort. Die IuK-Einheit baut technisch Fernmeldeverbindungen analog und digital auf, unterstützt mit Sprechfunkverbindungen im 2m- und 4m-Band, mobilen Telefon-, Fax- und Internetdiensten und stellt Fachberater in Einsatzleitungen und Katastrophenschutzstäben. Weiterhin stellt sie das Personal für die modern ausgestattete Fernmeldezentrale der Stadt Cuxhaven und unterhält u. a. die Verbindung zum bei der Stadt angesiedelten Sturmflutlagedienst. Für ihre Aufgaben stehen der IuK-Einheit folgende Einsatzfahrzeuge zur Verfügung:

- ELW 1 als Einsatzfahrzeug für diverse Aufgaben (z. B. Lotsentrupp, Lautsprecherfahrzeug)

- ELW 2 als mobile Technische Einsatzleitung
- Funkkraftwagen als Ergänzungsmodul zum ELW 2 mit technischem Equipment
- Fernsprechkraftwagen mit technischem Equipment für mobilen Feldkabelbau
- Gerätebetriebskraftwagen als mobile Relaisstelle und Materialwagen für den Feldkabelbautrupp
- Mehrere Anhänger, u. a. mit Notstromaggregaten und Beleuchtungsgerät, um z.B. Einsatzleitungen

und ist damit auch in der Bevölkerung gut bekannt. Ebenfalls in die örtliche Gefahrenabwehr eingebunden sind Helfer und Gerät in das MANV-Konzept der Stadt Cuxhaven. Darüber hinaus stellt die IuK-Einheit im Einsatzverbund für eine Rettungshundestaffel deren Kommunikation sicher. 2010 wird im Bereich der Polizeidirektion Oldenburg (zuständige Aufsichtsbehörde für den Katastrophenschutz) der Digitalfunk eingeführt. Die IuK-Einheit der



Die IuK-Einheit im Katastrophenschutz der Stadt Cuxhaven vor ihren Fahrzeugen bei einer gemeinsamen Übung mit der Bundeswehr. (Fotos: ARKAD)

autark betreiben und den Betrieb der ortsfesten Relaisfunkstellen für die örtlichen Hilfsorganisationen gewährleisten zu können.

Die Einheit bildet für alle Hilfsorganisationen der Stadt Cuxhaven die BOS-Sprechfunke aus. Um den Ausbildungsstand zu überprüfen, führt die Einheit regelmäßig örtliche Fernmeldebetriebsübungen für alle Fachdienste durch. Auch werden im Zwei-Jahres-Rhythmus überregionale Fernmelde-Großübungen mit Teilnehmern aus mehreren Bundesländern durchgeführt.

Der überwiegende Teil der Helfer ist mit Funkmeldeempfängern ausgestattet, die über die Leitstelle der Berufsfeuerwehr oder die Fernmeldezentrale ausgelöst werden können. Bei Einsatzlagen unter der Katastrophenschwelle wird die Einheit z. B. für Erkundungsaufgaben oder Lautsprecherdurchsagen eingesetzt. Bei Sturmfluten wird der Sturmflutlagedienst durch Helfer der IuK-Einheit besetzt. Die Einheit wirkte als mobile Einsatzleitung bei Großveranstaltungen (z. B. Duhner Wattrennen oder 2004 beim „Tag der Niedersachsen“) mit

Stadt Cuxhaven erhält deshalb bereits Anfang 2010 die ersten TETRA-Geräte und beginnt mit dem Testbetrieb und der Ausbildung der Sprechfunke in der neuen Technik. TETRA (terrestrial trunked radio) ist ein Standard für digitalen Bündelfunk. Mit TETRA lassen sich Universalnetze aufbauen, über die der gesamte Mobilfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben abgewickelt werden kann.

Weiteren Einblick in ihre Facharbeit geben die freiwilligen und ehrenamtlich tätigen Helfer der Regieeinheit auf ihrer Web-Seite unter <http://www.fmiuk-cuxhaven.de>

*Benjamin Busch und Gerd Klemusch*

## Neue Ideen und Technologien für einen modernen Bevölkerungsschutz

### „5. Europäischer Bevölkerungs- und Katastrophenschutzkongress“ in Bonn

Am 5. und 6.11.2009 ging es in Bonn auf diesem auch vom BBK ausgerichteten Kongress um Zukunftspotenziale. IT-gestützte Simulationen, Digitalfunk, Schutz Kritischer Infrastrukturen und Ehrenamt als Basis eines funktionierenden Bevölkerungsschutzes bildeten einige der Kernthemen, die in diesen Tagen mehr als 1.000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland interessierten.

Das BBK präsentierte zudem erstmalig das neueste Produkt des Ausstattungskonzeptes für den



Erstmals der Öffentlichkeit in voller Ausstattung präsentiert : das neue Löschruppenfahrzeug für den Katastrophenschutz (LF KatS). (Foto: Stein/BBK)

Katastrophenschutz der Länder: das Löschruppenfahrzeug für den Katastrophenschutz (LF KatS). 70 dieser Fahrzeuge werden bis 2012 über das BBK an die Länder ausgeliefert, weitere 120 sind in Planung.

Um dem ganzheitlichen Aspekt der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr gerecht zu werden, ist der Titel des Kongresses ab diesem Jahr um den Begriff des Bevölkerungsschutzes ergänzt worden.

Der 6. Europäische Bevölkerungs- und Katastrophenschutzkongress findet bereits im September 2010 statt. *mä*

## Wanderausstellung „Menschen gemeinsam schützen“

Hermann Dinkla, Präsident des niedersächsischen Landtages, hat am 8. Dezember 2009 gemeinsam mit BBK-Präsident Christoph Unger die Ausstellung

„Menschen gemeinsam schützen“ im Landtagsgebäude in Hannover eröffnet.

Im Frühjahr des Jahres hatte die Wanderausstellung Premiere im Deutschen Bundestag. Der Niedersächsische Landtag ist nun das erste Landesparlament, das diese Ausstellung präsentiert.

Sie zeigt die Entwicklung des Bevölkerungsschutzes in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren und gibt Ausblicke in die Zukunft. Selbstschutz, Trinkwasserversorgung und die Ergänzung des Katastrophenschutzes mit Fahrzeugen des Bundes sind nur einige der aufgegriffenen Themen.

Exponate wie das Modell eines Zivilschutzhubschraubers und eine Trinkwasser-Gruppenzapfanlage machen den Bevölkerungsschutz für Bürgerinnen und Bürger erleb- und anfassbar.

Die Wanderausstellung wird im ersten Halbjahr 2010 in Bonn und im Weser-Emsland zu sehen sein. Weitere Informationen unter [www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de). Der Eintritt ist frei. *ml*

## Psychosoziales Krisenmanagement in CBRN-Lagen

Das BBK und der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) mit seiner Stiftung „Hilfe für Helfer“ legen psychosoziale Handlungsempfehlungen für Einsatz- und Führungskräfte im CBRN-Schutz vor.

Internationale Forschungsarbeiten und Praxiserfahrungen zeigen, dass psychosoziales Wissen und Handeln die Wirkungsmöglichkeit von Einsatzkräften erweitert. Aus diesem Grund finden psychoso-



ziale Aspekte nach und nach Eingang in Konzepte, Ausbildung und Training von Einsatz- und Führungskräften, die sich mit dem Schutz bei chemischen, bio-



logischen und radiologische Lagen (CBRN-Lagen) beschäftigen. Die Helfer fühlen sich kompetenter und sicherer, ihr Stresspegel sinkt. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie selbst psychische Probleme entwickeln, ist geringer. Durch gezielte psychische erste Hilfe können Einsatzkräfte bei Betroffenen Angstreaktionen mindern und kooperatives Verhalten stärken. Einsätze laufen dann koordinierter ab.

Das BBK entwickelte gemeinsam mit der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern und weiteren Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis psychosoziale Handlungsempfehlungen für CBRN-Einsätze, die jetzt als Flyer und online verfügbar sind ([www.bbk.bund.de](http://www.bbk.bund.de)).

## Preisverleihung Videowettbewerb „Verknallt an Silvester“

Am 12.12.2009 fanden in Berlin die Preisverleihung des Videowettbewerbs und die Kinopremiere statt.

Der Gewinner des Filmwettbewerbs der Berliner Feuerwehr „Verknallt an Silvester“ heißt Kay Büssing mit dem Film „Der große Spaß“; den zweiten Platz belegte CarLo Monte mit „Ohne Böller knallt's richtig“ und über den dritten Platz freut sich Tim Guhlke mit seinem Film „Die Erinnerung“.

Der erste Platz wurde mit 1.000,- € und einer Praktikumsstelle bei TV-Berlin prämiert. Für den zweiten Platz bekam der Gewinner 600,- € und für den dritten Platz gab es 300,- €.

Ziel des Wettbewerbs war, die Menschen an den vorsichtigen Umgang und die Gefahr, die von Feuerwerkskörpern ausgeht, zu erinnern. *ml*



Kay Büssing mit seinem Team, re. Landesbranddirektor Wilfried Gräßling. (Foto: Berliner Feuerwehr)

## Hochwasserschutzübung des Notfallverbundes für Weimar

Der Einsturz des Stadtarchivs Köln ist in seinen Konsequenzen für die historische Überlieferung einer der ältesten deutschen Kommunen noch gar nicht abzusehen. Die „Kölner Kulturkatastrophe“ hat in Weimar große Anteilnahme und schmerzliche Erinnerungen an den Brand der Herzogin Anna Amalia Bibliothek 2004 geweckt.

Schon seit September 2003 hatten sich die Weimarer Kultureinrichtungen über die Zusammenarbeit beim Schutz von Kulturgütern verständigt, Ziel war die Gründung eines Notfallverbundes. Als künftige Aufgaben wurden Maßnahmen zur Notfallvorsorge und gegenseitigen Hilfeleistung verabredet. 2003/2004 stand die Erarbeitung von Notfallrahmenplänen für jede Einrichtung im Vordergrund sowie deren Abstimmung als Grundlage für die gemeinsame Arbeit im Verbund. Während die vorgeschriebenen Feuerwehrpläne in erster Linie auf die Rettung von Menschen und Gebäuden abzielen, widmen sich die Gefahrenabwehrpläne ausdrücklich dem Schutz von Kulturgut. Die Benennung von Bergungsteams, die Festlegung von Auslagerungsorten für geborgenes Kulturgut und dessen Einstufung in drei Wertkategorien waren nur erste Schritte der umfangreichen Koordinierungsarbeit. Am 6. Februar 2007 unterzeichneten alle beteiligten Partner (Stadt Weimar, Klassik Stiftung Weimar, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau Dora, Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Bauhaus-Universität Weimar, Hochschule für Musik Weimar) im Rathaus eine vertragliche Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen, den „Notfallverbund für Weimar“.

Nach einer großen Übung im Thüringischen Hauptstaatsarchiv 2005 schien es an Zeit, sich erneut praktisch zu schulen. Die Wahl fiel auf eine Hochwasserübung, die Dank der großzügigen finanziellen Unterstützung des BBK, das auch mit einer Beobachterin vor Ort war, und des Thüringer Innenministeriums im Deutschen Bienenmuseum, das im Überschwemmungsgebiet der Ilm liegt, stattfinden konnte. Ziele der Übung waren Überprüfung der Alarmierungs- und Meldekette, Bergung von beweglichem Kulturgut und Schutz von unbeweglichem Kulturgut durch einen Hochwasserschutz am Museum.

Nach Eingang der fiktiven Hochwassermeldung löste der Übungsleiter den unangekündigten Alarm aus, in relativ kurzer Zeit standen über 80 Personen bereit, die in einer guten Stunde einen 18 m langen Wall errichteten sowie Türen und Durchlässe mit Sandsäcken abdichteten. Bei der Sicherung der Einsatzorte, dem Bergen des beweglichen Kulturguts und vor allem beim Sandsackverbau gaben erfahrene Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr praktische Anleitung und Hilfe. Die Übung verlief insgesamt sehr erfolgreich; lobende Erwähnung fand die hohe Motivation und Disziplin aller Einsatzkräfte.

*Dr. Jens Riederer*

## 14-Jährige Wettbewerbsgewinnerin zeigt das Ehrenamt intergalaktisch

**Helena Drüeke ist die Gewinnerinnen des Wettbewerbs „Herzlichen Glückwunsch, Deutschland!“. In der Kategorie „Heldentaten“ lobte das BBK Preise aus.**

Der Film der vierzehnjährigen Preisträgerin aus Güstrow dreht sich um die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) im intergalaktischen Zeitalter und kam bei der Jury gut an. Ralph Tiesler, Vizepräsident des BBK, gratulierte Helena Drüeke bei der offiziellen Preisverleihung am 28. Januar in Berlin zu ihrem Sieg. Neben 1.000 Euro gewinnt die 14-jährige Preisträgerin in der Kategorie „Heldentaten“ einen prall gefüllten Survival-Rucksack des BBKs, span-

nende Mitmach-Tage beim Technischen Hilfswerk und der Jugendfeuerwehr sowie eine Wanderausstellung zum Bevölkerungsschutz für ihre Schule.



Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Gewinnerin Helena Drüeke, Moderatorin Palina Rojinski, BBK-Vizepräsident Ralph Tiesler (Foto: Hans Joachim Rickel/BMI)

Die Idee zu dem Trickfilm basiert auf den Erfahrungen der Schülerin als aktive Rettungsschwimmerin in der DRK-Wasserwacht.

Unter dem Motto „Herzlichen Glückwunsch, Deutschland!“ hatte die Zeitbild-Stiftung Schülerinnen und Schüler dazu aufgerufen, sich anlässlich des 60.ten Geburtstages der Bundesrepublik Deutschland mit den Themen „60 Jahre“, „Heldentaten“, „Unterwegs“, „Lebenswelten“ und „Musik“ auseinanderzusetzen. Für die Wettbewerbskategorie „Heldentaten“ des BBK wurden 28 Beiträge rund ums Thema ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz eingereicht.

## IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion: Postf 1867, 53008 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn

Verlag: BBK,  
Internet: <http://www.bbk.bund.de>  
E-Mail: [redaktion@bbk.bund.de](mailto:redaktion@bbk.bund.de)

Erscheint im Februar, Mai, August und November  
Redaktionsschluss ist jeweils der 1. Werktag des Vormonats.

Redaktion:  
Ursula Fuchs (Chefredakteurin), Tel.: 022899-550-3600  
Nikolaus Stein, Tel.: 022899-550-3609  
Margit Lehmann, Tel.: 022899-550-3611

Layout: Nikolaus Stein  
Abo-Verwaltung: Margit Lehmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:  
BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag  
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn  
Postf. 1280, 33042 Paderborn  
Tel.: 05251-153-0  
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## DEMOGRAFISCHER WANDEL

Demografischer Wandel als Herausforderung	1/S. 2
Wer nicht fragt, bekommt keine Antworten	1/S. 6
Die Landkreise im Katastrophenschutz	1/S. 10
Ehrenamt sichern	1/S. 14
Gemeinden für gute Zukunft ihrer Feuerwehren	1/S. 18
Handwerk und Ehrenamt	1/S. 24
„pro Ehrenamt“	1/S. 27

## FIT FÜR DIE ZUKUNFT

Strategie für einen modernen Bevölkerungsschutz	2/S. 2
Was bedeutet die Strategie für BBK und THW?	2/S. 10
Vertrauen ist der Schlüssel zu mehr Sicherheit	2/S. 18
Zukunftsstrategien auch im medizinischen Bereich	2/S. 22
Fit für die Zukunft	2/S. 25

## 50 JAHRE

Impressionen eines Festtages	1/S. 29
------------------------------	---------

## ZIVILSCHUTZ-HUBSCHRAUBER

Christoph 35	1/S. 31
Rettungseinsätze nehmen zu	1/S. 33
Christoph 14	2/S. 39
Statikseile und Stehhaltegurte	3/S. 30
Christoph 13	4/S. 37

## INTERNATIONAL

Das Ministerium für außerordentliche Situationen	1/S. 34
Die Bedeutung des internationalen Bevölkerungsschutzes für Deutschland	4/S. 2
Katastrophenrisikomanagement in der VR China	4/S. 10
Das China-Projekt	4/S. 12
„Deutschland kann auch von China viel lernen“	4/S. 17
Gelebtes Europa	4/S. 22
Safety and Security in internationalen Einsätzen	4/S. 26
ESRIF	4/S. 30
Krisenmanagementausbildung für Angehörige des Auswärtigen Amtes	4/S. 32
Die ganze Welt schaut rein...	4/S. 34

## KRISENMANAGEMENT

Chefsache Krisenmanagement	2/S. 26
Gemeinsames Krisenmanagement	2/S. 32
Der Krisenstab bei der Stadt Dortmund	2/S. 34
Übungsszenario: Influenza-Pandemie	3/S. 32

## AUS- UND WEITERBILDUNG

Vom Lehren und Lernen	3/S. 2
Ganzheitlich denkende Risiko- und Krisenmanager	3/S. 4
Gemeinsame Aus- und Weiterbildung	3/S. 6
Vernetzung auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes	3/S. 10
Damit die Krise nicht zur Katastrophe wird	3/S. 14
1. BBK-Sommerakademie	3/S. 18
„Vorbeugen ist besser als heilen“	3/S. 22
Fernausbildung	3/S. 26

## ARBEITER-SAMARITER-BUND

ASB-Task-Force Rheinland-Pfalz (Süd)	1/S. 38
„Interessant und vielseitig“	2/S. 41
Keine Woche wie jede andere	3/S. 36
KITZ: Wegweiser für Kinder nach belastenden Ereignissen	4/S. 39



## TECHNISCHES HILFSWERK

- Nicht nur als Einsatzorganisation gefragt 1/S. 40  
 Dauereinsatz nach Einsturz des  
 Kölner Stadtarchivs 2/S. 43  
 „Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen“ 3/S. 37  
 FloodEx: Das Trauma der Holländer 4/S. 41

DEUTSCHE  
LEBENS-RETTUNGS-  
GESELLSCHAFT

- Trügerisches Eisvergnügen 1/S. 42  
 DLRG Bilanz 2008 2/S. 46  
 Der DLRG Strömungsretter — ein Spezialist  
 in schnell fließenden Gewässern 3/S. 41  
 EU FloodEx 2009 4/S. 43

DEUTSCHER  
FEUERWEHRVERBAND

- DFV verurteilt Übergriffe auf Retter 1/S. 43  
 Bundeskabinett schafft Voraussetzungen  
 für Feuerwehrführerschein 2/S. 47  
 Brandschutz für Menschen mit  
 Behinderung 2/S. 49  
 28. Deutscher Feuerwehrtag 3/S. 43  
 Feuerwehrführerschein muss  
 sich jetzt bewähren 3/S. 44  
 Breites Expertenwissen bei Forum 4/S. 46  
 Brandschutzerziehung

## DEUTSCHES ROTES KREUZ

- Wasser marsch im Kampf gegen Cholera 1/S. 44  
 Bessere Rahmenbedingungen  
 für Rettungsdienst 2/S. 50  
 Wer nicht mit der Zeit geht ...  
 ... geht mit der Zeit! 3/S. 45  
 Rotkreuz-Wettbewerb in Oldenburg 3/S. 48  
 MPED 4/S. 47

## JOHANNITER-UNFALL-HILFE

- Sich um die Helfer kümmern 1/S. 45  
 Psychosoziale Notfallversorgung  
 nach Amoklauf 2/S. 51  
 Wie beteiligen sich die Johanniter  
 am Eu-Katastrophenschutz, Herr Dost? 2/S. 51  
 EU Assesment Mission Course 3/S. 49  
 Auslandshospitanzen für Soforthelfer 3/S. 50  
 Pakistan: Millionen Menschen  
 auf der Flucht 4/S. 49

## MALTESER HILFSDIENST

- Ethik und Reanimation 1/S. 47  
 Rettung — aber sicher 1/S. 49  
 „Frau bleiben!“ 2/S. 53  
 Auch in Zukunft Ehrenamt 2/S. 54  
 Gastfreundschaft und Dankbarkeit 3/S. 51  
 Auf zwei Rädern für  
 die Sicherheit unterwegs 4/S. 51

## ARKAT

- 24 Stunden täglich für den Bürger da 1/S. 50  
 Luftschutz, Zivilverteidigung und  
 Zivilschutz der DDR 2/S. 55  
 Regieeinheiten schließen Lücken im  
 Bevölkerungsschutz 3/S. 52  
 Der 1. ABC-Zug München-Land 4/S. 52

KULTURGUTSCHUTZ IN  
DEUTSCHLAND

- Hildesheimer Dom, Niedersachsen 1/S. 57  
 Alt-St. Martin Muffendorf, NRW 2/S. 57  
 Klause Kastel, Rheinland-Pfalz 3/S. 57  
 Römischer Mosaikfußboden in  
 Nennig, Saarland 4/S. 57

## Heute: Schloss Nossen, Sachsen



Über dem Tal der Freiburger Mulde befindet sich auf einem Felsvorsprung die imposante Schlossanlage Nossen.

Die Anlage geht auf eine Burg der Ritter von Nuzzin zurück, die wahrscheinlich zwischen 1150 und 1224 errichtet wurde. 1315 ging die Burg in den Besitz von Withego II von Colditz über und diente fortan den Bischöfen von Meissen als Dienstsitz. Bischof Thimo von Colditz verpfändete sie 1403 an seinen Vetter Otto von Colditz, bevor die Anlage mitsamt der Stadt Nossen 1436 in den Besitz der Zisterzienser von Kloster Altzella überging. Das Kloster wurde im Jahre 1540 im Zuge der Reformation aufgelöst und Kurfürst August wurde neuer Besitzer. Unter Nutzung von Grundmauern und Gewölben der Burg sowie von Abbruchmaterial des Klosters Altzella ließ er von 1554 bis 1557 den mit seinen drei Wehrtürmen markanten Westflügel des heutigen Schlosses als Reise- und Jagdunterkunft errichten, die im 16. und 17. Jahrhundert von den sächsischen Kurfürsten rege genutzt wurde. Zudem beherbergte das Schloss seit 1555 das kursächsische Amt Nossen, für das zwischen 1628 und 1667 im südlichen, nördlichen und nordwestlichen Teil neue Gebäude entstanden. Mit der Vollendung des Torturmes in 1682 und dem Bau der steinernen Schlossbrücke 1714 erhielt das Schloss seine endgültige Gestalt. Während des Siebenjährigen Krieges wurde die Anlage durch preußische Truppen schwer beschädigt. 1775 wurde das Jagd- und Reiselager aufgegeben, jedoch blieb die Renaissanceanlage weiter Amtssitz für Verwaltungszwecke.

Die Kriegsereignisse des Jahres 1813 führten Kaiser Napoleon auf Schloss Nossen und es diente ihm in der Nacht vom 7. zum 8. Mai als Hauptquartier. Im Schloss befanden sich verschiedene Ämter wie das Rentamt und das Jusitzamt (das 1877 aufgelöst wurde) mit Gerichtsamt und Gefängnissen. 1910 wurden im Schlosskomplex die ersten Wohnungen eingerichtet und nach Auszug des Finanz-



Westflügel mit seinen drei Halbtürmen  
(Foto: Bildpixel/pixelio)

amtes 1934 entstanden weitere Wohnräume. Teile des Schlosses wurden seit 1954 zudem als Museum genutzt.

Umfassende Sanierungsarbeiten fanden 1981 statt, wobei im Bereich des ehemaligen Heimatmuseums wertvolle Wandmalereien freigelegt und teilweise restauriert wurden.

1994 übernahm der Freistaat Sachsen die komplette Anlage und gemeinsam mit dem Kloster Altzella bildet das Schloss heute einen staatlichen Schlossbetrieb. Öffnungszeiten unter

[www.schloss-nossen.de](http://www.schloss-nossen.de)

ml



**Stell dir vor,  
es ist Sturm  
– und keiner räumt auf.**

Ohne ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz  
sähe dieses Land anders aus. 1000 Dank allen, die schon dabei sind  
und herzlich willkommen allen Neuen: **Machen Sie mit!**

 Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

 ASB  
Arbeitsgemeinschaft  
der Bevölkerungsschutz  
verbände

 Bundesfeuerwehretter

 DIE  
JOHANNITER

 Malteser

 Technisches  
Hilfswerk

Provinzialstraße 93, 53127 Bonn, Tel +49 (0) 228 99950 0, ehrenamt@bbk.bund.de, www.bbk.bund.de

Auch in diesem Jahr gibt das BBK wieder ein Plakat heraus, um für das freiwillige Engagement im Bevölkerungsschutz zu werben. Gleichzeitig ist das neue Plakat ein öffentlicher Dank an die rund 1,8 Millionen Helferinnen und Helfer, ohne die unser Land anders aussähe. Das Sturmmotiv in Verbindung mit dem Text macht eindrucksvoll klar, welche Bedeutung das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz für unsere Gesellschaft besitzt. Auch das neue Plakat, erhältlich sind die Größen DIN A1 und DIN A3, kann wieder kostenlos über die E-Mail Adresse [ehrenamt@bbk.bund.de](mailto:ehrenamt@bbk.bund.de), Stichwort Plakat 2010, bestellt werden. Natürlich sind auch noch die Plakate der vergangenen Jahre erhältlich.